

ISS AKTUELL



Herwig Jedlaucnik (Hrsg.)

Zur strategischen Lage

Jahresmitte 2014

Globale Akteure und internationale Organisationen



Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Juli 2014

Druck

HDrukZ-ASt Stift xxxx/14
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Vorwort

Wie bereits seit mehreren Jahren legt das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie (LVak) auch zur Jahresmitte 2014 den halbjährlichen Überblick zur strategischen Lage vor. Gerade in einer Zeit, die von Krisen und Konflikten in aller Welt gekennzeichnet ist, erscheint es uns wichtig, Ihnen auf diesem Wege eine kurze, aber prägnante Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte zu bieten und bei dieser Gelegenheit auch mögliche künftige Entwicklungen anzudeuten. Die Beiträge wurden Ende Juni 2014 abgeschlossen.

Die Zusammenstellung besorgte diesmal Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Herwig Jedlaucnik. Ihm und den anderen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, danke ich sehr herzlich – neben den Angehörigen des ISS möchte ich hier Oberst des Generalstabes Mag. Franz Sitzwohl (aus der Abteilung Militärpolitik), Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Hans Lampalzer (vom Sprachinstitut des Bundesheeres an der LVak) sowie Dr. Wolfgang Braumandl-Dujardin und Georg Plattner, BA (vom Büro für Sicherheitspolitik) nennen

Wie auch bisher üblich, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und geben ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber in irgendeiner Weise eine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVak wieder.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl

Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik

INHALTSVERZEICHNIS

DIE WESTLICHE WELT.....	4
Die Weltmacht USA	5
<i>Sicherheitspolitik</i>	5
<i>Der Konflikt um die Ukraine</i>	6
<i>NSA-Affäre</i>	7
<i>Wirtschaftsmacht USA</i>	7
<i>Transatlantik</i>	7
Europäische Union	8
<i>Status quo</i>	8
<i>Ausblick</i>	11
Die NATO	12
<i>Status quo</i>	12
<i>Ausblick</i>	15
...UND IHRE PARTNER UND HERAUSFORDERER	16
Russland – eine euroasiatische Regionalmacht.....	17
<i>Stärke zeigen</i>	17
<i>Allianzen schmieden</i>	17
<i>Der Ukraine-Konflikt</i>	19
<i>Im Schatten der Krise</i>	19
China und Indien – die zentralen Mächte Asiens	21
<i>China</i>	21
<i>Indien</i>	25
Brasilien – die zentrale Macht Südamerikas	28
<i>Im Zeichen der Fußball-Weltmeisterschaft</i>	28
<i>Herausforderungen für die Nahe Zukunft</i>	31
Flächenbrand im Nahen Osten?	32
<i>Das Ende des Arabischen Frühlings?</i>	33
<i>Brandherd Syrien</i>	34
<i>Kampf um regionale Hegemonie</i>	35
<i>Conclusio – Wer ersetzt die USA?</i>	36
Die Republik Südafrika – 20 Jahre nach 1994	37
<i>Wirtschaft</i>	38
<i>Südafrika und Afrika</i>	39
<i>Südafrika und die Welt</i>	40
<i>Ausblick</i>	40

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNGEN UND KOOPERATIONEN IM GLOBALEN KONTEXT	41
<i>Industriestaaten</i>	41
USA	41
<i>Transatlantic Trade and Investment Partnership</i>	42
Europa	42
Österreich.....	43
<i>Auswirkungen der Ukraine-Krise</i>	44
<i>Russisch-chinesische Achse</i>	45
<i>Entwicklungs- und Schwellenländer</i>	45
KONFERENZEN UND ABKOMMEN	46
<i>Eurasische Wirtschaftsunion</i>	46
3. „Nuclear Security Summit“ in Den Haag.....	46
STUDIEN UND BERICHTE.....	47
EMCDDA – „Drogenbericht 2014“	47
ILO – „World of Work Report 2014 – Developing with Jobs“	47
ILO – „Profits and Poverty: The Economics of Forced Labor“	48
Bericht UNHCR und NRC: „Global Overview 2014. People internally displaced by conflict and violence“	48
Amnesty International – „Folter 2014. 30 Jahre gebrochene Versprechen“	48
WHO – „World Health Statistics 2014“	49
Oxfam - „Hot and Hungry: How to stop climate change derailing the fight against hunger“	49
Weltklimarat – 5. Weltklimabericht.....	50
„Quantifying Global International Migration Flows“	51
WHO - Bericht zur globalen Luftverschmutzung	52
Bertelsmann-Stiftung - „Globalisierungsreport 2014. Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung?“	52
Bertelsmann Stiftung - „Sustainable Governance Indicators 2014“	53
SIPRI – „Trends in World Military Expenditure 2013“	53
HIIK – „Conflict Barometer 2013“	54
BILDNACHWEIS	55
AUTOREN	56

DIE WESTLICHE WELT...

Die Stellung der USA als führende Weltmacht steht auch weiterhin nicht zur Disposition. Wie die Reaktionen des Westens im Zuge der Ukraine-Krise gezeigt haben, ist auch ihre dominante Rolle innerhalb der westlichen Mächte außer Diskussion. Dennoch hat sich das Hauptaugenmerk der USA eindeutig Richtung Asien verschoben und wenn Washington auch klar macht, dass es zu seinen Bündnisverpflichtungen langfristig steht, fordert es von Europa mehr sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement. Auf der wirtschaftlichen Ebene werden das derzeit in Verhandlung stehende Trade in Service Agreement (TISA) bzw. die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zu einer weiteren Vertiefung der transatlantischen Kooperation führen. Die strategische und geopolitische Dimension insbesondere der TTIP ist jedenfalls die Realisierung bzw. Stärkung eines Wirtschaftsblockes zur Erhaltung der starken wirtschaftlichen Position der westlichen Partner innerhalb der globalen Wirtschaft und die Eindämmung der russisch-chinesischen Achse bzw. der aufstrebenden asiatischen Mächte.

Europas Sicherheitspolitik und strategische Lage wurde in den letzten Monaten einerseits von der Ukraine-Krise bzw. dem Konflikt mit Russland und andererseits von den Wahlen zum Europäischen Parlament dominiert. Letztere haben die EU nicht gestärkt, sondern die gegensätzlichen Vorstellungen über deren Ausgestaltung deutlich gemacht. Großbritanniens Austritt aus der EU oder aber zumindest die Reduktion seiner Mitwirkung wird zu einer immer konkreteren Option. Auf sicherheitspolitischer Ebene könnte dies jedoch innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft zu einem international noch irrelevanten Festlandeuropa und einer sicherheitspolitisch höchst aktiven angloamerikanischen Gruppe führen. Aber auch die Wirtschafts- und Geldpolitik offenbart massive Gegensätze der europäischen Partner – der Wunsch nach Haushaltsstabilität im Gegensatz zur Forderung nach massiven staatlichen Interventionen.

Wie begrenzt die Bereitschaft zu einer vertieften (sicherheitspolitischen) Kooperation innerhalb Europas ist, zeigt sich nur beispielhaft am Konflikt Schwedens mit dem deutschen ThyssenKrupp-Konzern bezüglich der

U-Boot-Produktion im schwedischen Kockum. Schweden drängt den nationalen Rüstungskonzern Saab eigene Fachkompetenz in der Unterwassertechnik aufzubauen bzw. die Kockumer Traditionswerft von ThyssenKrupp zu übernehmen. Offiziell wird die Re-Nationalisierung der U-Boot-Produktion mit der Sicherung hochsensibler Rüstungstechnik im eigenen Land begründet, inoffiziell überdies mit der mangelnden Export-Unterstützung für in Schweden produzierte U-Boote seitens des deutschen Konzerns, der Produktionsstellen in Deutschland begünstige. Damit zeigt sich, dass bei Kernfähigkeiten nationaler Streitkräfte und bei nationalen Interessen europäische Kooperation und Integration zweitrangig sind. Innerhalb Europas sind im sicherheitspolitischen Kontext vor allem begrenzte regionale Kooperationen, wie beispielsweise NORDEFCO oder die Visegrad-Gruppe, die Triebfedern weiterreichender Zusammenarbeit. Verteidigungspolitische Relevanz hat aber weiterhin nur die NATO. Aber auch innerhalb der NATO nehmen die europäischen Staaten keine aktive Rolle ein. Die USA fordern vergebens größere Anstrengungen ihrer europäischen Partner ein und nur einige Staaten in unmittelbarer Nähe zu Russland bzw. der Ukraine haben dezente Erhöhungen ihrer Verteidigungsausgaben in Aussicht gestellt.

Die EU nimmt strategisch nur im unmittelbaren europäischen Raum eine relevante Rolle ein. Die Projektionsfähigkeit beschränkt sich im Wesentlichen auf die eigenen Mitglieder und Beitrittskandidaten. Das mächtigste Instrument der EU ist daher die Erweiterung bzw. die Verlockungen eines möglichen EU-Beitritts für potentielle Beitrittskandidaten. Diese ist aktuell jedoch insofern an einem kritischen Punkt angelangt, da die EU massive interne Probleme hat, und Mitglieder konträre Ansichten bezüglich ihrer Weiterentwicklung haben. Überdies lehnen ihre Bürger eine Erweiterung ab und innerhalb EU ist eine Europaskepsis weit verbreitet. Siege der europafeindlichen bzw. –kritischen Parteien UKIP und FN in Großbritannien und Frankreich werfen weitreichende Fragen auf. Außerhalb dieses engen regionalen Rahmens ist die EU jedoch politisch fast wirkungslos und selbst in Afrika ist sie eher Instrument nationaler, v.a. französischer, Interessenspolitik als eigenständiger Akteur. Im Nahen Osten oder in Asien ist die EU macht- und sicherheitspolitisch faktisch inexistent. Hier tritt sie gegebenenfalls bei Geberkonferenzen als „Big Spender“ in Erscheinung. Eine umfassende europäische Sicherheitspolitik ist in diesen Räumen jedoch nicht erkennbar. Da sie aber faktisch nur in Wirtschaftsfragen

wirksam wird, wird die EU international nicht als vollwertiger Partner wahrgenommen.

Im Konflikt mit Russland setzen die europäischen bzw. transatlantischen Partner einerseits durch die weitere Heranführung Georgiens aber auch Schwedens und Finnlands an die NATO und die Unterzeichnung von ersten Teilen des EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine bzw. dem Plan in den nächsten Wochen Assoziierungsabkommen mit Georgien und Moldawien abzuschließen, auf weitere Konfrontation.

Ob es für Europa dabei vorteilhaft ist, russische Interessen seit Jahren ignoriert zu haben und die Erweiterung des eigenen Machtbereiches bis an die russischen Grenzen herangetragen zu haben, wird sich wohl erst in einigen Jahren oder Jahrzehnten zeigen.

Die Weltmacht USA

Sicherheitspolitik

„Wir ziehen uns von nichts zurück!“ Das waren die Worte, die US-Außenminister John Kerry dem Publikum im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz Ende Januar dieses Jahres in der bayrischen Metropole zurief. Konfrontiert mit der Befürchtung (u.a. des ehem. deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt), das globale Engagement der Vereinigten Staaten könne nachlassen, um sich verstärkt den eigenen Problemen zu Hause zu widmen, versuchte Kerry mit Nachdruck, derartige Sorgen zu zerstreuen. Kerry betonte vielmehr, dass es keine wichtige internationale Streitfrage gäbe, die die USA nichts angingen und präziserte: „Wer denkt, er könne die Rechnung ohne Amerika machen, hat sich geirrt!“. Daneben sicherte er zusammen mit dem ebenfalls angereisten US-Verteidigungsminister Hagel den damaligen Demonstranten in der Ukraine die Unterstützung der USA zu. Die Affäre rund um die Abhörskandale der NSA wurde in München freilich nicht thematisiert. Bereits im Januar hatte Präsident Obama ja versichert, auch in Zukunft nicht auf das Sammeln von Daten verzichten zu wollen. Gerade in dieser Frage sind die USA bestrebt, ihren Vorsprung vor Moskau und Peking zu halten – nicht gerade zur Freude mancher enger NATO-Partner, die zum Teil selbst Zielscheibe eben dieser „Sammelwut“ der US-Nachrichtendienste wurden.

Der US-Außenminister besuchte im Februar die Volksrepublik China u.a. mit der Absicht, via Peking in der Frage des umstrittenen Atomwaffenprogramms Druck auf den chinesischen Verbündeten Nordkorea auszuüben. Kurz zuvor hatte Kerry noch Südkorea einen Besuch abgestattet. Inhalt der Gespräche in Peking waren neben Nordkorea auch die chinesischen Ambitionen im Ost- und Südchinesischen Meer.

Im März stattete der israelische Ministerpräsident Netanjahu Präsident Obama einen Besuch in Washington ab. Zur Sprache kamen die politischen „Dauerbrenner“: Bezüglich der von Obama favorisierten Zweistaatenlösung zwischen Israelis und Palästinensern rief der US-Präsident zum wiederholten Male zur Kompromissbereitschaft auf. Der israelische Ministerpräsident sah die Dinge natürlich etwas differenzierter und rief die Palästinenser auf, auch ihren Beitrag zum Friedensprozess zu leisten, was sie seiner Meinung nach – anders als Israel – bislang verabsäumt hätten. Was das iranische Atomprogramm betrifft, so brachte Netanjahu gegenüber Obama seine Befürchtung zum Ausdruck, der Westen werde gegenüber der iranischen Führung zu nachgiebig verhandeln.

Was das US-amerikanische Engagement in Syrien betrifft, so wurde die „nicht-tödliche“ Militärhilfe (d.h. Funkgeräte, Medikamente, Versorgungspakete etc.) für die syrische Opposition Anfang Mai auf 287 Millionen USD erhöht. Außerdem erhielt die Büros der syrischen Oppositionsbewegung durch die Aufwertung in Washington quasi Botschaftscharakter. Die diplomatischen Vertretungen von Baschar al-Assad hingegen waren bereits im März geschlossen und die syrischen Diplomaten des Landes verwiesen worden.

EUropa und die USA, deren Verhältnis durch die NSA-Affäre seit dem letzten Jahr zum Teil schwer unter Druck geraten war, rücken angesichts der Krise in der Ukraine nun wieder enger zusammen. Auch die Verhandlungen zum geplanten Freihandelsabkommen werden wieder intensiver geführt. Damit stehen die Zeichen für eine erneuerte und engere Partnerschaft zwischen den beiden Wirtschaftsgiganten USA und EU sehr gut. In der pazifischen Region dominiert weiterhin die wirtschaftliche und militärische Konkurrenz der beiden Großmächte China und der USA. Diese führte unter anderem Ende April zu einem erneuerten Verteidigungsabkommen zwischen den USA und den Philippinen.

Das Erstarren der chinesischen Militärmacht in der pazifischen Region und die mannigfaltigen Ansprüche der Regierung in Peking, die sich vor allem in Inselstreitigkeiten manifestieren, führten im April zu einem erneuerten Verteidigungsabkommen zwischen den USA und den Philippinen. In Zukunft wird die US-amerikanische Präsenz auf den Philippinen sogar noch erhöht. Dies alles muss im Zusammenhang mit den nun verstärkt in die pazifische Region verlagerten strategischen Interessen der USA gesehen werden. Die wirtschaftliche und militärische Konkurrenz zwischen den beiden Großmächte China und den USA gipfelte im Mai schließlich in einer Kaskade gegenseitiger Beschuldigungen bezüglich „Cyberspionage“. Washington beschuldigte chinesische Behörden ja schon seit geraumer Zeit der Wirtschaftsspionage im Internet. Jetzt wurden erstmals Vertreter eines anderen Staates – in diesem Falle Angehörige der chinesischen Volksbefreiungsarmee – von Washington unter Anklage gestellt. Die Position der USA in dieser Frage ist jedoch eine schwierige, steht Obamas NSA doch schon seit Monaten in der leidigen NSA-Affäre weltweit im Kreuzfeuer der Kritik. Sowohl die „New York Times“ als auch das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hatten bereits im März auf die Infiltration chinesischer Netzwerkfirmen durch die NSA hingewiesen.



Präsident Barack Obama und der ukrainische Präsident Petro Poroshenko

Der Konflikt um die Ukraine

Das Problem rund um die jüngsten Ereignisse in der Ukraine ist für die US-Administration ein mannigfaltiges: Auf der einen Seite ist der außenpolitische Kurs Vladimir Putins für Washington unakzeptabel. Auf der anderen Seite jedoch ist Moskau ein wichtiger Spieler und notwendiger Partner, wenn es um andere wichtige Krisenherde geht, allen voran den Konflikt in Syrien und das iranische Atomprogramm. Nur so ist es zu erklären, warum nicht nur die EU (aus v.a. wirtschaftlichen Gründen), sondern auch die USA bestrebt sind, den Konflikt in der Ukraine nicht unnötig anzuhetzen. Die bis dato verhängten Sanktionen des Westens gegenüber Moskau konzentrieren sich daher vorerst auf Visabeschränkungen, Einzelpersonen und deren Vermögen im Ausland. Darüber hinaus verkaufen die USA 5 Millionen Barrel ihrer strategischen Öl-Reserve (d.h. 5%). Dieser Schachzug soll vermutlich jedoch nur als Warnung verstanden werden und wird auf den Ölpreis kaum große Auswirkungen haben. Offiziell dementiert Washington jedweden Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine und will den Verkauf als Test des Systems der strategischen Bevorratung verstanden wissen. Weiterer zaghafter Versuch der Isolierung Russlands ist die Absage des G8-Gipfels im März. Obama hatte zuvor die Einigkeit der EU und der USA bezüglich der Unterstützung der ukrainischen Regierung postuliert und angekündigt, dass Russland im Falle einer weiteren Eskalation schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen hätte. Erst Ende April wurde den westlichen Regierungschefs klar, dass ihr Verhältnis zu Russland nach der praktischen Annexion der Krim bei anhaltender Destabilisierung der Ostukraine einer vollkommen neuen Bewertung unterzogen werden müsse. Das Verlegen einiger Kompanien GIs ins Baltikum und nach Polen können dabei nicht mehr als „Flag-Showing“ sein, eine militärische Lösung der Krise unter aktiver Beteiligung von US-Truppen steht völlig außer Frage. Alles in allem ist die Situation letztlich wohl der Todesstoß für Barack Obamas Ansinnen aus 2013, in Zukunft alle wichtigen Fragen zwischen den USA und Russland nicht durch Konfrontation, sondern durch Dialog lösen zu wollen, ein Ansinnen, das ihm aus den Reihen der Republikaner schärfste Kritik eingebracht hat.

NSA-Affäre

Bereits im Januar postulierte der sich in Moskau befindliche „Whistleblower“ Edward Snowden im Chat, dass er sich „angesichts der gegenwärtigen Gesetze zum Informantenschutz“ in seiner Heimat vorerst keine Rückkehr in die Vereinigten Staaten vorstellen könne. Aufgrund der 2013 eskalierten Affäre rund um die Aktivitäten vor allem des US-Nachrichtendienstes NSA versicherte Präsident Obama Ende Januar, dass in Zukunft sowohl die Privatsphäre ausländischer Bürger und Diplomaten stärker geschützt, wie auch die Sammlung von Telefondaten US-amerikanischer Bürger in der jetzigen Form beendet werden würden. Obama kündigte darüber hinaus eine Reform der US-Nachrichtendienste an. Der US-amerikanische Senator und mögliche nächste republikanische Präsidentschaftskandidat Rand Paul hat unterdessen Klage gegen Barack Obama eingereicht. Laut „FAZ“ meinte Paul, er handle im Namen „von jedem in den Vereinigten Staaten, der ein Telefon hat“. Sein erklärtes Ziel ist dabei die völlige Unterbindung der Speicherung US-amerikanischer Telefondaten.

Auch die neue „Rangliste der Pressefreiheit (Press Freedom Index)“ trägt das Zeichen der leidigen Affäre rund um die gigantischen Datensammlungen der NSA: Die USA sackten um dreizehn Plätze ab und rangieren derzeit auf Rang 46 – zwischen Haiti und Rumänien. (Platz 1 hält Finnland, Österreich befindet sich auf Platz 12, Schlusslicht der 180 bewerteten Staaten ist Eritrea.)

Ebenfalls unter Druck steht die CIA, nachdem sich im März der Verdacht erhärtet hatte, dass die Behörde die Computer von Senatsmitarbeitern infiltriert hat. Die bekannte Senatorin Dianne Feinstein warf CIA-Chef Brennan vor, unter Umgehen der Verfassung und Brechen zahlreicher Bundesgesetze Computer von Mitarbeitern durchsucht und manipuliert zu haben. Brennan dementierte.

Wirtschaftsmacht USA

Der Hype um die in den USA mittels der sog. „Fracking“-Methode geförderten Schiefergase hat durch die jüngsten Berechnungen von Ökonomen und Geologen einen deutlichen Dämpfer erlitten: Auf der einen Seite gibt es im Innern des Landes ein Überangebot, das die Preise infolge der dort bestehenden Transportdefizite zu den Häfen niedrig hält und damit neue Investitionen unrentabler macht. Andererseits jedoch scheinen die

zu erwartenden Fördermengen teilweise künstlich und drastisch hochgerechnet worden zu sein. Die Internationale Energieagentur kommt in ihrer derzeitigen Prognose zu dem Schluss, dass der US-Förderboom an Schiefergasen und Ölsanden in etwa 10 Jahren schon wieder an Bedeutung verloren haben wird.

Trotzdem sind es weiterhin die US-Amerikaner, die beim technologischen Fortschritt als Gradmesser der Innovation und Produktionsverfahren international den Ton angeben. Dies ist besonders an den internationalen Börsen klar ersichtlich: Fast die Hälfte der 100 wertvollsten Unternehmen der Welt sind US-Unternehmen, während der unaufhaltsame Aufstieg des großen Wirtschaftskonkurrenten China gestoppt zu sein scheint. Besonders die neue billige Energie nährt in den USA die Hoffnung auf eine schnelle Re-Industrialisierung und damit hunderttausende neue Arbeitsplätze.

Was die Schuldenkrise betrifft, so ist die peinliche Farce um die Schuldenobergrenze und damit die Zahlungsfähigkeit der Nation vorerst vom Tisch: Die Entscheidung des Abgeordnetenhauses vom Februar, einem Gesetzesentwurf zuzustimmen, der die gesetzliche Schuldenobergrenze bis März 2015 aussetzt, bedeutet eine schwere politische Schlappe für die Republikaner. Momentan belaufen sich die Schulden der USA auf ca. 17,5 Billionen USD.

Transatlantik

Zentraler Kristallisationspunkt in den Beziehungen zwischen der EU und den USA war und ist zynischer Weise die Krise in der Ukraine, die dem Westen schmerzhaft vor Augen führt, dass man in der Bewertung Moskaus möglicherweise längst vergessene Konfrontationsmuster aus der Zeit des Kalten Krieges aus der Schublade wieder hervorholen müssen, um mit der neuen (alten?) Situation umzugehen. Schon werden Stimmen laut, die vor einem neuen Kalten Krieg warnen. EU-ropa und die USA, deren Verhältnis durch die NSA-Affäre seit dem letzten Jahr zum Teil schwer unter Druck geraten war, rücken angesichts dieser neuen Bedrohung nun wieder enger zusammen.

Auch die Verhandlungen zum geplanten Freihandelsabkommen, die seit Juli 2013 laufen und die ebenfalls aus bereits genannten Gründen verzögert worden waren, nehmen nun wieder deutlich an Fahrt auf. EU-

Handelskommissar Karel de Gucht sprach Anfang März in Washington sogar von „guten Fortschritten“, wenn auch jetzt schon klar sein dürfte, dass die Standards für Lebensmittel in dem künftigen Wirtschaftsraum der 800 Millionen Konsumenten nicht angeglichen werden (Stichwort Hormonfleisch). Auch in der Frage der Zölle herrscht momentan noch Uneinigkeit. Allgemein muss konstatiert werden, dass ein schneller Abschluss der Verhandlungen aufgrund des zum Teil fehlenden politischen Rückhalts in Europa und auch den USA nicht erwartet werden darf. Obama fehlt die Unterstützung im US-Kongress – und das nicht nur für das transatlantische, sondern auch für das parallel dazu verhandelte transpazifische Freihandelsabkommen. Dass Obama selbst nicht übermäßig Druck macht, hat wohl auch mit den im November stattfindenden Kongresswahlen zu tun. Obama scheint bestrebt, sich im Wahljahr angesichts seines geringen politischen Spielraumes auf keine großen Experimente einzulassen. Schon seine Rede zur Lage der Nation Ende Januar hatte kaum neue Aspekte beinhaltet.

Wichtigste diplomatische Mission in der Frage der transatlantischen Beziehungen war zweifellos der Besuch des US-Präsidenten Ende März in Europa. Seine erste Station war Brüssel. Die zuletzt so in den Focus gerückte NSA-Affäre wurde dabei nur am Rande diskutiert. Die Krise in der Ukraine stand dagegen im Focus. Brack Obama meinte laut „FAZ“ dazu, Russland habe mit seinem Vorgehen all jene Grundsätze und Werte verletzt, für die Europa stehe und stellte unmissverständlich fest: „Amerikas engster Partner ist Europa“. Damit stehen die Zeichen für eine erneuerte Partnerschaft und noch engere Freundschaft zwischen den beiden Wirtschaftsgiganten USA und EU sehr gut.

Anschließend besuchte Obama das NATO-Hauptquartier. Die Rückbesinnung auf die eigentliche und ursprüngliche Aufgabe der Allianz, nämlich den Schutz und die Freiheit der Völker Europas zu garantieren, ist eine weitere Begleiterscheinung der osteuropäischen Krisensituation. In seinen Gesprächen mit NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen ließ Obama keinen Zweifel daran, dass die USA alle NATO-Mitglieder verteidigen werde, sollte der Konflikt eskalieren. „Es gibt keine Junior- oder Seniormitglieder, wenn es um kollektive Verteidigung geht“, so der US-Präsident wörtlich.

Europäische Union

Status quo

In der ersten Jahreshälfte 2014 hatte Griechenland den EU-Ratsvorsitz inne. Leichte wirtschaftliche Verbesserung für Griechenland gab es gleich zu Jahresbeginn: am 7. Jänner rutschten die Renditen für griechische Staatsobligationen mit der Laufzeit von 10 Jahren erstmals seit 2010 unter die Marke von 8%. Mit insgesamt 240 Milliarden Euro hat die Troika aus EU, EZB und IWF Griechenland seit dem Ausbruch der Schuldenkrise ausgeholfen. Die Verschuldung der öffentlichen Hand in Griechenland belief sich im Jänner auf rund 170% des BIP. Griechenland benötigt immer noch längst überfällige Strukturreformen. Am 30. März verabschiedete Griechenland ein Gesetz zur „Förderung des Wachstums“, das die Voraussetzung für die Auszahlung der Kredittranche von knapp 12 Milliarden Euro war. Erstmals seit Ausbruch der Schuldenkrise wagte sich am 10. April Griechenland wieder mit einer Anleihe an den Kapitalmarkt. Internationale Banken seien mit der Platzierung des Papiers mit fünfjähriger Laufzeit beauftragt worden. Der Marktzins für griechische Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit rutschte nach Bekanntwerden der Pläne unter 6%, erstmals seit 4 Jahren. 2012, als private Anleger bei einem Schuldenschnitt 130 Milliarden Euro verloren – waren es rund 40% gewesen. Die griechische Produktion wuchs im Februar 2014 mit 1,7% bereits den dritten Monat in Folge. Einen so langen Aufwärtstrend hatte es seit 2007 nicht mehr gegeben. Allerdings bleibt die wirtschaftliche Lage vieler Griechen prekär. Nach Spanien und Irland hatte Portugal am 17. Mai den Rettungsschirm verlassen. Drei Jahre hindurch bezog Portugal insgesamt 78 Milliarden Euro. Nach Griechenland ist am 23. April auch Portugal an die Anleihenmärkte zurückgekehrt, das Land hat sich erstmals seit 3 Jahren wieder frisches Geld von internationalen Investoren besorgt. In Summe sammelte Portugal 750 Millionen Euro ein. Die geplante Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) in zunächst 10 EU-Staaten ist nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom April rechtens. Das Gericht lehnte somit eine Klage Großbritanniens gegen einen entsprechenden Beschluss des EU-Ministerrates vom Jänner 2013 ab. Großbritannien ist erbitterter Gegner dieser Steuer. Es befürchtet eine Abwanderung der Geschäfte vom Finanzplatz London. Diese Steuer auf den Handel mit Bank- und Börseprodukten (Tobin Tax)

gilt als Mittel, um Spekulationen einzudämmen und den Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen. Die Richter halten die Klage Großbritanniens derzeit für zu verfrüht, weil sie sich auf die Folgen der Steuern beziehe, die ja noch gar nicht beschlossen worden seien und deren Wirkung noch nicht absehbar sei. Großbritannien kündigte an, zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu klagen. Die Steuer soll im Rahmen der „Verstärkten Zusammenarbeit“ eingeführt werden. Das 1999 etablierte Instrument sieht vor, das mindesten 9 EU-Länder sich auf eine engere Kooperation verständigen können. Die derzeitigen zehn – das sind Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, die Slowakei und Spanien – präsentierten am 6. Mai ihren Fahrplan zur FTT: Spätestens am 1. Jänner 2016 soll mit der Einhebung der Steuer begonnen werden.

Vertreter der EU-Regierungen, der EU-Kommission und des EU-Parlaments haben sich nach fast 16stündigen Verhandlungen am 20. März auf die zweite Säule der Bankenunion geeinigt. Künftig wird es in der EU nicht nur eine gemeinsame Entscheidungsstruktur für die Restrukturierung oder Abwicklung von Großbanken geben. Auch werden Gläubiger, Aktionäre und Sparer mit Guthaben von über 100.000 Euro ihren Anteil leisten müssen. Künftig sollen keine Banken mit Steuergeldern gerettet werden. Der Bankenabwicklungsfonds (SRF) soll ab 2015 innerhalb von 8 Jahren von den Banken selbst aufgefüllt werden. Die Größe des Fonds hängt von den Gesamteinlagen der Banken ab, wird jedoch Ende 2023 mindestens 55 Milliarden Euro betragen. Die Bankenunion umfasst insgesamt 3 Säulen: 1. Säule: Gemeinsame Bankenaufsicht für Großbanken; 2. Säule: Gemeinsamer Abwicklungsmechanismus für Banken und Einrichtung eines Abwicklungsfonds. 3. Säule: Gemeinsame Einlagensicherung. Der grenzüberschreitende Schutz für Bankkunden ist noch umstritten.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament siegten in einigen Ländern extrem-populistische Parteien, wie in Großbritannien die United Kingdom Independence Party (UKIP) und in Frankreich die Front National (FN). Gemäß EU-Recht nominieren die Staats- und Regierungschefs der Union den Kandidaten für den EU-Kommissionspräsidenten unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses, das EU-Parlament stimmt dann anschließend über den Kandidaten ab

Am 25. Mai fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Der konservative Europäische Volkspartei (EVP) errang dabei 28,23 Prozent der Stimmen - über 7 Prozent weniger als 2009. Damit entfallen auf die EVP 212 der 751 Sitze im Europaparlament. Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) kam mit 24,77 Prozent oder 186 Sitzen auf Platz zwei. Auf Platz drei lagen die Liberalen mit 9,32 Prozent und 70 Sitzen. Die Wahlbeteiligung blieb mit etwa 43,1 Prozent konstant niedrig.

Gemäß EU-Recht nominieren die Staats- und Regierungschefs der Union den Kandidaten für den EU-Kommissionspräsidenten unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses, das EU-Parlament stimmt dann anschließend über den Kandidaten ab. Die EU-Wahl resultierte zum Teil aber auch in Siegen extrem-populistischer Parteien, wie z.B. in Großbritannien der United Kingdom Independence Party (UKIP): Mit 27,5% der Stimmen wurde erstmals seit über 100 Jahren nicht eine der beiden Traditionsparteien Konservative (23,9%) oder Labour (25,4%) stärkste Kraft. In Frankreich wurde der Front National (FN) stärkste Kraft, mit 25% der Stimmen bei den EU-Wahlen erhebt der FN den Anspruch auf den Titel, „Frankreichs erste Partei“ zu sein. In Dänemark wurde die Dänische Volkspartei mit 26,6% stärkste Kraft. Anfang Juli konstituiert sich das EU-Parlament neu. Bis dahin müssen sich die Abgeordneten entscheiden, welcher Fraktion sie angehören. Rechtsextreme und -populistische Parteien setzen in unterschiedlicher Intensität auf Anti-EU-Haltungen, aber alle auf eine Stärkung des Nationalismus.



Europäische Kommission

Eine knappe Mehrheit von 50,34% hatte in der Schweiz am 9. Februar für den Ausstieg aus der EU-Personenfreizügigkeit und die Einführung von Ausländerkontingenten gestimmt. Die Differenz zwischen Gegnern und Befürwortern betrug nur rund 19.500

Stimmen. Die Initiative sieht vor, dass die Zuwanderung künftig über „Ausländerkontingente“ gesteuert wird. Die Zahl der Zuwanderer und Asylwerber soll gedeckelt werden. Die seit 2002 bestehende Personenfreizügigkeit soll in mehreren Etappen abgeschafft werden. Dieser Bruch mit der EU könnte 2017 stattfinden. Bruch insofern, als die Personenfreizügigkeit Teil eines 7 Elemente umfassenden Vertragspaktes ist, das u.a. Verkehr, Handel mit Agrarprodukten und die gegenseitige Anerkennung technischer Standards sowie die wissenschaftliche Zusammenarbeit regelt. Dieses Paket ist über die „Guillotine-Klausel“ miteinander verbunden: wird ein Vertrag gekündigt, könnte das „Fallbeil“ über alle anderen Verträge fallen. Die EU zieht weitere Konsequenzen aus dem Ja zur Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ und der Ankündigung der Schweiz, dem neuen EU-Mitglied Kroatien keine Freizügigkeit zu gewähren. Die Verhandlungen über eine Beteiligung der Schweiz am Studenten-Austauschprogramm „Erasmus +“ und dem milliardenschweren Forschungsprogramm „Horizon 2020“ wurden Mitte Februar auf Eis gelegt. Die Initiative wurde in der deutschsprachigen Schweiz und im italienischsprachigen Kanton Tessin angenommen, in der französischsprachigen Westschweiz mehrheitlich abgelehnt. Dieser „Röstigraben“ trat auch 1992 zu Tage, als ebenso auf Initiative der SVP 50,3% der Schweizer einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ablehnten. In der Schweiz leben 1,88 Millionen Ausländer (23,5% der Gesamtbevölkerung), in Österreich sind es 11,9%. 77.000 Menschen ziehen jährlich in die Schweiz, davon stammen 70% aus der EU. Die größten Ausländergruppen stellen Italiener und Deutsche. Wird die Bilaterale I hinfällig, fällt die Schweiz auf den Stand des Freihandelsabkommens von 1972 zurück. Die Teilnahme der Schweiz am Schengenraum ist Teil der Bilateralen II aus 2004.

Am 21. Jänner erfolgte der offizielle Start der EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien in Brüssel. Serbien will die Beitrittsverhandlungen bis 2018 abschließen und 2020 EU-Mitglied werden. Zwar ist der Start der Verhandlungen durch eine Annäherung zur Führung des nach Unabhängigkeit strebenden Kosovo möglich geworden, doch birgt die ungeklärte Statusfrage für den Kosovo noch ausreichend Konfliktpotenzial. Island hatte Ende Februar 2014 die Beitrittsverhandlungen offiziell beendet. Sechs Jahre nach dem Zusammenbruch der wichtigsten Banken hat sich die isländische Währung stabilisiert, die Arbeitslosigkeit sinkt wieder langsam. Somit hat die liberalkonservative Regierungskoalition

auch ihr Wahlversprechen eingelöst und die EU-Beitrittsverhandlungen offiziell für beendet erklärt. Die Verhandlungen wurden bereits seit 2013 auf Eis gelegt. Island kann weiterhin als EWR-Mitglied am Binnenmarkt teilnehmen. Ausnahmen gibt es für die Bereiche Landwirtschaft und Fischerei. Island bleibt auch weiterhin Teilnehmer des Schengen-Abkommens.

Die Europäische Kommission ermittelte gegen den Staatskonzern Gazprom wegen Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung in Mittel- und Osteuropa. Ende Mai gab die Kommission bekannt, die Pläne von OMV und Gazprom zum Bau der Pipeline South Stream auf Eis zu legen. Die EU bemängelt die geringe Bereitschaft von Gazprom, die Gasproduktion, -lieferung und -verteilung entsprechend dem Energiebinnenmarktpaket zu entbündeln. Die EU-Kommission fordert, dass auch andere Anbieter Gas durch South Stream pumpen können sollen. Bereits im Dezember 2013 hatte die Europäische Kommission erklärt, dass die bilateralen Abkommen zu South Stream, die Österreich und südosteuropäische Staaten mit Russland geschlossen hatten, EU-Recht widersprächen. Russland hatte als Antwort Ende April erste Schritte zur Eröffnung eines Verfahrens gegen die EU bei der Welthandelsorganisation WTO eingeleitet. Das Gas soll bis nach Baumgarten strömen, von wo aus große Mengen in andere europäische Länder gepumpt werden. Gazprom möchte sich mit einem Viertel an dem Hub beteiligen. Für South Stream wurden die Baumgenehmigungen für 2015 und die Inbetriebnahme für 2017 in Aussicht gestellt.

Im Zuge der Ukraine-Krise beschlossen die EU und die USA Sanktionen gegen russische und ukrainische Politiker, denen eine Mitschuld an der Eskalation vorgeworfen wird. EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle hat sich langfristig für eine Vollmitgliedschaft der Ukraine, Georgiens und Moldawiens ausgesprochen.

Polen, Schweden und Großbritannien drängten Anfang 2014 darauf, dass die EU die Ukraine im aktuellen Konflikt mit Russland stärker unterstützt und eine europäische Polizeimission in das Land entsendet, die beim Aufbau eines Sicherheitsapparates hilft. Die EU und USA beschlossen Sanktionen gegen russische und ukrainische Politiker, denen eine Mitschuld an der Eskalation vorgeworfen wird. Die Sanktionen betreffen Einreiseverbote, Visabeschränkungen und Kontensperren. Die EU und die USA drängen auf die

Achtung der Einheit des ukrainischen Territoriums und anerkennen weder den Volksentscheid über den Anschluss der Krim zu Russland vom 16. März noch die Referenden vom 11. Mai über die Abspaltung der Provinzen Donezk und Lugansk. Diese Schritte bedeuteten laut EU einen eklatanten Bruch des Völkerrechts. Die EU und die USA haben somit die Referenden als illegal erklärt und angekündigt, die Ergebnisse niemals anzuerkennen. Moskau wird vorgeworfen, die pro-russischen Separatisten zu unterstützen, was die Regierung Putins allerdings dementiert. Das Ziel der Ukraine ist nun die volle EU-Mitgliedschaft: Am 21. März wurde der politische Teil des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine unterfertigt. Der IWF hatte der Ukraine im Rahmen eines zweijährigen Anpassungsprogramms einen Kredit über 17 Milliarden USD eingeräumt. Die Kreditlinie öffnet die Tür für Finanzhilfen anderer Geber über rund 15 Milliarden USD, darunter der EU, Kanada, Japan, der Weltbank und europäischen Förderbanken. Die USA steuern eine Kreditgarantie über 1 Milliarde USD bei.

Anlässlich der Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion in Astana am 29. Mai (tritt in Kraft mit 1. Jänner 2015) durch Russland, Kasachstan und Weißrussland hat sich EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle langfristig für eine Vollmitgliedschaft der Ukraine, Georgiens und Moldawiens in der EU ausgesprochen: „Wenn wir Ernst damit machen wollen, die Länder in Osteuropa zu transformieren, dann müssen wir auch ernsthaft das mächtigste Instrument, das wir zur Umgestaltung haben, nutzen: die Erweiterung.“

Die EU hatte am 30. April nach zahlreichen Verzögerungen eine Militärmission in Zentralafrika offiziell begonnen, ins Leben gerufen wurde die EUFOR RCA am 1. April – auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolution 2134. Ziel der Operation ist es, gemeinsam mit den Truppen der Afrikanischen Union und deren Mission MISCA Stabilität in und rund um die Hauptstadt Bangui wiederherzustellen. Die EU-Truppe sichert zunächst den Flughafen der Hauptstadt Bangui, der auch ein großes Flüchtlingslager umfasst. Später sollen die Soldaten auch in zwei Vierteln der Hauptstadt selbst für Sicherheit sorgen. Am 30. April bestand die Mission aus rund 150 Soldaten. Es handelte sich zunächst vor allem um französische Soldaten, die zuvor der französischen Zentralafrikamission Sangaris angehört hatten, sowie Militärs aus Estland, die an diesem Tag in Bangui angekommen waren. Die Zahl soll schrittweise auf 800 Soldaten steigen. Österreich beteiligt

sich mit 9 Soldaten. Die Führung der EUFOR RCA erfolgt durch das Operational Headquarter (OHQ) in Larissa/Griechenland.

Ausblick

Nach Irland und Spanien ist Portugal das dritte Land, das durch EU-Hilfen wiederbelebt wurde. Die Arbeit ist jedoch keineswegs getan. Portugal schiebt nach wie vor einen Schuldenberg von 214 Milliarden Euro vor sich her – das entspricht 129% der Wirtschaftsleistung des Landes. Das Problem hoher Staatsverschuldungen bleibt in Europa bestehen. Der Schuldenberg Spaniens wird laut EU-Prognose 2015 auf 104% des BIP wachsen, auch jener von Frankreich wird 2015 mit 96,6% des BIP höher liegen als 2014. Italien kommt von seinem Schuldenberg von 133,9% nicht herunter und für Griechenland prophezeit die EU für 2015 trotz unzweifelhafter Sanierungsschritte eine Schuldenquote von 172,4%. Portugal mit einem prognostizierten Schuldenberg von 124,8% im Jahr 2015 bedeutet noch kein Verlassen der Gefahrenzone. Alle diese Länder werden bis 2016 wohl kaum, wie das der Fiskalpakt vorschreibt, in die Nähe der Maastricht-Schuldengrenze von 60% des BIP kommen. Nach den Regeln des Pakts ist ab 2016 für alle Länder, die das Maastricht-Ziel verfehlen (das wird auch Österreich sein), eisernes Zwangssparen angesagt. Die Methode, Länder vor dem Staatsbankrott zu retten, im Gegenzug aber umfassende Reformen durchzusetzen, funktioniert – zumindest bisher. In Griechenland wurden zwar einige Reformen gemacht, wie z.B. die Arbeitsmarktreform. Die Reformen sind jedoch einfach noch nicht ausreichend, um langfristig auf den Wachstumspfad zurückzukehren. Die Kernprobleme sind das Steuersystem, die Investitionsanreize und der Arbeitsmarkt, der in vielen südlichen Ländern sehr unflexibel ist. Einen echten Aufschwung, der auch zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit führt, wird es in den nächsten 2-3 Jahren nicht geben. Zu hohe Defizite in einem Euroland gefährden alle anderen Mitgliedstaaten. Der Euro wird langfristig nur überleben können, wenn es eine einheitliche und strikte Finanzpolitik gibt. Der Sieg der UKIP in Großbritannien bringt nun Premier David Cameron unter Druck: Cameron will eine EU, die nicht mehr ist als eine riesige Freihandelszone, ein flexibles Netzwerk des Marktes, ohne viel politische Vertiefung. Im neuen Parlament sind UKIP und FN jeweils mit 24 Abgeordneten vertreten. Sie schaffen es also leicht, die erforderliche Mindestzahl von 25 Abgeordneten für

eine Fraktion zu finden. Aber diese müssen auch aus mindestens 7 EU-Staaten kommen. Wegen der starken Zersplitterung des rechtspopulistischen bzw. -extremen Lagers sowie der widersprüchlichen nationalen Interessen sind derartige Zusammenschlüsse heikel. Mehrere Rechtsfraktionen im EU-Parlament sind seit 1984 immer wieder zerbrochen. Eine Kooperation mit dem ungarischen Jobbik und der griechischen Goldenen Morgenröte schloss Marine Le Pen aus. Die extreme Rechte will zwar eine Fraktion bilden, könnte aber weder Gesetzesinitiativen einbringen noch Beschlüsse verhindern; zudem ist sie ein völlig heterogener Block, der auch nicht in der Lage wäre, einheitliche Standpunkte zu formulieren.

Die Krise in der Ukraine macht eine klaffende Wunde der EU deutlich: Die EU hat immer noch keine gemeinsame Energiepolitik. Woher die EU-Bürger ihre Energie beziehen, ob und wie viel sie dafür an Förderungen bezahlen und welche Leitungen sie bauen, entscheiden noch immer die EU-28 selbst. Die Folgen der fehlenden EU-Energiepolitik zeigen sich an der Nicht-Realisierung der Nabucco-Pipeline, die Gas aus Zentralasien nach Europa hätte bringen sollen. Heute ist das einstige Prestigeprojekt tot und die EU weiter vom Gas und Öl aus Russland abhängig. Staaten wie Großbritannien und Polen fordern längst eine neue Energiepolitik, Polens Präsident Donald Tusk macht sich für eine Energieunion stark, die vor allem darauf abzielt, einheitliche Preise für Gasimporte aus Russland durchzusetzen. Derzeit verhandeln alle EU-Staaten für sich und erzielen dabei unterschiedliche Preise.

Die Beziehungen zwischen Russland und der EU haben sich in den vergangenen Jahren sukzessive verschlechtert, das Tauziehen um das außenpolitische Selbstbestimmungsrecht der Ukraine ist nur der letzte Tiefpunkt. Mit den EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 wurden ehemalige Satelliten Moskaus Mitglieder der EU, eine Abkühlung war somit nicht zu vermeiden. Außenpolitisch kommen die EU und Russland einander nicht nur in der Ukraine in die Quere, sondern auch in Syrien, in der Wirtschaftspolitik heißt der Zankapfel Gazprom. Bei den Menschenrechten hat die Verabschiedung eines Gesetzes gegen „homosexuelle Propaganda“ und „Gotteslästerung“ im Juni 2013 für Kritik gesorgt. Die Folge: Der britische Premier David Cameron, Frankreichs Präsident François Hollande und Deutschlands Präsident Joachim Gauck blieben

den Olympischen Spielen in Sotschi Anfang 2014 fern. Die Sanktionen der EU und der USA gegen Russland betreffend die Krise in der Ukraine hat die russische Staatsführung veranlasst, politisch und wirtschaftlich intensiver nach neuen Märkten zu suchen, vor allem in Südostasien und in China. Allen Problemen zum Trotz sind die Handelsverflechtungen zwischen der EU und Russland eng. Für Russland bleibt die EU der mit Abstand größte Handelspartner, rund 45% der russischen Ausfuhren gingen 2012 in die EU. Für die EU ist Russland der viertgrößte Absatzmarkt nach den USA, China und der Schweiz. Europa ist nach wie vor stark von Importen aus Russland abhängig. Russland liefert etwa 30% des Bedarfs von 526 Milliarden Kubikmeter/Jahr. Rund 30% gehen über ukrainische Pipelines. 2013 hatte die Gazprom die Lieferungen nach Europa (inklusive Türkei) um 16% auf 161,5 Milliarden Kubikmeter erhöht. Österreich verbraucht dabei 8 Milliarden Kubikmeter Gas / Jahr, die Hälfte davon kommt aus Russland. Spätestens im August 2014 will die EU mit Moldau und Georgien jenes Assoziierungsabkommen abschließen, das in der Ukraine zum Konflikt mit Russland geführt hatte. Vor der Krise verfolgte Kiew eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West, die EU zögerte, der Ukraine eine echte Beitrittsperspektive zu bieten. Nun treibt Putin Kiew nach Europa. Der Westen rückt nun näher nach Osten, jedoch Russland benötigt weiterhin dringend den Westen zur eigenen Modernisierung (Knowhow und Investitionen). Die EU wird dabei weiterhin auf alle Maßnahmen der friedlichen Konfliktbeilegung setzen. EU-Sanktionen sollen ein politisches Signal senden, jedoch keine Kommunikationskanäle blockieren. Putin dagegen beschleunigt den Prozess einer eurasischen Wirtschaftsintegration – mit der Gründung einer neuen „Ost-EU“ ab 1. Jänner 2015.

Die NATO

Status quo

Ende 2014 wird die NATO ihren ISAF-Einsatz in Afghanistan beenden. US-Präsident Barack Obama hat diesen Schritt wie folgt beschrieben: „This long war will come to a responsible end.“ Doch ob dieser Krieg Ende 2014 tatsächlich enden wird, bleibt nach wie vor offen. 2001 wurde zwar die Taliban-Regierung in Kabul von den USA gestürzt, die Taliban selbst und deren Netzwerk wurden jedoch nicht zerstört. Zudem

bekommt die Taliban weiterhin Unterstützung von Teilen des pakistanischen Militärs und des Nachrichtendienstes. So begannen sich die Taliban entlang der Durand-Linie zu rekonstituieren, außerhalb der Reichweite des US-Militärs. Folglich konnten die Taliban ihren Einfluss in Afghanistan ausweiten. Die derzeit ca. 380.000 Soldaten und Polizisten Afghanistans sind nicht in der Lage, den ca. 40.000 Taliban-Kämpfern wirksam entgegenzutreten. Die afghanischen Sicherheitskräfte können zudem in ihrer Schlagkraft nur ausgebaut werden, solange der US-Kongress diese auch ausreichend finanziert. Die US-Regierung beabsichtigt, jährlich etwa 4 bis 6 Milliarden USD den afghanischen Sicherheitskräften zur Verfügung zu stellen. Im Vergleich dazu kostete der Krieg den USA in Afghanistan im Jahr 2011 beinahe 120 Milliarden USD. Für die jährliche Militärhilfe für Israel wendete die USA im Finanzjahr 2013 an die 3,1 Milliarden USD auf. Die Top-Priorität für die ISAF lag und liegt darin, die Taliban zu bekämpfen. Am 21. Dezember 2013 kamen die NATO und die afghanische Regierung überein, die Verhandlungen über das NATO Status of Force Agreement (Truppenstellerabkommen) zu eröffnen. Dieses Übereinkommen bildet den wesentlichen Teil des Rechtsrahmens, der für die Stationierung von Ausbildern und Beratern für die afghanischen Sicherheitskräfte im Rahmen der ISAF-Nachfolgemission Resolute Support ab 1. Januar 2015 benötigt wird. Die Große Ratsversammlung in Kabul, die Loya Jirga, bestehend aus Stammesältesten, Geistlichen und anderen Würdenträgern, sprach sich Ende November 2013 dafür aus, dass nach 2014 auch US-Truppen in Afghanistan bleiben können, um den weiteren Friedensprozess abzusichern. Bisher fehlt jedoch die Genehmigung der afghanischen Regierung. Anfang März befanden sich etwa 52.000 Soldaten NATO-geführt in Afghanistan im Einsatz, darunter mehr als 33.600 US-Soldaten. Mehr als 2.000 Amerikaner verloren in Afghanistan ihr Leben, zudem wurden seitens der USA mehr als 600 Milliarden USD aufgewendet, um die Al-Kaida und die Taliban zu bekämpfen und Afghanistan wirtschaftlich und sicherheitspolitisch aufzubauen.

Aufgrund der mit Ende Februar einsetzenden Aufstockung von russischen (Elite-)Soldaten auf der Krim hatte die Ukraine einen Krieg mit Russland befürchtet. Deshalb hatte die neue ukrainische Regierung die NATO um Hilfe ersucht, am 2. März wurde in dieser Angelegenheit seitens der NATO eine zuvor von Polen und Litauen geforderte Krisensitzung mit den NATO-

Botschaftern abgehalten. „Ein militärisches Vorgehen der Streitkräfte Russlands gegen die Ukraine ist ein Bruch des internationalen Rechts“, betonte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen: „Wir fordern Russland auf, die Spannungen zu verringern.“ Die NATO stehe auf Seiten der Ukraine als „einem geschätzten Partner“. Vor dem Treffen in Brüssel hatte Rasmussen gegenüber Russland klargestellt: „Was Russland derzeit in der Ukraine tut, verstößt gegen die Prinzipien der UN-Charta. Es bedroht den Frieden und die Sicherheit in Europa.“ Im Zuge des Treffens der NATO-Ukraine-Kommission am 27. Februar gab Rasmussen die ablehnende Haltung zur „Überprüfung der Gefechtsbereitschaft russischer Verbände“ (rund 150.000 Soldaten), wie dies Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu formulierte. Die NATO hatte am 2. März Russland aufgefordert, ihre Aktionen gegen die Ukraine sofort zu beenden.

Ende 2014 wird die NATO ihren ISAF-Einsatz in Afghanistan beenden, das Land aber mit Ausbildern und Beratern für die afghanischen Sicherheitskräfte im Rahmen der ISAF-Nachfolgemission Resolute Support sowie mit beträchtlichen finanziellen Mitteln weiter unterstützen. Die NATO verurteilte die Annexion der Krim durch Russland und suspendierte die zivile und militärische Zusammenarbeit mit Moskau. Überdies wurde die Luftraumüberwachung über dem Baltikum verstärkt sowie zusätzliche Überwachungsflüge der AWACS über Osteuropa durchgeführt. Daneben wird der Aufwuchs maritimer Patrouillentätigkeiten in der Ostsee und dem östlichen Mittelmeer vorangetrieben.

Da die Ukraine kein Mitglied der NATO ist, wird es für die NATO schwierig sein, wirklich konkrete Hilfe anzubieten. Seit 9. März wurden jedoch seitens der NATO, so Rasmussen, „mehrere wichtige Schritte unternommen. Die Auswirkungen der Krise auf die Allianz werden von uns gründlich untersucht.“ Das schließt demnach ebenso die Unterstützung von NATO-Staaten mit Abwehrsystemen ein. Dass die USA „weitere Kampfjets für unsere Luftraumüberwachung der baltischen Staaten zur Verfügung gestellt haben“, zeige die Geschlossenheit der NATO, so Rasmussen: „Zweitens werden wir unsere Partnerschaft mit der Ukraine intensivieren und noch besser zusammenarbeiten, um demokratische Reformen zu erreichen.“ In diesem Kontext sollen Kooperationen mit der politischen und militärischen Führung der Ukraine ausgeweitet und die Anstrengungen erhöht werden, „die Leistungsfähigkeit

der ukrainischen Armee zu verbessern, unter anderem durch gemeinsame Übungen und Ausbildungsprogramme.“ Rasmussen gab auch zu verstehen: „Drittens haben wir deutlich gemacht, dass Russland gegen die Prinzipien verstößt, auf denen unsere Partnerschaft beruht. Die Planungen für unseren ersten gemeinsamen Militäreinsatz sind abgebrochen.“ Treffen zwischen zivilen und militärischen Mitarbeitern wurden aufgeschoben. Aus Sicht der NATO wird die gesamte Bandbreite der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland neu bewertet.



NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen mit dem georgischen Verteidigungsminister Irakli Alasania

Der Oberkommandierende der NATO in Europa, Philip M. Breedlove, warnte Ende März vor dem im Zuge der Krimkrise vollzogenen Aufmarsch von Truppen an der Grenze zur Ukraine, dass die russische Truppenkonzentration an der ukrainischen Grenze und deren Einsatzbereitschaft derartig hoch seien, dass russische Truppen auch eine Bedrohung für die Republik Moldau darstellen könnten. Das russische Militär hätte bis in den abtrünnigen moldawischen Landesteil Transnistrien vorstoßen können, „wenn Moskau den Befehl dazu gebe. Dies sei sehr besorgniserregend“, so Breedlove. Seitens der NATO wurde Anfang April vermutet, dass 35.000 bis 40.000 russische Soldaten an der ukrainischen Grenze stationiert waren. Folglich verhalte sich Russland „eher wie ein Gegner denn als Partner“, betonte Breedlove. Das Verteidigungsministerium Russlands entgegnete, Russland „achte die internationalen Vereinbarungen für eine Beschränkung seiner Truppenstärke an der Grenze zur Ukraine.“ Mit dem Referendum auf der Krim am 16. März und der Einverleibung der Krim in das russische Staatsgebiet seien „Fakten geschaffen worden, die nicht in Übereinstimmung stehen mit dem internationalen Recht und die die Gefahr einer neuen Spaltung Europas heraufbeschwören“, erklärte Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Am 1. April verurteilte die NATO die Annexion der Krim durch

Russland. Offiziell wurde am 1. April seitens der NATO-Außenminister die zivile und militärische Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO suspendiert, der politische Dialog im NATO-Russland-Rat kann jedoch fortgesetzt werden, „at the ambassadorial level and above.“ Russland habe, so die NATO, mit der „Annexion“ der Krim das Völkerrecht verletzt „and has acted in contradiction with the principles and commitments in the Euro-Atlantic Partnership Council Basic Document, the NATO-Russia Founding Act, and the Rome Declaration.“ Als eine weitere Reaktion auf die Vorgänge in der Ukraine setzte die NATO am 16. April sogenannte „Reassurance“-Maßnahmen. Sie sind eine Art politische Versicherung vornehmlich der osteuropäischen Alliierten und betreffen die Verstärkung der Luftraumüberwachung über dem Baltikum, zusätzliche Überwachungsflüge der AWACS über Polen und Rumänien sowie den Aufwuchs maritimer Patrouillentätigkeiten in der Ostsee und dem östlichen Mittelmeer. Eine dauerhafte Stationierung von nennenswerten Bodentruppen in Osteuropa wurde hingegen nicht beschlossen, da die politische Einschätzung vorherrscht, dass die NATO selbst nicht unmittelbar gefährdet sei. Mit 1. Mai verstärkten Großbritannien, Frankreich und Polen die Luftraumüberwachung über dem Baltikum, die nun zwölf Abfangjäger statt wie bisher vier umfasst. Auch das bündnisfreie Finnland wird sich nun der NATO annähern. Am 22. April unterzeichnete Finnland mit der NATO ein Memorandum of Understanding (MoU), das militärische Hilfe vorsieht, falls das finnische Territorium angegriffen werden sollte. Verteidigungsminister Carl Haglund betonte, dass das MoU zwar keinen Beitritt Finnlands zur NATO vorsehe, jedoch darauf abziele, die finnischen Streitkräfte interoperabler mit jenen der NATO zu machen. Zudem soll die Verteidigungskooperation mit dem bündnisfreien Schweden ausgebaut werden, darauf einigten sich beide Staaten am 6. Mai. Finnland wird bis 2015 100 moderne Leopard 2A6-Panzer von den Niederlanden erwerben, Schweden plant, bis 2024 das Verteidigungsbudget von derzeit 7,1 Milliarden USD auf beinahe 8,2 Milliarden USD zu erhöhen, das derzeit höchste Verteidigungsbudget eines skandinavischen Landes. Die schwedische Regierung versucht derzeit, die relevantesten im Parlament vertretenen Parteien von der Notwendigkeit der Beschaffung von Langstreckenraketen für die neuen Gripen-39/E-Kampffjets zu gewinnen. Dies sollte Schweden erstmals die Fähigkeit geben, entfernte Ziele in Russland zu treffen. 10 weitere Gripen sollen gekauft werden, die Anzahl der Gripen in der

schwedischen Luftwaffe soll somit von 60 auf 70 erhöht werden und auch dadurch die Luftraumüberwachung über dem baltischen Raum verstärkt werden, eine Maßnahme, die auch von den baltischen NATO-Mitgliedern Estland, Lettland und Litauen äußerst willkommen geheißen wird. Die schwedische Marine soll zudem mit zwei U-Booten der A26-Klasse der nächsten Generation ausgestattet werden, drei bereits existierende U-Boote der Götland-Klasse sollen modernisiert werden. Im Programm ist auch die Beschaffung von zwei schweren Korvetten der erweiterten Visby K40-Klasse, diese sollen für Gefechte zur See, zur U-Boot-Bekämpfung und zur Minenräumung eingesetzt werden können. Litauen hat die Erhöhung seines Verteidigungsbudgets auf mehr als 800 Millionen USD bis 2020 in Aussicht gestellt, für Litauen würde dieser Schritt eine Verdoppelung seines Verteidigungsbudgets bedeuten. Mit diesem Geld sollen Schlüsselbereiche der litauischen Verteidigung inklusive der Luftraumüberwachung, Radarüberwachung, bewaffneter Einheiten und modernisierter Artilleriesysteme erweitert und aufgebaut werden.

Ausblick

Am 1. Oktober wird Norwegens ehemaliger Premierminister Jens Stoltenberg den bisherigen NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen in seiner Funktion ablösen. Dies wurde nach einer Sitzung des Nordatlantischen Rates in Brüssel am 28. März bekanntgegeben. Der Sozialdemokrat Stoltenberg zeichnete für Norwegens Beteiligung an der NATO-Operation Unified Protector in Libyen 2011 verantwortlich. Seitens der NATO muss das Truppenstellerabkommen seitens der afghanischen Regierung spätestens im Oktober 2014 beschlossen werden. Ab dieser Zeit benötigen die Militärs klare Anweisungen, ob und wie viele Truppen ab Januar 2015 in Afghanistan als Ausbilder und Berater bleiben sollen. Ab dem Jahr 2015 werden Soldaten der georgischen Streitkräfte erstmals der NATO-Hochbereitschaftstruppe NATO Response Force (NRF) angehören. Die NRF gilt als die „Test-Truppe“ für die Transformation des Bündnisses: Am 12. Februar hatte Georgiens Verteidigungsminister Irakli Alasania in Tiflis bei einer Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, General Knud Bartels, die Beteiligung seines Landes an der NRF mitgeteilt. Somit wird 2015 die militärische Kooperation zwischen Georgien und der NATO eine neue Ebene erreichen. Georgien plant, eine

Kompanie von 150 Soldaten zu stellen, deren Beteiligung an der NRF wird von den USA finanziert werden. Die NATO lobte Georgien vor allem für die größere Beteiligung an der ISAF-Mission in Afghanistan. Mit beinahe 1.700 Soldaten stellte Georgien Anfang 2014 das größte Kontingent von Nicht-NATO-Staaten innerhalb der ISAF. Insgesamt sind in Afghanistan 29 Georgier gefallen. Folglich wird auch unter dem neuen Präsidenten Georgiens, Giorgi Margwelaschwili, der Westkurs des südkaukasischen Landes vertieft. Tatsächlich wird die NATO Georgien aber nicht als Mitglied aufnehmen, solange seine Gebietsprobleme betreffend Abchasen und Südossetien mit Russland nicht gelöst sind. Die NRF-Beteiligung ist folglich als eine Vertiefung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, nicht aber als Schritt zur Mitgliedschaft zu sehen. Der Ukraine versprach die NATO Unterstützung bei der Wahrung ihrer territorialen Souveränität. Die NATO und Russland sind im Streit um das russische militärische Vorgehen in der Ukraine nach wie vor uneins. Um die Sitzung des NATO-Russland-Rates Anfang Juni hatte der russische NATO-Botschafter Russlands, Alexander Gruschko, gebeten. Die mittel- bis langfristigen Auswirkungen auf das Verhältnis zur Russischen Föderation und auf die allianzinterne Streitkräfteplanung sind natürlich noch offen und werden wahrscheinlich auf dem NATO-Gipfel in Wales im September einer ersten Klärung zugeführt.

In Afghanistan wird US-Präsident Obama die Anzahl der US-Truppen ab 2015 auf 9.800 senken – von ca. 33.000 US-Soldaten im Mai. Weitere 2.000 bis 3.000 Soldaten werden ab Anfang 2015 von NATO-Staaten bereitgestellt werden – vor allem von Deutschland und Italien. Um diese Schritte seitens der USA und der NATO durchführen zu können, muss seitens des neuen afghanischen Präsidenten noch Truppenstellerübereinkommen mit den USA und der NATO unterzeichnet werden. Beide Präsidentschaftskandidaten – Abdullah Abdullah und Ashraf Ghani – hatten vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 14. Juni positive Signale angekündigt. Auf dem Gipfel in Wales wird die NATO erneut versuchen, ihre Mitgliedstaaten zu mehr und koordinierten Verteidigungsausgaben zu bewegen – es gilt seitens der NATO weiterhin der Richtwert von 2% des BIP. Während die europäischen NATO-Verbündeten in den Jahren 1990-1994 durchschnittlich 2,5% des BIP für Verteidigung ausgegeben haben, verringerte sich dieser Wert auf 1,6% des BIP im Jahr 2013. Die USA geben weiterhin mehr als 4% des BIP für die Verteidigung aus.

...UND IHRE PARTNER UND HERAUSFORDERER

Neben den westlichen Mächten gibt es im globalen Rahmen noch eine Handvoll staatlicher Akteure, die zumindest regionale strategische Bedeutung haben. Einige dieser alten und neuen Mächte sind mit den USA bzw. Europa partnerschaftlich verbunden, andere stehen dem Westen hingegen als Herausforderer gegenüber.

Russland, das sich zusehends in seinem unmittelbaren strategischen Umfeld bedroht fühlt, versucht zu verhindern, dass sich die Ukraine, Georgien und Moldawien stabilisieren und ungehindert ins westliche Lager überlaufen. Durch Etablierung der Eurasischen Wirtschaftsunion möchte es überdies ein Gegengewicht zum transatlantischen (Wirtschafts-)bündnis schaffen. Russland ist jedenfalls bereit alle seine Mittel - notfalls auch militärische - einzusetzen, um einen weiteren geostrategischen Machtverlust zu verhindern.

Um die eigene strategische Position in den Auseinandersetzungen mit den westlichen Mächten zu verbessern, haben Russland und China zuletzt ihre Beziehungen verbessert und planen zukünftig noch enger zu kooperieren.

China hat durch jahrelangen wirtschaftlichen Aufschwung nunmehr auch die notwendigen Mittel, um militärische Stärke zu erlangen. Auf dieser Basis versucht es zusehends Fakten zu schaffen, um seine geostrategische Situation vor allem im Ost- und Südchinesischen Meer zu verbessern. Da die umstrittenen Räume auch von anderen Staaten beansprucht werden, ist mit entsprechenden Konflikten zu rechnen, die auch gewaltsam ausgetragen werden könnten. Da die USA mit einigen dieser Staaten wie Japan, Südkorea und den Philippinen verbündet sind, haben die chinesischen Ansprüche das Potential, zu einer umfassenden Auseinandersetzung im asiatisch-pazifischen Raum anzuwachsen. China hat zwar noch nicht die Fähigkeiten, sich mit den USA zu messen, doch ist davon auszugehen, dass China weiterhin sehr selbstbewusst seine Ziele verfolgen wird.

Dennoch ist China durchaus bereit, in Teilbereichen sicherheitspolitisch mit dem Westen zu kooperieren. So ist es für beide Seiten von Interesse, dass im zentralasiatischen Raum auch nach dem Rückzug der NATO aus Afghanistan Stabilität und Sicherheit gewahrt bleiben. Auch die maritime Sicherheit ist zur Sicherung globaler Handelswege beiden Seiten ein Anliegen.

Indien befindet sich hingegen bezüglich seiner sicherheitspolitischen Position im asiatischen Raum in einer abwartenden Haltung. Territorialkonflikte mit China haben zwar das Potential für eine konfliktträchtige Beziehung, könnten aber auch dazu dienen, Indien neutral zu halten. Da Indien sich bekanntlich in einem Dauerkonflikt mit Pakistan befindet, kann es kein strategisches Interesse haben, auch mit China verfeindet zu sein.

Brasilien und auch Südafrika stehen in einer gewissen Distanz zum Westen und versuchen mit anderen Akteuren und regionalen Mächten sicherheitspolitisch zu kooperieren. Wenn diese Kooperationen auch eher symbolischen Wert haben, so ist doch erkennbar, dass die aufstrebenden Wachstumsmärkte nicht an einer vom Westen bzw. den USA dominierten hegemonialen Ordnung interessiert sind.

Die zuletzt eher schwache Wirtschaftsentwicklung dieser Akteure hat der diesbezüglichen Dynamik jedoch etwas an Schwung genommen. Eine effektive Projektionsfähigkeit ihrer eigenen Macht ist damit jedoch außerhalb des eigenen regionalen Rahmens nicht zu erkennen bzw. jedenfalls in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten. Darüber hinaus hat jedenfalls (vorerst noch) kein Herausforderer eine auch nur annähernd so relevante Anziehungskraft, wie sie die demokratischen westlichen Staaten sowohl in wirtschaftlicher als auch gesellschaftspolitischer Weise darstellen, entwickelt.

Nordafrika und der arabische Raum sind hingegen eine latente Krisen- und Konfliktzone, in der die staatlichen Ordnungen einzelner Akteure zusammenbrechen und damit insbesondere für das benachbarte Europa zum Problem werden können. Gleichzeitig entwickelt sich vor allem in diesem Raum der militante Islamismus zu einer immer stärkeren Macht, der zwar vorerst primär inner-islamische Konflikte auslöst, aber auch eine massive Bedrohung und Herausforderung für die westliche Welt darstellt.

Russland – eine euroasiatische Regionalmacht

Stärke zeigen

Gebannt blickte die Weltöffentlichkeit im Februar 2014 nach Russland, um ein sportliches Ereignis ersten Ranges – die XXII. Olympischen Winterspiele in Sotschi – mitzuverfolgen. Wie erwartet, hatten sich im Vorfeld der Spiele Kritik an der russischen Politik und u.a. den Eingriffen in die Natur sowie die Sorge ob der Sicherheitslage vermehrt geregt. So kam die Ende Dezember von der russischen Duma verabschiedete Amnestie für den Ex-Oligarchen Michail Chodorkowski sowie die Mitglieder der Punk-Band Pussy-Riots Nadeschda Tolokonnikowa und Marija Aljochina im Lichte dieses Ereignisses für Beobachter nicht ganz unerwartet. Schließlich hatten diese die Härte der Staatsmacht zum Teil bereits sehr lange und mit Nachdruck zu spüren bekommen. Da jedoch viele westliche Unternehmen ihren gütlichen Anteil an den Infrastrukturmaßnahmen im Gebiet von Sotschi erwirtschaftet hatten und dies auch weiterhin tun wollten, blieben die Absagen politischer Repräsentantinnen und Repräsentanten letztendlich einigermaßen überschaubar.

Die erste Jahreshälfte 2014 zeigte deutlich auf, dass die Russische Föderation gewillt ist, Handlungsträger einer multipolaren Welt zu sein und seine fundamentalen Interessen mit allen Mitteln durchzusetzen. Neben der Einverleibung der Halbinsel Krim, realisierte Russland mit der Unterzeichnung eines Abkommens zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion gemeinsam mit seinen engsten Partnern einen weiteren Zwischenschritt auf dem Weg zur Eurasischen Union.

Stärke zu demonstrieren und das angeschlagene Image aufzupolieren waren insgesamt wichtig, da dringende innenpolitische Probleme im Jahr 2013 ungelöst geblieben waren. Ein bescheidenes Wirtschaftswachstum von 1,3%, - gemeinsam mit der Ukraine und Belarus das geringste im postsowjetischen Raum - ein ungebrochen andauernder russischer Kapitalabfluss ins Ausland, mangelndes ausländisches Investoreninteresse sowie eine nicht im erwünschten Ausmaß fortschreitende Umstrukturierung der Wirtschaft können exemplarisch genannt werden. Insbesondere ein Kritikpunkt an der Regierung nahm in den letzten Jahren besonders zu: Dies ist die nach Ansicht der Bevölkerung vermehrte

Korruption in der Politik, bzw. das Handeln der politisch Verantwortlichen zum eigenen Vorteil. Laut einer Umfrage des russischen Lewada-Zentrums vom März 2014 erhöhte sich dieser Wert seit dem Jahr 2000 von 7% auf 25% im heurigen Jahr. Nicht zu unterschätzen ist dies insbesondere deswegen, da der Unmut über die ausufernde Korruption bekanntlich einer der ausschlaggebenden Gründe für die Protestbewegung in der Ukraine darstellte. Im Lichte dieser Entwicklung schwächelten die Umfragewerte des Präsidenten als auch des Ministerpräsidenten, Ressentiments der Bevölkerung nahmen insbesondere seit 2010 zu und die Zufriedenheit sank kontinuierlich.

Der Russischen Föderation gelang es bei den Olympischen Spielen, dank einer guten Organisation ein positives Image zu generieren. Wesentlichen Anteil an dieser Darstellung nach innen und außen leistete eine gekonnte mediale Inszenierung. Im Dezember 2013 hatte Präsident Putin die staatlichen Auslandsmedien mit dem Ziel einer verstärkten Darstellung russischer Politik im Ausland umstrukturiert. Die Betonung traditioneller Werte sowie bewusste Abgrenzung von westlichen Einflüssen gingen damit einher. Mit dem Fernsehmoderator Dmitrij Kiseljow wurde eine Führungspersönlichkeit gefunden, welche all das bereits in der Vergangenheit eloquent und aggressiv vorexerziert hatte. Ein akuter Anlass, die Medienmaschine hochzufahren, ergab sich mit den Ereignissen in der Ukraine, welche gar nicht nach dem Geschmack der Russischen Föderation verliefen.

Allianzen schmieden

Neben dem an getrennter Stelle behandelten Ukrainekonflikt rückten im Berichtszeitraum vor allem zwei markante Ereignisse ins mediale Blickfeld: Einerseits die Schaffung der Eurasischen Wirtschaftsunion und andererseits der Abschluss von langfristigen Gaslieferungen nach China. Die Eurasische Union geht hinsichtlich ihres ideologischen Ursprungs auf die 1920er-Jahre zurück. In den Westen emigrierte russische Intellektuelle sahen darin eine eigenständige kulturell-geografische Einheit mit Russland als Zentrum. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die Idee erneut in den 1990er-Jahren aufgegriffen und ab 2000 in Form der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft konkret. Abgesehen von Russland, Kasachstan und Belarus gehören dieser derzeit auch Kirgisistan und Tadschikistan an. Usbekistan fungierte zwischen 2006 und 2008 als Mitglied. Als ein

wesentlicher politischer Vordenker dieser Richtung gilt der Moskauer Universitätsprofessor Alexander Dugin, dessen Gedankengut aktuell bei Vladimir Putin und pro-russischen Separatisten in der Ukraine Aufmerksamkeit findet. Einen weiteren Zwischenschritt auf dem Weg zur Eurasischen Union bildete u.a. die 2010 von Russland, Belarus und Kasachstan gegründete Zollunion. Den letzten wesentlichen Baustein markierte die im Mai 2014 in Astana erfolgte feierliche Unterzeichnung eines Abkommens zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion. Nach Ratifizierung durch die Teilnehmerstaaten Russland, Belarus und Kasachstan soll diese ab 1. Jänner 2015 in Kraft treten. Die Wirtschaftsunion verfügt über einen gemeinsamen Markt von 170 Millionen Menschen und bezweckt, den Austausch von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeit zu erleichtern. Bekanntlich verlaufen wirtschaftliche Integrationsbemühungen zumeist Hand in Hand mit politischen Bestrebungen. Die Zielsetzung, auch die Energie-, Industrie-, Landwirtschafts- und Transportpolitik abzustimmen, muss demnach auf einem gemeinsam getragenen Wertgefüge basieren. In welchem Ausmaß dies unter der Dominanz der Russischen Föderation gelingt, lässt sich allerdings noch nicht abschätzen.



Präsident Vladimir Putin, der starke Mann Russlands

Im Gegensatz zu vielen Versuchen in der Vergangenheit, wirkungsvolle Organisationen auf dem Territorium

der Sowjetunion zu schaffen, trachtet man nunmehr auch danach, eine umfangreiche institutionelle Basis zu errichten (z.B. existieren bereits der „Rat“ und das „Gericht“ der Eurasischen Wirtschaftskommission) sowie sich an internationale Standards anzulehnen. Beispielsweise ist es untersagt, dass Bestimmungen jenen der Welthandelsorganisation WTO widersprechen, dessen Mitglied die Russische Föderation ist. Wie bedeutend für Russland die Realisierung ist, unterstreichen Aussagen von Präsident Vladimir Putin, demzufolge es sich bei der Eurasischen Union um das wichtigste außenpolitische Projekt seiner dritten Amtszeit handelt. Wenngleich mit Armenien oder Kirgisien noch weitere Staaten dem Zusammenschluss folgen könnten, ist die wirtschaftliche Stärke im Vergleich zur EU oder China begrenzt. Nimmt man das Bruttoinlandsprodukt als Gradmesser, so würde selbst eine Union mit fünf Mitgliedsstaaten lediglich ein Fünftel des Niveaus der EU und weniger als ein Drittel des Niveaus Chinas erreichen. Die Führungsrolle Russlands innerhalb des Zusammenschlusses steht außer Frage, verfügt es doch über rund 85% der Bewohner sowie der größten Wirtschaftsleistung. Als schmerzlicher Verlust ist die Hinwendung der Ukraine zur EU zu bewerten. Einerseits wirtschaftlich, da damit ein Markt von 45 Millionen Menschen nicht plangemäß integriert werden konnte, andererseits ideologisch, da historisch Kiew vom 9. bis zum 12. Jahrhundert das ostslawische Zentrum darstellte.

Der Konflikt in der Ukraine erlangte für Europa auch deswegen solch eine Bedeutung, da damit erneut das Thema der Versorgungssicherheit mit Erdgas in den Vordergrund rückte. Die Fronten zwischen Russland und der Ukraine hatten sich auch in Energiefragen verhärtet, was die Europäische Union in Person des deutschen Energiekommissars Günther Öttinger zu einem Verhandlungsversuch zwischen beiden Seiten veranlasste. Bis zum Ende des Berichtszeitraums war einerseits die Ukraine nicht bereit, den geforderten Preis zu bezahlen, während andererseits die Russische Föderation von Erpressung durch die Ukraine sprach. Aus russischer Sicht befand man sich trotz der Abhängigkeit des Westens von den Energielieferungen in einer misslichen und zwiespältigen Lage, da man selber auf den Export angewiesen ist sowie über keine wirklichen strategischen Alternativen hinsichtlich der Abnehmer verfügte. Darüber hinaus geriet auch der Umgehungsversuch der Ukraine durch die russische Erdgaspipeline South-Stream ins Stocken, nachdem Bulgarien – auf Druck

von Brüssel und den USA – eine Unterbrechung der Bauarbeiten bekanntgab. Eine in diesem Sinne neue Option liefert ein am 20. Mai in Shanghai abgeschlossener Gasliefervertrag mit China. Nach langen Verhandlungen – eine Absichtserklärung war bereits vor mehr als einem Jahr in Moskau erzielt worden, scheiterte aber an Preisdifferenzen – steht nunmehr fest, dass der russische Gazprom-Konzern ab 2018 jährlich mindestens 38 Milliarden Kubikmeter Gas an den chinesischen Partner CNPC liefern wird. Der Vertrag besitzt eine Laufzeit von 30 Jahren und umfasst ein Volumen von insgesamt 290 Milliarden Euro. Freilich muss trotz solch eines umfangreichen Vertrages die Bedeutung von Erdgas im Vergleich mit Erdöl im Auge behalten werden. Faktum ist, dass Erdöl und Erdölprodukte mehr als 50% des Warenexportanteils der Russischen Föderation ausmachen und damit eine Leitfunktion für die Gesamtwirtschaft besitzen, während Erdgas lediglich einen Anteil von rund 13% am Export aufweist.

Im Schatten der Krise

Weitgehend unbemerkt von der dominierenden Krise in der Ukraine kam es Ende Mai auch auf einem weiteren Gebiet des postsowjetischen Raumes zu einem politischen Umsturz. In der seit dem Georgien Krieg von 2008 abtrünnigen Provinz Abchasien, welche international bis auf wenige Ausnahmen nicht anerkannt wird, regte sich gegen den „Präsidenten“ Alexander Ankwab Widerstand. Schenkt man russischen Medienberichten Glauben, so waren neben einem autoritären Führungsstil und überbordender Korruption offensichtlich auch eine für

die Opposition nicht genügende Hinwendung zu Russland Auslöser für den Sturm des „Präsidentenpalasts“. Ankwab, 2011 zum „Präsidenten“ gewählt, flüchtete schließlich in einen russischen Militärstützpunkt und trat von seinem Amt zurück.

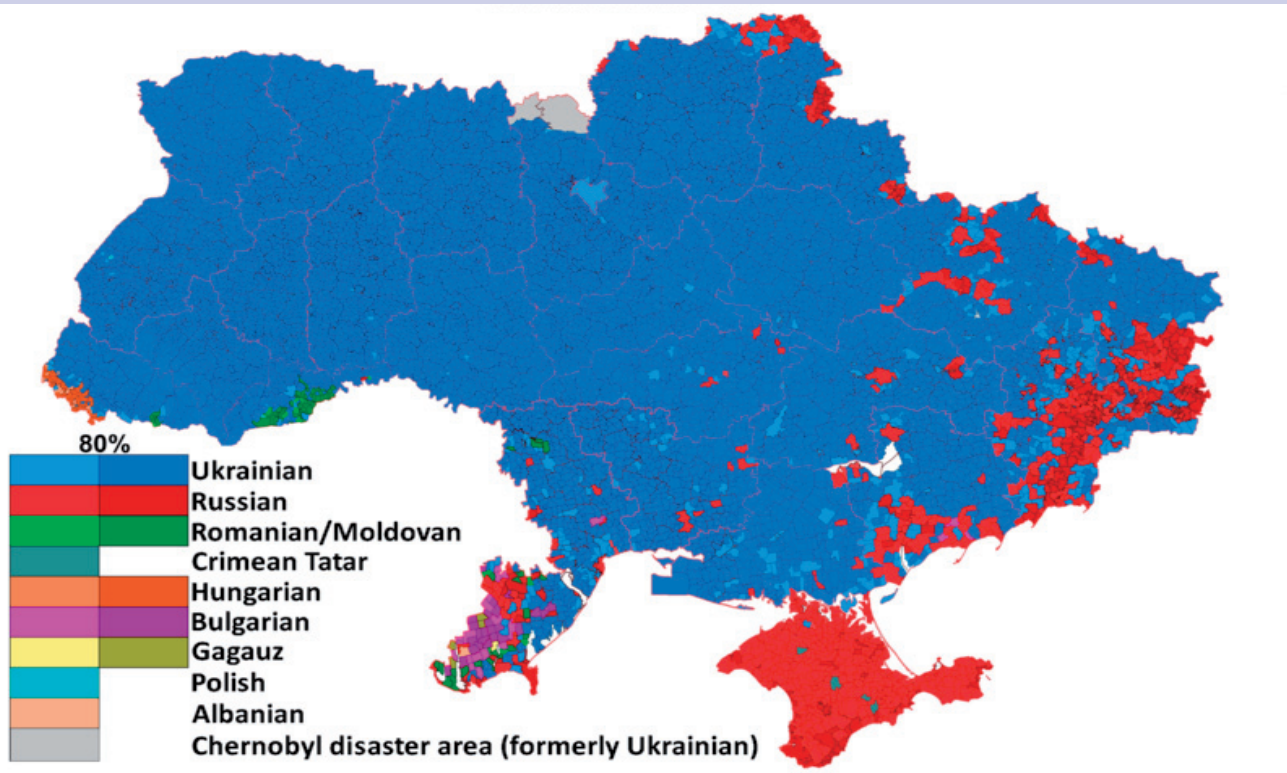
Ein weiteres Ereignis, welches kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, fand Mitte März in New York statt. Wie die UN-Kommission zur Begrenzung des Kontinentalschelfs am 15. März bekanntgab, wurde der 2001 eingereichte Antrag der Russischen Föderation auf Zugehörigkeit des Kontinentalschelfs im Ochotskischen Meer nunmehr positiv erledigt. Damit fällt ein 52.000 Quadratkilometer großes Gebiet als Binnenmeer an Russland, was eine Nutzung der Ressourcen unter dem Meeresboden einschließt. Die Anerkennung durch die Vereinten Nationen wird aus russischer Sicht insbesondere auch für die territorialen Ansprüche in der Arktis benutzt. So meinte der zuständige Minister Sergej Donskoj, dass diese Entscheidung „der erste Schritt in unserer Bewerbung um die Arktis, die in Kürze fertig sein wird“ sei. (siehe dazu auch: Globale Wirtschaftsentwicklung/Rohstoffe in ISS Aktuell 1/2014) Dass Russland seine Interessen mit Nachdruck vorantreiben wird, zeigen auch die Aussagen von Präsident Putin. So besitzt das Gebiet höchste strategische Priorität und Pläne sehen sowohl eine Reaktivierung alter Infrastruktur als auch einen Neubau vor. Organisatorisch wird kolportiert, dass die Russische Föderation beabsichtigt, ein eigenes strategisches Kommando zu installieren, was den Anspruch unterstreicht, wieder als globale Großmacht wahrgenommen zu werden.

Der Ukraine-Konflikt

Nachdem Ende des Jahres 2013 Russland massiven Druck auf die Ukraine ausgeübt und damit das EU-Assoziierungsabkommen erfolgreich torpediert hatte, nahmen die Proteste in Kiew immer mehr zu. In einer Reaktion darauf versuchten die ukrainischen Behörden mit fragwürdigen Maßnahmen wie z.B. einer Einschränkung der Versammlungsfreiheit sowie der Medien- und Pressefreiheit die Lage unter Kontrolle zu behalten. Dies führte jedoch nicht wie erhofft zu einem Abflauen der Proteste, sondern bewirkte das Gegenteil. Der Euromaidan wurde zu einem Symbol des Widerstands gegen die regierende Staatsmacht sowie die Behördenwillkür und überbordende Korruption, welche das Land in ihren Würgegriff genommen hatten. Ein Blick auf ukrainische Meinungsumfragen Ende Dezember zeigt jedoch sehr klar auf, wie gespalten das Land war und auch heute ist und wie unterschiedlich die Ereignisse in Kiew gesehen wurden. Einer Umfrage zufolge unterstützten im Westen der Ukraine an die 90% die Forderungen der Protestierenden auf dem Euromaidan und im Zentrum knapp 61%. Im Süden hingegen lehnte man die Proteste in Kiew mit rund 69% bzw. im Osten mit rund 63% ab. Mitte und Ende Februar erreichten die Demonstrationen einen blutigen Höhepunkt, nachdem Tote in den Reihen der Demonstranten sowie der Polizisten zu beklagen waren. Obgleich Präsident Janukowitsch Neuwahlen und die Rückkehr zur Verfassung von 2004, welche die Rechte des Präsidenten massiv einschränkt, in Aussicht stellte, verbreitete sich am 21. Februar die Nachricht von seiner Flucht.

Einen Tag später erklärte auch das Parlament Wiktor Janukowitsch für abgesetzt und am 23. Februar wurde Oleksandr Turtschinow zum kommissarischen Präsidenten gewählt.

Eine Beruhigung der Lage blieb jedoch aus und einen nicht unwesentlichen Anteil daran hatte u.a. die angekündigte Rücknahme des Sprachengesetzes von 2012, welches von den Kiew skeptisch gegenüberstehenden russischdominierten Gebieten im Osten und Süden sowie vor allem auf der Krim als Diskriminierung und Unterdrückung aufgefasst wurde. Auf der Halbinsel Krim skandierten Politiker, dass sie eine Abspaltung nicht ausschließen würden, Aussagen des russischen Ministerpräsidenten, Dmitrij Medwedjew, dass das Leben russischer Staatsbürger in der Ukraine bedroht sei und eine Überprüfung der Einsatzfähigkeit der russischen Truppen in den an die Ukraine grenzenden Militärbezirken Zentrum und West trugen zu einer Verschärfung der Konfrontation zwischen beiden Staaten zu. Endgültig kulminierte der Konflikt als Ende Februar bewaffnete Kräfte vorerst das Parlament und das Regierungsgebäude auf der Krim blockierten und daraufhin Soldaten in russischen Uniformen ohne Erkennungszeichen den Flughafen der Stadt Simferopol besetzten. Am 1. März erteilte der Föderationsrat Präsident Vladimir Putin die Erlaubnis, russische Streitkräfte zum Schutz der Bevölkerung auf der Krim einzusetzen. Dies sollte der Beginn einer - aus rein militärischer Sicht gesehen - hochprofessionell ausgeführten Operation zur Inbesitznahme der Halbinsel Krim sein und ließ erkennen, dass die Anstrengungen der Streitkräfte der Russischen Föderation ihre Früchte getragen hatten. Nach einem am 16. März abgehaltenen Referendum vollzog die Russische Föderation zwei Tage danach die Aufnahme der Krim und der Stadt Sewastopol als neue Subjekte in ihren Staat und stellte damit eine aus eigener Sicht politische Legitimation ihrer Maßnahmen sicher. Unbeeindruckt von westlicher Kritik übte sich Präsident Putin bei seiner Festrede in nationaler Rhetorik, welche bis hin zu einer historischen Infragestellung der Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine reichte. Dank einer kolossalen Medienpropaganda fand dies bei der eigenen Bevölkerung hohen Zuspruch, was Umfragewerte mit über 90% Prozent Zustimmung eindrucksvoll unterstrichen.



Sprachlandschaft der Ukraine (gem. Volkszählung 2001)

Im Sog dieser Ereignisse offenbarte sich die bereits angesprochene innere Zerrissenheit der Ukraine immer mehr. In den östlichen Gebieten gelang es ähnlich wie auf der Krim, selbsternannten politischen Repräsentanten mit Hilfe von bewaffneten Kräften die reale Macht von Kiew weitgehend zu marginalisieren, woran auch eine Mobilmachung der ukrainischen Streitkräfte und eine daran anschließende "Anti-Terroroperation" nur bedingt etwas änderten.

Als Höhepunkte dieser Entwicklung lassen sich exemplarisch die Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk Anfang April, die Abhaltung eigener Referenden über die Ausweitung der Autonomierechte sowie die teilweise Verhinderung der für den 25. Mai 2014 angesetzten Präsidentenwahlen in diesen Gebieten nennen. Dass dabei die Russische Föderation viel mehr als nur moralische Unterstützung leistete, ist unbestritten, was auch die internationale Gemeinschaft schrittweise zu mehreren Sanktionen gegen Russland veranlasste.

Als am 17. April in Genf Vertreter der Ukraine, Russlands, der EU und der USA eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten, welche auf eine Deeskalation ausgerichtet war und dessen Umsetzung mit einer OSZE-Mission überwacht werden sollte, zeigte sich so etwas wie verhaltene Hoffnung auf dem diplomatischen Parkett. In der Realität erwies sich diese allerdings sehr rasch als unbegründet, wie die Geiselnahme von Angehörigen der OSZE-Mission sowie deren nur überaus eingeschränktes Wirken unterstrichen.

Wie lässt sich nunmehr die Lage in der Ukraine am Ende des Berichtszeitraums charakterisieren? Angesichts der Gefahr eines völligen Kollapses der Ukraine, wurden dieser Hilfskredite in Milliardenhöhe gewährt, welche auch zu einer Entschärfung des Gasstreits mit Russland beitragen sollen. Ohne solche Zuwendungen wird zwangsweise jede Stabilisierung scheitern. Mit Petro Poroschenko wurde bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai ein Mann gewählt, der politisch erfahren ist. Es fragt sich allerdings, inwiefern er in der Lage ist, als Integrationsfigur nach innen zu wirken, das Blutvergießen zu beenden und wichtige Reformprozesse, wie zum Beispiel eine Dezentralisierung der Verwaltung oder die Schaffung einer Bürgergesellschaft, auf den Weg zu bringen. Nach außen hin wird es wohl notwendig sein, als ernstzunehmender Verhandlungspartner mit der Russischen Föderation aufzutreten. Angesichts einer nicht durchgehend kontrollierten Grenze hat Russland weiterhin genügend Potential, in die eine oder andere Richtung zu wirken. Schließlich wird es auch von der Europäischen Union abhängen, in wie weit diese - abseits der USA - willens ist, außenpolitisch geschlossen aufzutreten oder ihre Mitgliedsstaaten ihre partikularen Interessen in den Vordergrund stellen und damit der Russischen Föderation weiterhin genügend Freiraum für eine Verfolgung ihrer Anliegen einräumen.

China und Indien – die zentralen Mächte Asiens

China

Über Jahre hatte sich die Bedrohung aufgebaut, nun ist der Terrorismus zu einem massiven Sicherheitsproblem Chinas geworden. In einer Reihe gut vorbereiteter Anschläge an verschiedenen Orten wurden zahlreiche Menschen getötet, noch mehr verwundet. Zentrum der Terror-Bewegung ist die Autonome Region Xinjiang im Westen Chinas. Knapp die Hälfte der dortigen Einwohner sind islamische Uiguren, die zweitgrößte ethnische Gruppe bilden die Han, die chinesische Mehrheitsbevölkerung. Uigurische Gruppen führen schon seit langem Klage, dass durch den Zuzug bzw. die Bevorzugung der Han die Uiguren marginalisiert werden.

Der spektakulärste Anschlag war der auf den Bahnhof von Kunming in der südchinesischen Provinz Yunnan

Anfang März; ein Beweis, dass geographische Distanzen kein operatives Problem für die Terroristen darstellen. In Kunming attackierten vier Angreifer die Anwesenden mit Messern, töteten 29 Menschen und verletzten 143. Der Zeitpunkt korrelierte mit der Tagung des Nationalen Volkskongresses in Peking. Bereits im Jänner gab es drei Opfer bei zwei Sprengstoffanschlägen in Xinjiang, im Februar Verletzte bei einem Angriff mit Sprengstoff und Messern. Ende April war der Bahnhof der Hauptstadt von Xinjiang, Urumqi, Ziel von Terroristen. Drei Tote und 79 Verletzte waren zu beklagen. Wieder war der Zeitpunkt genau gewählt: Eben erst hatte Staats- und Parteichef Xi Jinping der Region einen Besuch abgestattet. Anfang Mai gab es den dritten Anschlag auf einen Bahnhof, diesmal im südchinesischen Guangzhou, wo sechs Menschen mit Messern verletzt wurden. Ende Mai zündeten Terroristen am Markt von Urumqi von vier Fahrzeugen aus Sprengkörper, töteten 39 Menschen und verletzten 94. Erstmals wurde Sprengstoff in großem Ausmaß unterschiedslos gegen eine Menschenmenge eingesetzt, eine solch hohe Opferzahl war gleichfalls neu. Die

Terroristen sind sehr gut koordiniert, schlagen präzise zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zu. Vor allem schaffen sie mit Anschlägen in ganz China, die Bedrohung von einer lokalen zu einer nationalen zu machen.

Damit ist die Staatsmacht klar herausgefordert. Alleine im Mai wurden 200 Personen festgenommen. Wie ernst die Situation ist, zeigt auch der Umstand, dass die Universität für öffentliche Sicherheit ein eigenes Fach Anti-Terrorismus einführt. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Xinjiangs sollen heuer umgerechnet 150 Millionen USD in die Region investiert werden. Wesentlicher Grund für die Aufmerksamkeit ist die wirtschaftliche Bedeutung: 40 Prozent der Kohlenreserven Chinas liegen dort, ein Drittel des chinesischen Erdöls wird in Xinjiang gefördert, 60% der Baumwollernte kommen aus der Region. Urheberin der Anschlagsserie ist möglicherweise die „Islamische Partei Turkestans“, eine bislang eher unauffällige Gruppe, die Stützpunkte in Pakistan unterhält.

Diese Entwicklung in Verbindung mit dem Abzug der westlichen Verbündeten aus Afghanistan macht Peking große Sorge. Es wird die Gefahr eines weiten Aktionsraumes für Terrorgruppen in Zentralasien gesehen. Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan, Kirgistan und Turkmenistan werden von Peking unterstützt, damit diese Staaten nicht in einen Kreislauf von Destabilität hineingezogen werden: Kredite, Infrastrukturprojekte, aber auch militärische Unterstützung will China bereitstellen. Anti-Terror-Maßnahmen sollen im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization erfolgen. China und Russland führen Gespräche mit Indien, Pakistan und dem Iran, wie in Afghanistan für Stabilität gesorgt werden kann.

Terrorismus ist zu einem massiven Sicherheitsproblem Chinas geworden. Zentrum der Terror-Bewegung ist die Autonome Region Xinjiang deren Mehrheitsbevölkerung islamische Uiguren sind. In seinen Außenbeziehungen setzt China zusehends auf Stärke. Mit zahlreichen Nachbarn gibt es dabei Territorialstreitigkeiten, weil sich die chinesischen Ansprüche im Süd- und Ostchinesischen Meer mit Gebietsansprüchen anderer Staaten überschneiden.

Außenminister Wang Yi hat die Beziehungen Chinas zu seinem größten Rivalen in Ostasien, Japan, auf den Punkt gebracht: „Sehr schlecht“. Peking sieht in der nationalistisch gefärbten Außenpolitik von Premierminister Shinzo Abe das Ziel, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Ordnung in Frage zu stellen und anti-chinesische Machtpolitik zu betreiben. Japans engster Verbündeter sind die USA. Um Einfluss in Asien ausüben zu können, muss Washington gegenüber seinen asiatischen Verbündeten eine glaubwürdige Bündnispolitik betreiben, ohne dabei China zu verprellen. Dieser heiklen Mission galt die Reise von US-Präsident Barack Obama nach Japan, Südkorea, Malaysia und auf die Philippinen. Zuvor hatte schon Außenminister John Kerry China, Südkorea und Indonesien besucht, um das Engagement der USA im Pazifik zu demonstrieren. Den Japanern versicherte Obama, dass die Senkaku- (japanisch) bzw. Diaoyu-Inseln (chinesisch), die beide Staaten beanspruchen, im Angriffsfall von den USA verteidigt werden würden, warnte aber vor einer Entgleisung des chinesisch-japanischen Verhältnisses aufgrund dieser „Felsen“. Wenig überraschend reagierte China mit Kritik an Obamas Aussagen. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua sprach von einem „sorgfältig kalkuliertem Plan“ der USA, China „einzusperren“.

Nicht minder konfliktträchtig gestalten sich die Beziehungen zu Vietnam und den Philippinen. Mit den beiden Nachbarn gibt es ebenfalls Territorialstreitigkeiten, weil sich chinesische Ansprüche auf nahezu das ganze Südchinesische Meer mit Gebietsansprüchen Vietnams und der Philippinen überschneiden. Aus Sicht der USA und ihrer Verbündeten will China die ganze Region kontrollieren. Die Philippinen haben nun offiziell ein Schiedsverfahren auf Grundlage der UN-Seerechtskonvention eingeleitet. China wird sich diesem Verfahren aber nicht unterwerfen, weil die Konvention kein Instrument zur Beilegung von Territorialstreitigkeiten ist. Indessen entfalten nach philippinischen Angaben Chinesen auf einem zu den Spratly-Inseln gehörenden Riff umfassende Bauaktivitäten, angeblich für eine Landebahn.

Seit ihrer Errichtung im Vorjahr ist die chinesische Luftverteidigungsidentifikationszone Anlass für Streit. In diesen Luftraum dürfen laut chinesischen Bestimmungen Flugzeuge nicht ohne vorherige Identifikation einfliegen. Japan anerkennt die Zone nicht, die außerdem mit der entsprechenden japanischen überlappt. Befürchtungen,

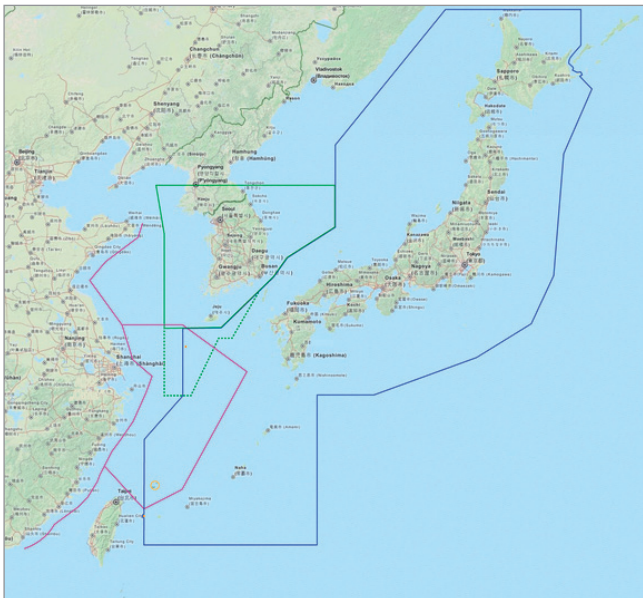
es könnte dort zu einem Zwischenfall kommen, haben eine reale Grundlage: Ende Mai führten China und Russland Manöver im Ostchinesischen Meer durch. Japanische Aufklärungsflugzeuge überwachten die Übungen, chinesische Kampffjets stiegen auf, um die Eindringlinge abzufangen. Die Flugzeuge sollen sich auf nur einige Dutzend Meter einander genähert haben, wodurch eine äußerst riskante Situation entstand. Wenn es dabei einmal zu einem Zusammenstoß kommen sollte, könnte die Lage eskalieren. Spekulationen über Pläne zur Errichtung einer zweiten Zone über dem Südchinesischen Meer wurden von Peking zurückgewiesen. Die USA drohten für einen solchen Fall mit erhöhter Militärpräsenz.

Die markanteste Entwicklung der letzten beiden Monate war die Entgleisung der Beziehungen zu Vietnam. China verankerte Anfang Mai eine Ölplattform (Wert: 1 Milliarde USD!) in Gewässern des Südchinesischen Meeres, die von Vietnam wie China als ausschließliche Wirtschaftszone beansprucht werden: ein klare Provokation für Vietnam (bemerkenswert sind Spekulationen, dass Peking damit von den Terroranschlägen in China ablenken wollte). Washington nannte Pekings Haltung „provokativ“. Vietnam schickte 36 Schiffe in die Region, um die chinesischen Arbeiten zu behindern. 171-mal sollen sie chinesische Schiffe gerammt haben. Chinesische Schiffe beschossen die Vietnamesen mit Wasserkanonen und rammten sie gleichfalls. Vietnam initiierte in der Folge Massenproteste gegen China. Im Normalfall lassen die Behörden keinerlei öffentlichen Protest zu, doch diesmal durften die Menschen auf die Straße gehen. Es begann mit Demonstrationen vor der Botschaft in Hanoi und endete mit Gewalt und Zerstörung in großem Ausmaß. Bis zu 20.000 Vietnamesen griffen chinesische Unternehmen (oder solche, die dafür gehalten wurden) im Süden des Landes an und verursachten enormen Schaden. Mindestens 2 Chinesen starben, rund 100 wurden verletzt. An 400 Betrieben entstand Sachschaden, 15 wurden in Brand gesteckt, 1.100 mussten zusperren. In Vietnam lebende Chinesen ergriffen die Flucht. Peking sandte Schiffe zur Evakuierung von Tausenden Menschen. Die vietnamesische Polizei beendete schließlich die Ausschreitungen. Mit seinem Ansinnen, auf dem Gipfeltreffen der Staats- bzw. Regierungschefs der ASEAN-Staaten eine Stellungnahme gegen China zu erreichen, scheiterte Vietnam. Die Organisation wollte es sich nicht mit Peking verderben.

Chinesische Vorstellungen zur Sicherheitspolitik hat Xi Jinping auf der „Conference on Interaction and Confidence Building Measures in Asia“ vorgestellt. Die Konferenz soll das asiatische Gegenstück zur OSCE bilden. Sie fußt auf dem Almaty Act von 2002. Mitglieder sind eine Reihe asiatischer Staaten, aber auch die Türkei und Ägypten, allerdings nicht Japan oder die Philippinen. China hat heuer den Vorsitz für zwei Jahre übernommen. Xi regte die Etablierung dieser Konferenz als Dialog- und Kooperationsplattform für Sicherheit an; es solle ein „nachhaltiges asiatisches Sicherheitskonzept“ entwickelt werden. China werde an Codes of Conduct für regionale Sicherheit und an einem Programm für eine Sicherheitspartnerschaft arbeiten. Grundgedanke dabei ist, dass Allianzen mit auswärtigen Mächten bzw. Einmischungen von außen – also von Seiten der USA – überflüssig werden.

Die Ereignisse der vergangenen Monate kamen auch in den Stellungnahmen am Shangri-La-Dialog, der wichtigsten sicherheitspolitischen Konferenz Asiens, Ende Mai deutlich zum Ausdruck. Japans Premierminister Shinzo Abe nutzte die Gelegenheit zu einer klaren Ansage gegen China. Eingangs lobte er die geplante Transpacific Partnership, ein Freihandelsabkommen zwischen einer Reihe von Staaten wie USA und Japan, aber unter Ausschluss Chinas. Den Pakt mit den USA bezeichnete er als „Eckpfeiler“ für Frieden und Sicherheit in der Region; die trilaterale Kooperation mit Partnern „gleicher Gesinnung“ (namentlich erwähnt Australien, aber ganz klar nicht dabei China) solle gestärkt werden. Beim Schutz der Sicherheit zur See und im Luftraum sowie bei der Aufrechterhaltung der freien See- und Luftfahrt werde Japan den ASEAN-Staaten maximale Unterstützung geben. Japan plane eine größere und mehr proaktive Rolle bei der Gewährleistung von Frieden in Asien und der Welt. Hinsichtlich des Südchinesischen Meeres forderte er „the rule of law at sea“: Hoheitsansprüche auf Basis des Internationalen Rechts, keine Gewalt oder Zwang zu deren Durchsetzung sowie friedliche Streitbeilegung. Vietnam und die Philippinen sah er demgemäß handeln. Änderungen des Status quo durch ein *Fait accompli* nach dem anderen verstoße gegen den Geist dieser Prinzipien – auch ohne Nennung eines Namens war völlig klar, welcher Staat gemeint war. „Gefährliche Begegnungen zwischen Kampfflugzeugen und Schiffen“ würde Japan nicht willkommen heißen. Abe kündigte die Lieferung zehn neuer Patrouillenboote an die Philippinen an, für Vietnam werde gleiches in Erwägung gezogen.

US-Verteidigungsminister Chuck Hagel machte China direkte Vorhaltungen: China habe in den letzten Monaten „destabilisierende, unilaterale Handlungen“ zur Durchsetzung seiner Ansprüche im Südchinesischen Meer unternommen. Die USA würden nicht „wegschauen“, wenn andere Nationen internationale Regeln missachteten. In Washington wird das Verhalten Chinas als schrittweise Ausdehnung der Kontrolle über die von ihm beanspruchten Gebiete betrachtet. Dazu gehören auch militärische Einschätzungen, dass sich die Volksbefreiungsarmee auf die militärische Besetzung der Inseln im Ostchinesischen Meer vorbereitet und japanische Kräfte an deren Rückeroberung hindern soll – so die Schlussfolgerung des Nachrichtenchefs der U.S. Pacific Fleet aufgrund von chinesischen Manövern im Vorjahr.



Air Defence Identification Zone der VR China, Südkorea und Japans

Diese Worte heben sich deutlich von den Höflichkeiten, die US-Präsident Barack Obama und Xi Jinping im März austauschten, ab, als Xi von einem „neuen Typus von Beziehungen großer Länder“ sprach. Generalleutnant Wang Guanzhong, der stellvertretende Generalstabschef der Volksbefreiungsarmee, kritisierte die Reden von Abe und Hagel als „provokative Vorgangsweise gegen China“, er bezeichnete sie als „inakzeptabel“.

Diese Entwicklungen werden China in seinem Streben nach militärischer Stärke bestätigen. Auch in Peking ist die Führung um starke Worte nicht verlegen. Außenminister Wang Yi sagte, China werden „jeden Inch“ seines Territoriums verteidigen, hinsichtlich der Territorialstreitigkeiten mit Japan gebe es „keinen Raum für Kompromiss“.

Von China als äußerst wichtig eingestuft wurde das „APEC informal economic leader's meeting“, das in Peking stattfand. Thema war die wirtschaftliche Integration Asiens. Angesichts zweier konkurrenzierender Freihandelsprojekte – der von den USA betriebenen Transpacific Partnership (ohne China) und der Regional Comprehensive Economic Partnership (ohne USA) – will China seine Interessen wahren. Peking schlägt einen Mechanismus zur Verbindung beider Projekte vor, der letztlich in eine einheitliche asiatisch-pazifische Freihandelszone münden soll. China hofft auf diese Weise, wirtschaftspolitisch eine führende Position im asiatisch-pazifischen Raum zu erreichen.

Wie sehr China an seinen maritimen Fähigkeiten arbeitet, wurde auch in jüngster Zeit deutlich. Erstmals durchfuhr ein Marineverband die Sunda-Straße zwischen den indonesischen Hauptinseln Java und Sumatra und auf der Rückfahrt die Straßen von Lombok zwischen den Inseln Bali und Lombok. Dieses Unternehmen schloss an eine Reihe von Fahrten in von China weit entfernte Gewässer an. Ein eigener chinesischer Flugzeugträger ist in Entwicklung. Xi verlangte zudem von der Luftwaffe „integrierte Fähigkeiten im Luft- und Weltraum“. Generell steigen die Ausgaben für Rüstung in ganz Asien stark an. Wurden 2010 noch 262 Milliarden USD ausgegeben, belief sich die Summe 2013 bereits auf 322 Milliarden. China allein steigerte seine Ausgaben zwischen 2008 und 2013 um 43,2%. 2012 betrug der Anteil Chinas an den globalen Rüstungsausgaben 10 Prozent. Heuer investiert Peking um 12,2 Prozent mehr als im Vorjahr in die Verteidigung; umgerechnet 132 Milliarden USD.

Chinas Wirtschaft befindet sich in einer Schwächephase. Prognosen sprechen von 7,4% Wachstum für heuer, was knapp unter der Vorgabe von 7,5% liegt (die aber laut Premierminister Li Keqiang „flexibel“ ist). Das wäre das schwächste Wachstum seit 1990. Die Führung will eine Änderung des Wirtschaftsmodells, weg von Investitionen des Staates in die Infrastruktur, hin zu mehr Konsum. Der Bankensektor soll liberalisiert werden, private Unternehmen eine größere Rolle spielen. Es wurden erneut Konjunkturmaßnahmen gesetzt: Infrastrukturprojekte (Eisenbahnen, Häuser), Steuererleichterungen, mehr Kredite für Immobilien. Jüngste Zahlen deuteten auf eine leichte Erholung. Die Prognose des Weltwirtschaftsfonds sieht Chinas Wachstum 2015 bei nur mehr 7 Prozent.

Politischer Dissens wird in China konsequent verfolgt,

wenn der Organisationsgrad oder die Reichweite ein gewisses Maß überschreitet. Anwalt Xu Zhiyong wurde wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu vier Jahren Haft verurteilt. Die „Störung“ bestand aus Kleindemonstrationen für gleiche Bildung und Transparenz von Funktionärsvermögen. Der Blogger Qin Zhihui wurde zu drei Jahren Haft wegen Verbreitung von „Gerüchten“ im Internet verurteilt. Seit letztem Jahr sollen Hunderte Blogger verhaftet worden sein, um unliebsame Äußerungen im Internet zu unterbinden. Vor dem 25. Jahrestag der Niederschlagung der Bürgerrechtsbewegung am Tiananmen-Platz wurden Aktivisten verhaftet, um das Gedenken an das Massaker zu verhindern.

Der Absicherung von Macht und Einfluss dient auch die große Anti-Korruptionskampagne von Xi Jinping, die bereits Zehntausende Funktionäre die Stellung gekostet hat; neben vielen „Fliegen“ traf es auch einen mächtigen „Tiger“ (die beiden Tierarten sollen die Breite der Kampagne verdeutlichen, die auf alle Funktionärsebenen gerichtet ist): Gegen Zhou Yongkang, ehemaliges Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros, laufen Ermittlungen, die Anklageerhebung gegen eine so hochgestellte Person wäre ein ganz außergewöhnliches Ereignis.

Für China haben gute Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedern große Bedeutung. Nach einem Besuch von Staatsrat Jang Jiechi, dem Verantwortlichen für Außenbeziehungen, bei der Hohen Repräsentantin Cathrine Asthon zum „High-level Strategic Dialogue“ unternahm Staats- und Parteichef Xi Jinping eine große Europareise, die ihn nach Belgien, Deutschland, Frankreich und in die Niederlande führte. Xi stattete als erster chinesischer Präsident der EU einen offiziellen Besuch ab. Die Union ist Chinas größter Handelspartner, während China für die EU der zweitgrößte (nach den USA) ist. Ratspräsident Herman Van Rompuy, Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso und Parlamentspräsident Martin Schulz waren Xis Gesprächspartner. Seine wesentlichen Anliegen waren mehr Hightech-Exporte nach China und der Abschluss eines Freihandelsabkommens. Auf das Freihandelsabkommen drängte er besonders. Die EU hält es mittelfristig machbar, wichtiger ist aber das gegenwärtig in Verhandlung stehende Investmentabkommen, das Geschäfte mit China erleichtern soll. Auf europäischer Seite herrscht Skepsis wegen des Freihandelsabkommens,

weil die Sorge besteht, dass sich China nicht an die Regeln halten könnte. Ähnlich wie im letzten Jahr beim Streit über die chinesischen Solarpanele wird befürchtet, dass China staatlich gestütztes Preisdumping betreiben könnte. Besonders Frankreich, Spanien und Italien stehen dem Abkommen ablehnend gegenüber, während aus Großbritannien Unterstützung kommt. Der chinesische Markt ist wichtig für die Anhebung der schwächelnden Konjunktur in Europa. Bei einem guten Fortschritt der Verhandlungen über das Investitionsabkommen sollen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen eröffnet werden. China macht auch Druck, weil die USA Konkurrenzprojekte verhandeln – wie die TTIP mit Europa – und Peking nicht außen vor bleiben will. Ein Erfolg für Xi war die europäische Zustimmung zur Teilnahme Chinas an den Verhandlungen über das neue Dienstleistungsabkommen (Trade in Services Agreement) – zum Missfallen der USA.

Energiepolitisch bedeutsam ist Abschluss eines Gaslieferungsvertrages zwischen China und Russland. Ab 2018 wird Russland Gas nach China liefern. Das Geschäft hat einen Wert von 400 Milliarden USD. Russlands Präsident Putin sprach vom größten Gasgeschäft Russlands, die Sowjet-Ära eingeschlossen. Fachleute rechnen mit einem erhöhten Preisdruck auf Europa.

Indien

Indien hat gewählt (näheres zur Wahl siehe: ISS Aktuell 2/2014 – Heinz Nissel: Machtwechsel in Indien). Der Sieg der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) und ihres Spitzenkandidaten Narendra Modi, des Regierungschefs von Gujarat, kam nicht überraschend, die absolute Mehrheit für die Gewinner sehr wohl. Erstmals in der Geschichte des republikanischen Indien errang eine andere als die Kongress-Partei ein solches Ergebnis. Die schlechte Erfolgsbilanz der von der Kongress-Partei geführten Koalition war ein Grund für den Wahlausgang. Es war aber auch ein Votum für einen Politiker, der, aus bescheidenen Verhältnissen kommend (er gehört einer unteren Kaste an), sich einen Platz an der Spitze der indischen Politik erarbeitet hatte. Die Kongress-Partei wird seit der Gründung von der Familie Nehru/Gandhi geführt; dieses Modell einer von einer einzigen Familie dominierten Partei stieß zunehmend auf Ablehnung unter den Wählern (wiewohl auch in der BJP und anderen Parteien „Dynastien“ existieren). Junge Inder suchen Jobs und wollen Karriere machen. Für sie

müssen monatlich eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Sozialprogramme des Kongresses, aber auch die hindu-nationalistischen Themen der BJP entsprachen nicht ihren Vorstellungen. Es war Modis wirtschaftliches Reformprogramm, dessen Erfolg er in Gujarat unter Beweis gestellt hatte, mit dem er viele Junge gewann. Die 18- bis 23-jährigen stellten mit 8 Prozent einen nicht unwesentlichen Teil der Wählerschaft.

Bei der Unterhauswahl feierte die Bharatiya Janata Party (BJP) mit ihrem Spitzenkandidaten Narendra Modi einen triumphalen Sieg und gewann die absolute Mehrheit. Die BJP betont die Wiederbelebung hinduistischer Tradition, Identität und Philosophie, ist rechtskonservativ und Hindu-nationalistisch. Es ist zu erwarten, dass es in der Außen- und Sicherheitspolitik zu keiner Neuorientierung kommt.

Mit dem gewaltigen Sieg Modis ist die ebenso gewaltige Herausforderung entstanden, die Erwartungen der Wähler zu erfüllen. Die Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg liegt bei Modi alleine. Im Zentrum wird die Ankurbelung der Wirtschaft stehen. Im Fiskaljahr 2013/14 betrug das Wachstum nur 4,7% (2007/08 war es noch fast doppelt so hoch gewesen). Viele Wirtschaftstreibende haben daher Modi unterstützt. Eine Voraussetzung für ein höheres Wachstum ist eine Reform der Verwaltung – alleine am Finanzsektor gibt es vier Regulierungsbehörden. Wesentlich wird auch die Sicherstellung einer funktionierenden Energieversorgung sein – im Mai fiel in Delhi 12 Stunden der Strom aus, aber auch bei Gas und Kohle gibt es Probleme. Ein Schritt in diese Richtung war die Konzentration der Verantwortung für Strom, Kohle und erneuerbare Energie in der Hand eines Ministers. Nun bedarf es noch einer Zentralisierung der Entscheidungsabläufe, denn gegenwärtig liegt die Zuständigkeit für Energiefragen bei den Bundesstaaten. Ein großer Hemmfaktor ist auch das restriktive indische Arbeitsrecht, das in größeren Unternehmen Kündigungen praktisch unmöglich macht. All das trägt dazu bei, dass die verarbeitende Industrie lediglich 15 Prozent des BIP ausmacht; vor drei Jahren wurde ein Plan beschlossen, den Anteil von damals noch 16 auf 25 Prozent zu heben. Es besteht die Gefahr einer „Deindustrialisierung“, die nicht erwünscht ist.

Für die internationale Gemeinschaft ist die zentrale Frage, welchen außenpolitischen Kurs Modi steuern wird. Auf diesem Gebiet ist wenig über seine Ambitionen bekannt.

Möglicherweise wird er institutionelle Änderungen bei der Gestaltung von Außen- und Außenwirtschaftspolitik vornehmen. Viel wird auch von den handelnden Personen abhängen, die Modi ernennen wird. Wesentlich wird das Verhältnis zu den großen „Spielern“ der internationalen Politik sein. Wird Modi das Bündnis mit den USA suchen oder mit Russland und China an einer multipolaren Weltordnung arbeiten? Fakt ist, dass Modi bis vor kurzem nicht in die USA einreisen durfte, eine Folge seiner umstrittenen Rolle als Regierungschef von Gujarat bei den dortigen anti-muslimischen Ausschreitungen 2002. In Peking und Tokio wurde er hingegen gerne empfangen. Die ersten Auslandsreisen werden daher vermutlich in diese beiden Staaten gehen.

Hinzu kommt der diplomatische Streit zwischen Indien und den USA, der im vergangenen Dezember begann. Eine indische Diplomatin in den USA, die einer Hausangestellten zu wenig Gehalt bezahlt haben soll, wurde verhaftet und dabei einer Körperdurchsuchung unterzogen. Eine massive Empörung wegen dieser Behandlung war die Folge. Die Botschafterin der USA, Nancy Powell, wurde schließlich abgezogen, weil in Indien ihre Haltung in der Angelegenheit als unzulänglich erachtet wurde und sie bereits bei ihrer Bestellung 2012 als nicht angemessene Wahl gegolten hatte. Sie verfügte über kein Naheverhältnis zu Präsident Obama und dies wurde als Geringschätzung gegenüber Indien bewertet.

Ein Berater Modis hatte scharfzüngig angemerkt, dass es keinen Grund für Modi gebe, bei Obama um einen Termin zum Mittagessen zu betteln. Modi ist allerdings ein Pragmatiker, eine Haltung, die er wohl auch gegenüber den USA beibehalten wird. Zumindest sieht er die USA als „natürlichen Verbündeten“ Indiens und für sein Wirtschaftsprogramm wird Modi Investitionen aus den USA gut gebrauchen können. Er wird im Sinne des von ihm versprochenen wirtschaftlichen Aufschwungs vermutlich nach allen Seiten offen sein, sei es für die USA, Russland oder China. Ein ehemaliger indischer Diplomat rechnet mit einer im Wesentlichen unveränderten Außenpolitik, wie sie Indien schon in den vergangenen Jahrzehnten betrieben hat. Bestimmte Nuancen würden sich ändern, grundsätzlich Neuerungen werde es nicht geben.

Gegenüber China steckt Indien in einem ähnlichen Dilemma wie die USA. Als Handelspartner ist es gefragt, den machtpolitischen Ambitionen steht

Indien misstrauisch gegenüber. Modi sprach von einer „expansionistischen“ Einstellung, Indien sollte keine Kompromisse zum eigenen Nachteil eingehen. Peking wird die Aufrüstung der indischen Streitkräfte und die Beziehungspflege Indiens mit anderen Staaten Ost- und Südasiens, die teils Gegner Chinas sind, als nachteilig beurteilen. Erste Stellungnahmen aus Peking waren zumindest freundlich: Die beiden Staaten würden sich wirtschaftlich gut ergänzen – der eine ein Warenproduzent, der andere ein Dienstleister –, da könnten die nicht gelösten Grenzstreitigkeiten hintangestellt werden. Letzteres ist als Replik auf Modis Kritik an aus seiner Sicht unzureichenden Reaktionen in der Vergangenheit auf Grenzzwischenfälle mit dem Nachbarn China zu sehen. Auch Modi sagte, dass die Differenzen mit China gelöst werden und die Beziehungen „auf eine andere Ebene“ gehoben werden könnten.

Japan, der große Rivale Chinas, wird versuchen Indien auf seine Seite zu ziehen. Japanische Investitionen und technisches Wissen werden dabei hilfreich sein. An einem zu starken China haben beide kein Interesse. Mit Premierminister Abe verbindet Modi ein starkes Nationalbewusstsein. Die beiden Politiker kennen sich von Begegnungen 2007 und 2012 persönlich. Japanische Unternehmen gehören zu den größten Investoren in Gujarat. All das spricht für gute Beziehungen zwischen Indien und Japan in den nächsten Jahren.



Der neue indische Ministerpräsident Narendra Modi

Der Umstand, dass ein Hindu-Nationalist auch zahlreiche Moslems zu seinen Wählern zählen kann – 9 Prozent gaben ihm ihre Stimme –, gibt Hoffnung, dass das Verhältnis zum Erzrivalen Pakistan einem Wandel zum Positiven unterzogen werden kann. Viele indische Muslime trauen Modi eine Besserung ihrer sozialen Verhältnisse zu. Bei Bildung und Einkommen haben sie nach wie vor das Nachsehen gegenüber den Hindus.

Viele fürchten aber auch die neue Regierung, weil die Partei Modis den Moslems ablehnend bis feindlich gegenübersteht. Wenn der Regierungschef auch betont hat, dass seine Religion „Indien zuerst“ laute, so wird sich weisen, ob er radikale Kräfte in seiner Partei in Schranken halten kann. Das Konfliktpotential zwischen Hindus und Moslems ist latent, erst im Mai gab es Ausschreitungen mit Schusswaffengebrauch in Uttar Pradesh. Es wird in keinem Fall im Interesse Modis sein, dass es zu interkonfessionellen Auseinandersetzungen kommt, weil dies innen- wie außenpolitisch seinen Ambitionen schaden würde. An seinem Einsatz für die religiösen Belange der Hindus kann sowieso kaum gezweifelt werden. In Gujarat bekommen die den Hindus heiligen Kühe sogar Augenbehandlungen, für die Veterinäre eigens in den USA ausgebildet wurden.

Hinsichtlich Pakistans wurde schon ein erster, symbolisch wichtiger Schritt getan. Premierminister Nawaz Sharif wurde zur Angelobung Modis eingeladen und nahm die ausgestreckte Hand durch seine Teilnahme an – erstmals in der Geschichte beider Staaten. Mit Premierminister Vajpayee (1998-2004) gibt es ein Vorbild für indische Entspannungspolitik durch einen BJP-Regierungschef gegenüber Pakistan. Vajpayee zeigte Härte, war aber gleichzeitig bemüht, einen Friedensprozess zu etablieren. Der Konflikt um Kaschmir ist nach wie vor virulent. Im Mai gab es mehrfachen Schusswechsel zwischen den pakistanischen und indischen Streitkräften an der „Line of Control“. Zwischenfälle, wie ein Terroranschlag in Indien, könnten aber das Gegenteil einer Entspannung bewirken: eine Stärkedemonstration des neuen Regierungschefs, der die Vorgängerregierung wiederholt wegen schwächerer Reaktionen auf Terroranschläge, die von Pakistan ausgegangen waren, kritisiert hatte. Einige Analysten rechnen für einen solchen Fall sogar mit taktischen Nuklearschlägen, eine solche Eskalation dürfte aber kaum in Modis Interesse sein – er hat sich auch für die Beibehaltung des Verzichts auf einen nuklearen Erstschatz ausgesprochen. Modi sieht sehr wohl gemeinsame Anliegen der beiden Staaten: Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit. Diese Fragen dürfte er als vorrangig gegenüber dem Streit um Kaschmir erachten.

Seit 2. Juni hat Indien einen neuen, 29. Bundesstaat: Telangana. Andhra Pradesh wurde geteilt, der Norden mit der Hauptstadt Hyderabad ist nun ein eigener Bundesstaat mit 35 Millionen Einwohnern. 1956 wurden

die Telugu-sprachigen Inder in einem Bundesstaat vereint, in Telangana gab es von Beginn an Protest. Die dortigen Einwohner sahen sich bei der Stellenvergabe im Staatsdienst benachteiligt. Der Trennungsprozess war von heftigen Auseinandersetzungen geprägt. Die Menschen in Seemandra, dem anderen Teil des Staates, wehrten sich wegen der Arbeitsplätze, aber auch wegen der Wasserversorgung und des Verlustes der wirtschaftlich dynamischen Hauptstadt Hyderabad (z.B. Sitz von Microsoft in Indien) gegen die Loslösung – gewaltsame Ausschreitungen im letzten Jahr waren die Folge. Auch im indischen Parlament kam es deswegen zu Tumulten. Ein Abgeordneter verwendete Pfefferspray, ein anderer soll sogar ein Messer gezogen haben. Hyderabad bleibt für zehn Jahre gemeinsame Hauptstadt, das verkleinerte Andhra Pradesh erhält Kompensationszahlungen. Telangana ist kein Einzelfall, es gibt Forderungen nach weiteren Neugründungen. Die Kongress-Partei dürfte versucht haben, durch die Teilung für sich Stimmung zu machen, um andere Teilungsbefürworter auf ihre Seite zu bringen. Allerdings kam auch von der BJP Unterstützung.

Indien wurde im letzten Jahr zum besten Kunden der US-Rüstungsindustrie. Damit sind die USA auch der größte Lieferant Indiens in diesem Bereich. Bisher ist es nicht gelungen, eine eigene Rüstungsindustrie in ausreichendem Umfang aufzubauen. Das bedeutet, dass angesichts der indischen Aufrüstung die Anteile Indiens an den weltweiten Rüstungsimporten zwischen 2009 und 2013 von 7 auf 14 Prozent gestiegen sind. 75 Prozent der Importe in diesem Zeitraum kamen aus Russland, 7 Prozent aus den USA. Indien ist der Welt größter Rüstungsimporteur.

Brasilien – die zentrale Macht Südamerikas

Im Zeichen der Fußball-Weltmeisterschaft

Brasilien war im Ersten Halbjahr von den Vorbereitungen für die Fußball-WM im Juni/Juli inklusive aller damit verbundenen Bauskandale und Demonstrationen sowie von den Vorzeichen des Präsidentschaftswahlkampfes im Oktober und den damit einhergehenden Korruptionsskandalen und Schuldzuweisungen geprägt. Die Wirtschaft hofft auf den „Copa-Effekt“, dass durch die WM ein Boom entstehen wird um so endlich wieder als BRIC(S) Staat zu agieren – also mehr als 5%

Wirtschaftswachstum vorzuweisen. *Standard & Poor's* werteten Brasilien im April jedoch von BBB auf BBB-ab, was kurz vor Ramschniveau liegt. Gründe dafür waren, dass Brasiliens Neuverschuldung 2013 3,6% BIP (81 Mrd. USD) betrug, es im Korruptionsindex von Platz 69 auf 72 abrutschte, die Leitzinsen auf 11% angehoben wurden, Anlieger aus Brasilien abzogen und nur mehr 5 brasilianische Firmen in den globalen Top 500 verblieben. Überdies brach der Real gegenüber dem Euro und USD ein und verteuerte weiter die Importe die im Gegensatz zu den Exporten stiegen. Die illegalen Abholzungs- bzw. Rodungsraten sinken, können jedoch nicht völlig gestoppt werden, da deren Überwachung sich in unbewohnten Gebieten als äußerst schwierig gestaltet.

Brasilien war im Ersten Halbjahr von den Vorbereitungen für die Fußball-WM im Juni/Juli inklusive aller damit verbundenen Bauskandale und Demonstrationen sowie den Vorzeichen des Präsidentschaftswahlkampfes im Oktober geprägt. Die Wirtschaft hofft auf positive Effekte durch die WM, um wieder ein höheres Wirtschaftswachstum zu erreichen. Die anhaltenden Proteste der Bevölkerung richten sich nicht primär gegen die WM sondern eher gegen die Regierung und soziale Probleme.

Folgende Ereignisse und Gipfeltreffen können als richtungweisend angesehen werden:

- Der 2. UNASUR-Gipfel fand im Jänner in Havanna statt (Kuba führte 2013 Vorsitz über die 33 Mitgliedsstaaten ohne USA und Kanada). Es wurden Themen wie die Bekämpfung von Armut, Hunger und sozialer Ungleichheit sowie Verhandlungen zwischen Kolumbien und der FARC und der Einfluss der USA besprochen. Erstmals organisierte sich Lateinamerika (LAK) ohne die USA und Kubas Präsident Castro kann nun als „salonfähig“ bezeichnet werden, was immer prioritär auf der Agenda der brasilianischen Außenpolitik stand. UNASUR sieht sich als Gegengewicht zur US-dominierten OAS welche von Castro nun als „unbestattete politische Leiche“ bezeichnet wurde. Am 16. Juli 2014 findet ein BRICS-Gipfel in Brasília statt bei der auch UNASUR eingeladen werden wird.

- Die Zwei-Tageskonferenz „Net Mundial“ fand mit 900 Regierungsvertretern in Brasilien zur Stärkung des *Internet Government Forums* statt. Internet als Öffentliches Gut, Schutz der Menschenrechte sowie der Privatsphäre und Reaktion auf die Ausspähungen durch die NSA waren die Zielsetzungen. Der Erfolg ist als mäßig zu sehen, da zu viele Akteure sowie Interessen zu enormen Zugeständnissen führten. Brasiliens Forderung nach einer Internetverfassung wurde national mit dem Gesetz *Marco Civil da Internet* im Range eines Verfassungsgesetzes umgesetzt. Dabei werden Rechte und Pflichten aller Teilnehmer sowie die Sicherung von Daten innerhalb Brasiliens geregelt. Mitunter ist eine verpflichtende Zusammenarbeit von Justiz und Telekom geregelt. „Netzneutralität“ und „Entamerikanisierung“ des Internets waren die Schlagworte. Wesentliche Folgerungen für Brasilien aus der NSA-Affäre sind Planungen zur Indienststellung eines eigenen Kommunikationssatelliten ab 2016 und ein Seekabel von ca. 10.000 km Länge direkt nach Europa. Die Brasilianischen Streitkräfte haben einen klaren Auftrag erhalten und bauten folgende Instrumente auf: *Center for Cyber Defense* (CDCiber), *Cyber Warfare Simulation Center* (SIMOC) und *Communications and Electronic Warfare Command* (CCOMGEX). Kritiker befürchten, dass diese Anlagen benutzt würden um die eigene Bevölkerung „*auszuspiionieren*“. In diesem Zusammenhang haben 1,1 Millionen Brasilianern eine Petition unterzeichnet Edward Snowden Asyl zu gewähren, wobei dieser selbst trotz erheblichem Interesses bislang keinen Antrag gestellt hat.
- Der 7. EU-Brasilien Gipfel fand am 24. Feber in Brüssel statt. Dabei wurden Themen wie Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Wettbewerb, Außenpolitik und Globale Herausforderungen sowie die NSA-Affäre, Internetneutralität, Cyber Policy, Small Business Development, erneuerbare Energie Projekte und Biofuels sowie der Amazonas Fonds erörtert – insgesamt 20 Kooperationsgebiete. Aktuelle Probleme wie Handelsbarrieren, Tarife, Importsteuern, EU-Protektionismus bzw. Subventionen seiner Agrargüter, Abholzung des Amazonasregenwaldes sowie das EU-MERCOSUR Abkommen wurden besprochen aber nur geringe Fortschritte erzielt. Aktuell ist die EU nicht das wichtigste Objekt am brasilianischen Radar obwohl

der Handelsumfang (aktuell 40 Mrd. Euro) ständig steigt – Prioritäten liegen im MERCOSUR-internen Markt sowie bei strategischen Partnern wie China, Deutschland oder Frankreich.

Das zentrale Ereignis für Brasilien ist aber sicher die Fußball-WM und ihre Vorbereitungen. Die Baumassnahmen zur WM liefen nahezu bis zum Anpfiff des ersten Matches und laufen noch weiter, denn Gerüchte besagen, dass nur ein Drittel bis maximal die Hälfte aller Infrastrukturprojekte abgeschlossen wurde. Und es wird noch weiter gebaut – für die Olympischen Sommerspiele 2016. Der Stadionbau verschlang ca. 3 Mrd. Euro was auch für Wohn-, Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie für den Ausbau von Häfen und Umschlageneinrichtungen sowie Bildung genutzt hätte werden können wie diverse Gruppierungen behaupten. Tatsache ist, dass diese WM-Ausgaben seit 2008 getätigt wurden und im aktuellen Jahresbudget nur mit 0,7% der Gesamtinvestitionen ihren Niederschlag finden. Die Einnahmenseite ist schwieriger zu beurteilen, denn der *Confederation Cup* soll angeblich 300.000 Arbeitsplätze geschaffen und etwa 3,2 Mrd. Euro generiert haben. Im Tourismusbereich ist Brasilien mit 0,9% Einnahmen zum BIP weit hinter dem Weltdurchschnitt von 10% und zeigt noch ein enormes Steigerungspotential.

Die WM brachte auch einen enormen Investitionsschub im Sicherheitssektor - sei es für Polizei, Militär, Grenzschutz, Anti-Drogenkampf bzw. die Sicherung von Ressourcen. Sicherheit lässt sich Brasilien einiges kosten, denn man versprach die „beste WM aller Zeiten“ abzuhalten – die teuerste ist sie aktuell bestimmt. Das Sicherheitskonzept umfasst neue militärisch organisierter Polizeispezialeinheiten – 12 Bataillone mit gesamt ca. 10.000 Mann, eines je Spielort. Insgesamt stehen ungefähr 157.000 Soldaten und Polizisten - Einheiten der Militärpolizei, speziell geschulte militärische Einheiten (57.000 Soldaten, Kriegsschiffe, Amphibienfahrzeuge, Patrouillenboote) – zusätzlich noch private Sicherheitsfirmen sowie Freiwillige in der Organisation sowie als Ordner im Einsatz. Die Polizei betreibt 12 Heron-Drohnen und die Marine den Drohnen-Eigenbau Carcará zur Überwachung der WM. Überdies wurden auch 30 Stück *iRobot Military PackBot* (US-Systeme) bzw. Luftabwehrsysteme (gebrauchte deutsche Gepard 1A2 und neue schwedische RBS-70) angekauft.

Brasilien setzte zahlreiche Maßnahmen um die

Sicherheitssituation im Vorfeld der WM zu steigern. Beispielsweise wurden von den Streitkräften gemeinsam mit der Polizei unter Einsatz von etwa 30.000 Soldaten vom 11. bis 23. Mai 2014 im Grenzraum zu Bolivien und Paraguay die Operation AGATA-8 durchgeführt. Dabei wurden 40 Tonnen Drogen aller Art beschlagnahmt. Bereits seit 2008 wurden und werden Favelas in Rio de Janeiro befreit, besetzt, befriedet und durch die *Unidade Policia Pacificadora* (UPPs - Friedenspolizeieinheiten) gehalten – 39 solcher militärisch gedrillter Einheiten agieren dort Hand in Hand mit den Einwohnern – ein Projekt, dass sehr oft kritisiert wurde und noch wird, das aber auch Erfolge vorweisen kann. Dabei wurden Verbrechensraten gesenkt und Statistiken aufgebessert – viele behaupten nur „frisirt“.



Wappen des Batalhão de Operações Policiais Especiais OMBRO, einem Bataillon für spezielle Polizeioperationen der brasilianischen Militärpolizei

Das Einkommen von Polizisten ist gering und somit sind sie „empfindlich“ für Zusatzeinkommen – Streiks und Proteste führten in Bahia sogar dazu, dass alleine das Militär für diesen Zeitraum die Sicherheitsaufgaben „übernehmen“ musste. Die letzte „Befriedung“ wurde am 30. März in der Favela Complexo do Maré mit seinen 130.000 Einwohnern vorgenommen, unter Einsatz von 1.200 Militärpolizisten, 21 Amphibienpanzern, 400 Marineinfantristen, 2.000 Fallschirmjägern, sowie Spezialeinheiten und Zivil(spezial)polizei. In bestimmten Favelas kamen Drogenbanden wieder zurück und es kam zu kriegsähnlichen Zuständen wobei Tote auf beiden Seiten zu verzeichnen waren. Interessant erscheint, dass in Brasilien die Polizeiorganisation noch auf die

Militärdiktatur zurückgeht und die Sicherheitspolizei eine Militär-(polizei)-aufgabe ist wohingegen kriminalpolizeiliche Aufgaben der Polizei zufallen. Bis dato ist die WM die einzige gesamtstaatliche Sicherheitsaufgabe seit Jahrzehnten. Aktuell überschatten jedoch Übergriffe der Polizei auf Demonstranten, Foltervorwürfe und Gewaltakte das Tagesgeschehen. Drogengangs drängen wieder zurück in die Favelas und folglich kam es zu Angriffen auf die UPPs in Rio de Janeiro. Durch den Einsatz von 39 dieser Friedenspolizeieinheiten (UPPs) in ca. 270 von 600 Gemeinden Rio de Janeiros (mit etwa 1,5 Mio. Einwohnern) konnte die Mordrate von 18,8 auf 9,2 je 100.000 Einwohner gesenkt werden – Brasilien liegt generell aktuell bei einer Mordrate von 25 je 100.000 Einwohner, wobei die Aufklärungsquote generell bei ca. 10% liegt. Aber es kam heuer auch bereits zu Angriffen auf die UPPs mit vielen Toten auf beiden Seiten. Im April wurden erstmals 15 Militärpolizisten mit Strafhöhen von je 48 Jahren Haft wegen Gewaltexzessen verurteilt. 2012 wurden 1.890 Personen durch die Militärpolizei getötet, davon 50% in Rio de Janeiro und Sao Paolo – im Vergleich dazu waren es 2003 noch über 2000 Tote und diese fast alle in Rio de Janeiro und in Sao Paolo.

Die seit dem *Confederation Cup* 2013 immer wieder auflebenden und oft erwähnten sowie kritisierten Proteste richten sich daher auch nicht primär gegen die WM sondern eher gegen die Regierung, deren Korruption, Fahrpreiserhöhungen, Zwangsumsiedelungen und unterlassenen Sozialprojekte sowie schlechte Arbeitsbedingungen. Dadurch, dass der Weltfokus durch die WM auf Brasilien liegt, war auch hier Aufmerksamkeit garantiert. Die Umsiedlungsmaßnahmen im Umkreis der Stadien sowie Zu- und Abfahrtsstraßen trafen ca. 170.000 Personen zumeist aus ärmeren Schichten. Auch Infrastrukturprojekte für die erwarteten ca. 600.000 Gäste, die fast ausschließlich über den Luftweg anreisen aber auch innerhalb des Landes zu den entsprechenden Spielen weiterreisten, wurden mit roher Präzision umgesetzt. Dabei galt es die marode Flughafen- und Verkehrsinfrastruktur zu verbessern was zu zahlreichen Problemen führte und die ohnehin chaotische Verkehrssituation noch verschlimmerte. Brasiliens abzuleitende Entwicklungsstrategie, nämlich seine kritische Infrastruktur zu privatisieren, lukrierte kurzfristig Gelder, doch verlor man dabei die Kontrolle über Organisation, Neuerungen und Vergütung. In einem Land, das gemäß aktuellen Berechnungen bei solchen Projekten einen Investitionsnachholbedarf von

ca. 100 Mrd. USD aufweist, sieht das eher als ein staatlicher Notverkauf an privilegierte Unternehmen aus, gepaart mit der Hoffnung, dass diese die notwendigen Investitionen vornehmen. Die fünf aktuellen Protestgruppen sind jedenfalls die *Movimento dos Trabalhadores Sem-Teto* (MTST – Bewegung der obdachlosen Arbeiter) – der urbane Arm der *Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra* MST (Landbesitzlose), das *WM-Volkskomitee* gegen Enteignungen und Zwangsumsiedelungen, die *Passe livre* (Freifahrtkarte), die *Nao Vai ter Copa!* (Diese WM wird es nicht geben) und der Schwarze Block.



Demonstration in Rio de Janeiro

Herausforderungen für die Nahe Zukunft

Innenpolitisch ist heuer noch der Abschlussbericht der Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Militärdiktatur zu erwarten. Zwischen 1964 und 1985 wurden 475 Personen ermordet bzw. sind verschwunden, 24.000 wurden verfolgt bzw. inhaftiert, Parteien und Gewerkschaften verboten, jedoch verglichen mit anderen lateinamerikanischen Diktaturen gab es in Brasilien ein „gemäßigtes“ Szenario. Jedoch wurde bis dato niemand für Verbrechen aus dieser Zeit verurteilt. Diskutiert wird aktuell die Rolle der Kirche, der Medien, die Unterstützung der USA gegen den „linken“ gestürzten Präsidenten und die Auswirkungen der *Operacion Condor* mit Nachbarstaaten. Die Präsidentin war selbst als „linke“ Widerstandskämpferin unter den Verfolgten und ist daran interessiert, nichts zu unterdrücken.

Präsidentenwahlen werden am 5. Oktober 2014 stattfinden und dabei ist jegliches Eskalationspotenzial möglich. Abhängig vom Ausgang der WM, der endgültigen Umsetzung des *Mensalao*-Prozesses, bei dem ehemals führende Repräsentanten der noch immer regierenden Arbeiterpartei und sonstige Wirtschaftstreibende angeklagt sind und noch heuer der

Abschluss erfolgen soll (25 von 38 Angeklagten wurden bereits verurteilt), sowie neue Korruptionsvorwürfe gegen den Erdölstaatskonzern PETROBRAS ist der Ausgang derzeit noch recht unklar. Präsidentin Rousseff geriet nach den Ausschreitungen während und nach dem *Confederation Cup* 2013 in ein Umfragetief welches aktuell überwunden scheint (sie liegt aktuell bei 38%). Ihre beiden Hauptgegner (Aecio Neves liegt bei 22% & Eduardo Campos bei 13%) konnten sich noch nicht wirklich verbessern und man rechnet allgemein mit einem Sieg der amtierenden Präsidentin wohl aber erst im zweiten Wahlgang.

Wirtschaftlich wird es sich weisen, ob der „Copa-Effekt“ greifen wird. Tourismus wäre Potential für sich, Einnahmen aus den bestätigten Ölvorkommen sind eine Herausforderung für sich, denn aktuell liegen diese zu tief am Meeresgrund, um sie wirtschaftlich zu erschließen. Brasilien bleibt ein Rohstoffriese, der enorme Gewinne mit Erzen, Soja, Ethanol und Rindfleisch generiert, jedoch sind nicht die Förderung sowie Produktion die Herausforderungen sondern der Transport und die Verschiffung, denn hier liegt der Handlungsbedarf – hier ist Brasilien Weltmeister bei den Kosten (dreimal so hohe Kosten wie in der EU). Der Fokus liegt immer noch am Binnenmarkt, jedoch wird der Handel innerhalb des MERCOSUR sowie mit China, den USA und der EU immer mehr zur Herausforderung nicht nur „billige“ Rohstoffe zu exportieren und „teure“ *High-end* Produkte zu importieren, denn das hat in den letzten Jahren bereits zu Handelsbilanzüberschüssen geführt. Brasilien wird neben Indonesien, Indien, Südafrika und der Türkei auch als „*fragile five*“ gehandelt, da dies aufstrebende Länder sind, deren Bildungs- und Infrastrukturmanko eine unsichere Zukunft prognostizieren. Zwar bezeichnen brasilianische Wirtschaftsexperten die 12-jährige Regierungszeit der PT als Erfolg, jedoch im Gegenzug wurde oft die Kompromissbereitschaft vom Ex-Präsidenten Lula da Silva sowie der aktuell amtierenden Dilma Rousseff als Hauptproblem gewertet, denn beide haben ambitionierte Programme zur Rettung der Umwelt bzw. Wirtschaft durch ihr Veto dermaßen abgeschwächt, dass oft nach enormen Anstrengungen nur minimale Resultate zurückblieben. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum für 2014 wurden von anfänglich 2,9% auf aktuell 1,5% zurückgenommen.

Soziale Programme wie *Mais Medicos* (Mehr Ärzte) bei dem 7400 kubanische Ärzte geworben wurden, *Bolsa*

Familia - Armutsbekämpfung zur Minimierung der 16 Mio. Armen, Bildungsförderung für Studenten und andere Förderprogramme sollen PT-Wähler generieren und den Binnenmarkt absichern, jedoch wird dies in Zusammenhang mit der WM mit den altrömischen „Brot und Spielen“ verglichen, um die Bevölkerung von den wahren Problemen abzulenken. Der Ausbau der städtischen Infrastruktur – 85% der Brasilianer leben in Städten – sowie die Verbesserung des Gesundheitswesens gelten als Herausforderung schlechthin.

Gemäß den Vorgaben aus Weißbuch bzw. Nationaler Sicherheitsdoktrin ist geplant, bis 2022 das Wehrbudget von aktuellen 1,5 % auf 2,5% BIP anzuheben. Das brasilianische Verteidigungsbudget beträgt dabei aktuell 34,7 Mrd. USD. Inlandsoperationen umfassen Grenzsicherung, Anti-Drogenoperationen, Infrastrukturprojekte und Schutzoperationen indigener Gruppierungen sowie Ressourcen im Amazonasgebiet, Sicherung von Ölplattformen und vorgelagerter Inseln. Auslandseinsätze wie MINUSTAH in Haiti sind immer noch ein Schwergewicht bei den brasilianischen VN-Aktivitäten und sollen den Anspruch auf einen permanenten Sitz im VNSR untermauern.

Brasilien wird heuer noch den Ankauf von 36 Saab Gripen ab 2018 mit einem Vorgriff auf 12 Gripen für die Luftraumsicherungsoperation bei den Olympischen Sommerspielen 2016 vertraglich regeln. Weiters gibt es Überlegungen für die Beschaffung 24 neuer Kampfflugzeuge für einen neuen Flugzeugträger (PA-2 Klasse). Die Luftwaffe plant bis 2030 9 prioritäre Projekte mit einem Rahmen von 74 Mrd. USD (Trainer, Upgrades, MPA, Transport- und Tankflugzeuge, neue Airspace Control Systeme, Drohnen, Weltraumprogramme), die Marine bis 2031 7 Prioritätsprojekte (Scorpene U-Bootprogramm PROSUB, OPV&FFG, Flugzeugträger, Amazonas-Überwachung und Navigationsprojekte) mit einem Gesamtrahmen von 119 Mrd. USD und die Landstreitkräfte bis 2035 mit 34 Mrd. USD die Modernisierung der Landbrigaden (Revitalisierungen von KPz M-60 und Leopard 1 sowie SPz M-113, Urutu und Cascavel, den Auf- und Ausbau des *Cyber Defense Centers*, die Beschaffung von 2.044 Guarani SPz bis 2033, den Aufbau der *Sisfron*-Grenzüberwachung, Umsetzung des Programms *Protector* zum Schutz kritischer Infrastruktur, den Ankauf weiterer Luftabwehrsystemen sowie des MLRS ASTROS bis 2020).

Ein Sieg der „*Selecao Brasileira*“ kann die Innenpolitik

des Landes insofern beeinflussen, als dann eventuell ein Sinn in den Investitionen für die WM absehbar sein wird, welcher sich positiv auf die Wirtschaft als auch auf die Wiederwahl Rousseffs auswirken wird. Auch wenn es so kommt, wird das nur kurzfristig über die Probleme Brasiliens hinwegtrösten. Brasilianer bezeichneten die WM als Konglomerat der beiden korruptesten Organisationen der Welt – der brasilianischen Regierung und der FIFA. Die Werbegags die den ganzen Tag über das brasilianische Kommunikationsnetzwerk Globo gesendet werden, wurden von Forbes als der schlechteste PR-Gag der Geschichte bezeichnet – Brot und Spiele könnte hier zutreffen, doch irgendwann ist man wieder auf dem Boden der Realität angelangt – mit dem Sieg der Brasilianer bei der WM später, mit einem Ausscheiden früher. Fußball hat in Brasilien eine hohe Bedeutung - neben Telenovelas – aber auch sie können nur kurz über Bedingungen hinwegtäuschen welche für viele nicht besonders rosig aussehen.

Flächenbrand im Nahen Osten?

Nordafrika und der Nahe Osten sind nach wie vor stark von den Nachwirkungen des „Arabischen Frühlings“ geprägt. Die Staaten, die von den Aufständen und Revolten betroffen sind, schlagen dabei unterschiedliche Entwicklungspfade ein. Grob kann man hierbei unterscheiden zwischen anhaltender ethnisch-religiöser Radikalisierung und ständigem bewaffnetem Konflikt (Syrien), einer versuchten Rückkehr zum „status quo ante“ (Ägypten, Libyen) und dem Weg, den Tunesien als einzig erfolgreiches Revolutionsland eingeschlagen hat. Speziell der Nahe Osten ist auch nach wie vor das Kampfgebiet für die zwei potentiellen Hegemonialmächte in der Region, die sunnitische (wahhabitische) absolutistische Monarchie Saudi-Arabien und der schiitischen Theokratie Iran. Diese zwei Kräfte streben nach wie vor nach einer Ausweitung ihrer Einflussphären und einer möglichst großen Einflussnahme auf die neu entstehenden Machtverhältnisse in der Region. Vom syrischen Bürgerkrieg ausgehend droht ein Flächenbrand für die gesamte Region, der den Irak bereits erfasst hat und zunehmend Einfluss auf den Libanon nimmt. Die sunnitischen und schiitischen Milizen und bewaffneten Gruppierungen werden ihre Kämpfe zunehmend in die Nachbarstaaten exportieren. Inmitten dieser Umbrüche trat der Nahostkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern etwas in den Hintergrund und hat somit

auch an unmittelbarer politischer Relevanz verloren. Die gescheiterte Friedensinitiative des US-Außenministers John Kerry unterstreicht auch die Tatsache, wonach Israel in der jetzigen Lage keine relevanten Zugeständnisse machen will. Aber auch der strategische Schwenk der USA in Richtung Pazifik (Pacific Pivot) hinterlässt ein Macht- und Sicherheitsvakuum in der gesamten Region. Durch den schrittweisen Rückzug des amerikanischen „Schiedsrichters“ wird die Aufgabe, Ordnung in den Raum zu bringen, vermehrt von regionalen Akteuren übernommen.

Das Ende des Arabischen Frühlings?

Die Revolutionen und Unruhen, die seit 2011 die Machtverhältnisse in der Region grundlegend veränderten, sind an einem vorläufigen Ende angelangt. Mehrere Staaten versuchen sich in den status quo ante zurückzueretten, um die Stabilität vergangener Tage wiederherzustellen, wie sich am Beispiel Ägyptens illustrieren lässt: Die ägyptischen Eliten scheinen sich auf die Konsolidierung eines „System Mubarak ohne Mubarak“ festgelegt zu haben. Nach der Wahl und Vereidigung des ehemaligen Verteidigungsministers General Abdel Fatah al-Sisi zum neuen Präsidenten scheint das Land nun eine Periode der „Stabilität“ vor sich zu haben. Doch die Muslimbruderschaft, die vom Militär durch einen Staatsstreich im Juli 2013 von der Macht entfernt wurde, bleibt ein unberechenbarer Gegner für die ägyptische Regierung und das Militär. Das extrem harte Vorgehen der Justiz und des Sicherheitsapparates gegen die Muslimbruderschaft und ihre „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“ hat zwar für den Moment eine Zerschlagung der Organisationsstrukturen der Muslimbruderschaft erreicht. Doch die Bruderschaft ist durch Jahrzehnte im ägyptischen Untergrund bestens auf ein erneutes Untertauchen vorbereitet. Über kurz oder lang kann daher vermutet werden, dass der Versuch des ägyptischen Sicherheitsapparates, die Muslimbruderschaft als Organisation und Gegner zu eliminieren, aus diesen Gründen auch scheitern könnte. Außerdem wird eine Fortsetzung des unnachgiebigen Kurses die Gräben innerhalb der ägyptischen Gesellschaft weiter vertiefen. Der neue Präsident al-Sisi wird daher mittelfristig eine Politik der Aussöhnung und des Dialogs starten müssen.

Dringlichste Aufgabe der neuen Führungen in der Region wird es jedoch sein, die maroden Volkswirtschaften in Nordafrika und dem Nahen Osten anzukurbeln.

In Ägypten verlässt sich die Regierung momentan auf Hilfgelder aus den Golfstaaten Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), die bereits den Putsch gegen die Muslimbruderschaft unterstützt und maßgeblich beeinflusst haben. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika unterstützen den neuen Präsidenten und setzen ihre ökonomische und militärische Unterstützung fort. Doch solange das Geld nicht sinnvoll investiert wird, die alten paternalistischen Strukturen der ägyptischen Wirtschaft aufgebrochen und ein langfristiges wirtschaftliches Konzept durchgesetzt wird, wird sich an der prekären Lage vieler Ägypter nichts ändern. Für die ägyptische Bevölkerung wird zwar kurzfristig eine Stabilisierung und Befriedung der Situation eintreten und könnte somit ein Hemmnis für weitere Proteste sein; wenn die jungen Ägypter, die die Revolution 2011 auf dem Tahrir-Platz auslösten, jedoch keine Besserung ihrer Perspektiven erkennen, sind weitere Proteste und möglicherweise auch gewalttätige Unruhen zu erwarten. Der Arabische Frühling hat die Region zwar nachhaltig erschüttert, jedoch ohne eine neue Ordnung zu kreieren. Das Beispiel Ägypten zeigt, wie fragil die postrevolutionären Staaten sind. Eine Rückkehr zur alten Ordnung scheint hier gerade für alte Eliten in den Staaten reizvoll zu sein. Ob die Bevölkerung, bestärkt durch den Erfolg der Entmachtungen von 2011, sich erneut einer autoritären Herrschaft ohne demokratische Perspektive beugen wird, darf langfristig angezweifelt werden.

Nordafrika und der Nahe Osten sind stark von den Nachwirkungen des „Arabischen Frühlings“ geprägt. Einerseits kommt es zu anhaltend ethnisch-religiöser Radikalisierung und bewaffneten Konflikten, andererseits zu einer versuchten Rückkehr zum „status quo ante“. Um die Hegemonie vor allem des Nahe Osten findet gleichzeitig auch ein Kampf zwischen den beiden Pole der islamischen Staatenwelt, der sunnitisch absolutistischen Monarchie Saudi-Arabien und der schiitischen Theokratie Iran, statt.



Nordafrika und der arabische Raum

Brandherd Syrien

Der Bürgerkrieg in Syrien, der in Folge eines Aufstandes im Lichte des Arabischen Frühlings ausgebrochen war und von allen Seiten mit extremer Härte geführt wird, entwickelt sich immer mehr zu einer existentiellen Gefahr für die gesamte Region. Während das Regime von Präsident Bashar al-Assad militärisch sukzessive die Oberhand gewinnt und eine Entscheidung zu seinen Gunsten mit Ende des Jahres immer wahrscheinlicher wird, breitet sich die Instabilität immer mehr in die angrenzenden Staaten aus. Zum einen hat die humanitäre Katastrophe Syrien einen Flüchtlingsstrom in die Nachbarstaaten ausgelöst. Im Libanon sind bereits mehr als eine Million syrische Flüchtlinge in Lagern untergekommen, dies entspricht etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Auch in Jordanien und der Türkei befinden sich mittlerweile hunderttausende Syrien-Flüchtlinge, wodurch die sozialen Verhältnisse in den Nachbarstaaten unter massiven Druck geraten sind. Durch den andauernden Kriegszustand kann sich diese Situation auch nicht entspannen; selbst nach einem Sieg Assads ist davon auszugehen, dass eine rasche Beruhigung der Flüchtlingsbewegungen nicht erwartet wird. Dies bedeutet speziell für die kleinen Nachbarstaaten eine enorme Belastung, der sie alleine nicht gewachsen sind.

Weitaus fataler ist das Bedrohungspotential, das durch den Konflikt selbst entstanden ist: Der syrische Bürgerkrieg legte schonungslos offen, wie sehr im Nahen Osten konfessionelle Konflikte vorhanden sind, und wie einfach diese für machtpolitische Ambitionen instrumentalisiert werden können. Ging es zu Beginn des Aufstandes in Syrien noch mehr oder weniger um berechnete Forderungen des syrischen Volkes, so entwickelte sich in der Folge ein radikalisierte, religiöser Konflikt zwischen den zwei Hauptströmungen des Islam. Der syrische Präsident Bashar al-Assad und ein Großteil seines Führungszirkels gehören der schiitischen Sekte der Alawiten an. Diese Tatsache wurde von radikalen sunnitischen Jihadisten zum Anlass genommen, den Aufstand zu einem Krieg zwischen den „wahren Vertretern des Islam“ und „Ketzern“ zu erklären. In der Folge sickerten immer radikalere sunnitische Splittergruppen in das Kampfgebiet ein und entfachten einen Religionskrieg in Syrien. Doch auch das Regime bediente sich sektiererischer Propaganda und Hilfsmittel, um Unterstützung zu generieren. Die sunnitischen Milizen konnten sich jedoch nie auf eine gemeinsame Position einigen und begannen, sich untereinander zu

bekämpfen. Speziell die radikalste Gruppierung im syrischen Bürgerkrieg ISIS (Islamischer Staat in Irak und Syrien) sieht sich dabei zunehmend durch andere (ebenfalls islamistische) Organisationen unter Druck gesetzt. Nichtsdestotrotz ist die Gruppierung die wohl derzeit gefährlichste für die Stabilität der Region. Ihre erfahrenen Kämpfer haben bereits im Irak-Krieg gegen die US-Truppen gekämpft. Sie sickerte mit Masse ab 2013 nach Syrien ein und war für eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen, Anschlägen, Morden und Folter verantwortlich. Seit Juni 2014 ist sie nun mit großen Kräfteverbänden in den Irak zurückgekehrt und eroberte bereits die zweitgrößte Stadt Mossul, die wichtigen Öl-Städte Tikrit und Kirkuk. Die ISIS gilt derzeit als existentielle Bedrohung für den Irak. Sollte der Vormarsch der ISIS weitergehen, ist davon auszugehen, dass die religiöse Gewalt in der gesamten Region weiter zunehmen wird und die Integrität sämtlicher Nachbarstaaten bedroht ist. Denn mit dem Irak ist nun eine neue Front im Kampf zwischen Sunna und Schia eröffnet worden, die strategisch noch besorgniserregender ist als Syrien. Denn mit dem Irak wird nun zum ersten Mal ein Land von sunnitischen Extremisten attackiert, das eine schiitische Mehrheitsbevölkerung hat. Dies wird unweigerlich zu gravierenden gewaltsamen Gegenschlagen von schiitischen Extremisten wie der libanesischen Hisbollah führen. Der Kampf zwischen den zwei islamischen Strömungen könnte damit eine neue, noch gefährlichere Dynamik erhalten.

Der Irak zeigt auch, dass die US-amerikanisch geführte Neuausrichtung des Landes gescheitert ist. Nach dem Abzug der internationalen Truppen wurde darauf vertraut, dass die einheimischen Streitkräfte mit Hilfe westlicher Ausrüstung und Ausbildung solche Sicherheitsbedrohungen beherrschen können. Doch der Angriff von ISIS zeigt, dass die Soldaten nicht nur nicht in der Lage, sondern vor allem nicht willens sind, gegen eine solche Bedrohung entschieden vorzugehen. Der neue irakische Staat besitzt kaum identitätsstiftende Momente für die eigenen Soldaten, weswegen sie auch wohl keine große Gegenwehr gegen ISIS (z.B. in Mossul) geleistet haben. In Afghanistan ist es nicht auszuschließen, dass die einheimischen Streitkräfte auf eine große Taliban-Offensive ähnlich reagieren würden. Somit würde ein weiteres Land, das durch den „Krieg gegen den Terror“ ‚befreit‘ wurde, wieder ins Chaos stürzen.

Durch den Angriff sunnitischer Jihadisten auf den

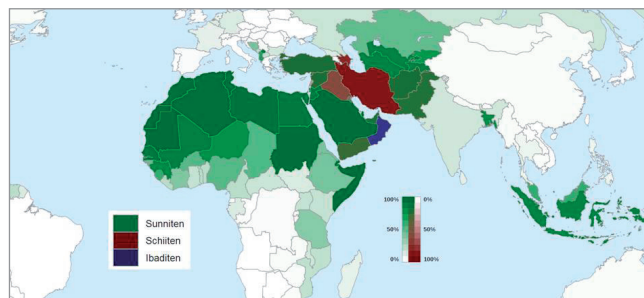
Irak bekommt der Konflikt aber außerdem eine weitere regionale Dimension: eine Aggression gegen einen mehrheitlich schiitischen Staat wird unweigerlich zu einer Reaktion der „schiitischen Schutzmacht“ Iran führen. Diese werden, sollte der Vorstoß der ISIS nicht bald enden und der Krieg in Syrien entschieden sein, noch aktiver in den Konflikt eingreifen und auf Seiten der schiitischen Regierungen in Bagdad und Damaskus gegen den religiösen Antagonisten kämpfen. Eine verstärkte Involvierung des Iran wird jedoch ihrerseits eine Reaktion durch die sunnitisch-wahhabitische „Schutzmacht“ Saudi-Arabien auslösen. Bereits jetzt unterstützt das Königreich, gemeinsam mit anderen Golfstaaten, die radikalsten unter den syrischen Kämpfern, die ISIS bezieht einen Großteil ihrer Gelder durch private Spenden aus der Golfregion, die von den dortigen Regierungen nur mangelhaft bekämpft werden. Der Angriff auf den Irak hat somit das Potential, die strategischen Gegebenheiten im Nahen Osten noch einmal grundlegend zu verschieben. Während in Syrien alleine noch vor allem die Flüchtlingsproblematik für internationale und regionale Akteure bedrohlich war, hat die religiöse Gewalt nun eine Dimension erreicht, die die gesamte Region zu Fall bringen kann.

Kampf um regionale Hegemonie

Der Nahe Osten ist jedoch nicht nur Schauplatz religiös motivierter Gewalt. Tatsache ist, dass der Arabische Frühling auch dazu geführt hat, dass die zwei Pole der islamischen Staatenwelt ihren Kampf um Hegemonie in der Region auf eine neue Ebene gehoben haben: Auf der einen Seite benutzt das Königreich Saudi-Arabien die sunnitischen Extremisten, um dem zweiten Aspiranten für die Vormachtstellung im Raum, dem Iran, in Syrien gewaltsam seine Einflussphären streitig zu machen. Syrien war bis 2011 der wichtigste Ankerpunkt für die so genannte „schiitische Achse“, die den Einfluss des Iran in der Region gemeinsam mit der libanesischen Hisbollah und dem (seit 2003) schiitisch dominierten Irak sicherstellte. Der Iran sieht in Syrien seine vitalsten Interessen bedroht und unterstützt seinen Alliierten mit Logistik, Rüstungsgütern und Eliteeinheiten seiner Revolutionsgarden und der von Teheran aus kontrollierten Hisbollah. Saudi-Arabien sah seinerseits die Chance, die Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten nachhaltig zu seinen Gunsten zu verändern und investierte Geld und Waffen in die sunnitischen Aufständischen. Beide Seiten radikalisierten dabei ihre jeweiligen Stellvertreter

und verliehen dem religiösen Konflikt zusätzliches Momentum und Intensität.

Der Auslöser für diesen Kampf um Macht und Einfluss liegt jedoch im Jahr 2003 und dem Sturz Saddam Husseins. Denn der Irak mit seinem säkularen autoritären Regime fungierte in der Vergangenheit als eine Puffermacht zwischen den beiden Großmächts-Aspiranten. So konnten sowohl Saudi-Arabien als auch der Iran ihre Einflusszonen halten, ohne direkt mit dem Gegenspieler konfrontiert zu werden. Die US-geführte Invasion und der Sturz der Baath-Diktatur veränderten diese fragile Machtbalance nachhaltig und erlaubten es dem Iran, seinen Machtbereich massiv auszudehnen. Das saudische Königreich investierte auch deshalb so stark in den Arabischen Frühling, da es hier die Chance sah, verlorenes Territorium wieder gutzumachen. Syrien wurde somit zu einem Stellvertreterkrieg der zwei Regionalmächte, und dieser droht nun, auch den Irak und in weiterer Folge den Libanon und auch Jordanien mitzureißen.



Mehrheiten islamische Konfessionen nach Staaten

Saudi-Arabien konnte lange Zeit darauf bauen, die Regionalmacht zu sein, die von den USA gefördert wird. Der Iran war international geächtet, wegen seiner antisemitischen Rhetorik, seiner Finanzierung israelfeindlicher Gruppierungen und seinem Atomprogramm. Nun sieht es jedoch danach aus, als würde sich die internationale Staatengemeinschaft mit der islamischen Republik im Atomstreit einigen. Damit wäre auch einer Rückkehr des Iran auf das internationale Parkett der Weg geebnet, und Saudi-Arabien hätte einen entscheidenden Vorteil im Kampf um die Hegemonie im Nahen Osten verloren. Die USA sind auch zunehmend davon irritiert, welche radikale Gruppierungen aus dem Königreich ihre finanziellen Mittel und ihre militärische Ausrüstung beziehen und wird versuchen, den Iran als Gegenspieler der ISIS-Jihadisten aufzubauen. Bereits jetzt kämpfen iranische Elitetruppen in Syrien und es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis der Iran auch im Irak

aktiver wird, möglicherweise mit Billigung des Westens, nach einer Einigung über das iranische Atomprogramm. Sollte der Iran international wieder salonfähig gemacht werden, wäre dies ein strategischer Sieg von enormen Ausmaß für die islamische Republik, die dadurch bestärkt ihre Politik des Machtausbaus und ihren Anspruch auf die Hegemonialstellung aktiver und aggressiver verfolgen könnte. Wenn dieser Fall eintritt, wird Saudi-Arabien massiv unter Druck kommen, einerseits sein Abschreckungspotential gegenüber dem schiitischen Widerpart auszubauen und andererseits seine Stellvertreter in den Konfliktgebieten aufzurüsten, möglicherweise sogar ISIS direkt. Ein solcher Schritt wäre jedoch extrem riskant: Bis zu 1000 saudische Staatsbürger kämpfen für die ISIS, und Saudi-Arabien hat bereits frühzeitig (Ende 2013) die Gefahr erkannt, die von diesen Kämpfern ausgeht: der radikale Islam verachtet das Königshaus für seine Kooperation mit dem Westen. Deswegen werden sich diese saudischen Jihadisten, sollten sie in ihre Heimat zurückkehren, gegen das System wenden und die Stabilität der saudischen Monarchie gefährden. Saudi-Arabien würde sich mit einer Unterstützung der ISIS selbst gefährden, könnte sich aber aus machtpolitischen Überlegungen dazu gezwungen sehen.

In der unübersichtlichen Machtkonfiguration in der Region versuchen aber noch andere Akteure, ihren Einfluss auszubauen: Katar und die Türkei, beides ebenfalls sunnitische Staaten, unterstützen die ägyptische Muslimbruderschaft, in direkter Konkurrenz zu Saudi-Arabien. Die Muslimbruderschaft ist für Saudi-Arabien eine strategische Bedrohung, da sie die Führungsrolle innerhalb des sunnitischen Islam für sich beansprucht. Das Königreich fürchtete deswegen eine Muslimbruder-Allianz zwischen der Türkei, Katar und dem „alten“ Ägypten unter Mohammed Morsi und stützt die neue Militärregierung in Kairo mit massiven Geldzahlungen. Zusätzlich führt der schrittweise Rückzug der USA aus der Region, geschuldet ihrem strategischen Schwenk in Richtung Pazifik, für ein Machtvakuum in der Region, das nun von verschiedenen regionalen und externen Mächten zu füllen versucht wird. Dies ist möglicherweise auch ein Grund für das „Tauwetter“ zwischen Washington und Teheran, denn die USA wollen einen Nahen Osten, in dem regionale Mächte sich die einstige Rolle der USA aufteilen. Dafür benötigen sie Partner jenseits von Saudi-Arabien, und der Iran ist ein logischer Kandidat. Die Vereinigten Staaten werden ihren Rückzug aus der Region nicht mehr rückgängig machen und werden sich

nicht mehr wie bisher im Nahen Osten engagieren. Dies bedeutet aber gleichzeitig, dass die EU sich stärker als bisher in der Region engagieren muss, wenn sie verhindern will, dass eine volatile Nachbarschaft jenseits des Mittelmeeres entsteht. Momentan fehlen hier allerdings klare Strategien und auch Einflussmöglichkeiten. Die Union hat derzeit kaum relevante Partner in der Region, auf die sie Einfluss nehmen kann, und es fehlt auch an einer Strategie für den Nahen Osten, die sich mit den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen auseinandersetzt. Will Europa in Zukunft eine Rolle in seiner Nachbarschaft spielen, muss es sich klar positionieren und versuchen, seine Gestaltungsfähigkeit in der Peripherie auszubauen. Dafür wird es aber auch notwendig sein, sich stärker zu engagieren und Bündnisse zu schmieden, die der EU einen größeren Handlungsspielraum eröffnen.

Conclusio – Wer ersetzt die USA?

Die strategische Landkarte der Region wird derzeit neu gezeichnet. Die zwei Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran kämpfen in Syrien, und über kurz oder lang auch im Irak, um die Vorherrschaft im Nahen Osten. Dritte Akteure versuchen ihrerseits, ihre Macht auszubauen. Die Stabilität der Region vor dem Arabischen Frühling bzw. dem Sturz Saddam Husseins ist Vergangenheit, und es ist damit zu rechnen, dass es noch lange dauern wird, bis eine neue Ordnung entsteht. Momentan genießt der Iran ein positives Momentum, da der Westen die Hauptgefahr bei den sunnitischen Extremisten von ISIS sieht und weniger beim schiitischen Iran. Eine Lösung im Atomstreit sowie der sich abzeichnende Sieg Bashar al-Assads in Syrien könnten den Iran weiter stärken und das Pendel noch weiter Richtung Teheran ausschlagen lassen. Der Rückzug der Weltmacht USA aus der Region wird es unvermeidlich machen, dass die EU sich zunehmend in der Region engagieren muss, um Stabilität und strategische Planbarkeit in der direkten Nachbarschaft sicherzustellen. Der Nahe Osten besitzt enormes Destabilisierungspotential, durch die religiöse Radikalisierung und einen regionalen Großmächtekonflikt werden zunehmend auch die Nachbarregionen anfällig für Konflikte. Für Nachbarakteure wie die EU ist es daher von vitalem Interesse, den Kampf um Hegemonie zu entschärfen und massiv in den Aufbau staatlicher Strukturen und zwischenstaatlicher Beziehungen zu investieren.

Die Republik Südafrika – 20 Jahre nach 1994

Vor 20 Jahren, im April 1994, fanden in der Republik Südafrika die ersten freien Wahlen statt, an denen Vertreter aller Bevölkerungsgruppen teilnahmen. Dies und der Wechsel von der Regierung unter Präsident F.W. de Klerk (geb. 1936) zur ANC-geführten Regierung unter Nelson Rolihlahla „Madiba“ Mandela (1918-2013) markierten das Ende der als „Apartheid“ bekannten strengen Rassentrennung (die freilich schon seit den 1970er Jahren schrittweise abgebaut worden war). 1994 hieß es, die neue Regierungspartei, der African National Congress (ANC), habe für zwei Jahrzehnte eine sichere Mehrheit – müsse diese Zeitspanne aber auch nützen, um die längst fälligen Reformen anzugehen. Dies wurde in der Realität nur teilweise umgesetzt.



Das Parlament in Kapstadt. Südafrika hat drei Hauptstädte: Das Parlament befindet sich in Kapstadt; Regierungssitz ist Pretoria; der oberste Gerichtshof ist in Bloemfontein.

Tatsächlich erzielte der ANC unter Präsident Jacob Zuma (geb. 1942) auch bei den Wahlen am 7. Mai 2014 eine deutliche Mehrheit von 62,15% (249 der insgesamt 400 Sitze der National Assembly). Die Democratic Alliance (DA) unter Helen Zille (geb. 1951) wurde mit 22,2% (89 Sitzen) die zweitstärkste Partei. Auch in acht von neun Provinzen stellt der ANC die Führung; lediglich im Westkap (um Kapstadt) ist die DA seit 2009 stärkste Partei.

Damit setzte sich der leichte Abstieg des ANC fort, der schon in früheren Wahlen zu beobachten gewesen war. Zwar hatte der ANC 1994 – wohl als Teil der Verhandlungslösung – auf die Zwei-Drittel-Mehrheit verzichtet (62,65%), legte aber 1999 (66,35%) und 2004 (69,69%) deutlich zu. 2009 erzielte der ANC nur mehr 65,9%, bei den Gemeindewahlen 2011 noch 62,9%. Dennoch bleibt er – bei aller Kritik an der teils korrupten Parteiführung – für viele schwarze Südafrikaner Teil ihrer Identität. Dies gilt auch für jene – 2014 erstmals wahlberechtigten – Südafrikaner, die erst nach 1994 geboren wurden.

Die DA gewann demgegenüber über die Jahre konsequent (1999: 9,56%; 2004: 12,37%; 2009: 16,66%; 2014: 22,23%) und erzielte 2014 im Westkap 59,38% (2009: 51,46%) – was nicht zuletzt eine Anerkennung der mustergültigen Verwaltung dieser Provinz darstellt. Helen Zille (deren Eltern deutsche Einwanderer waren) hatte sich als kritische Journalistin zur Apartheid-Zeit engagiert, war 2006-09 Bürgermeisterin von Kapstadt und ist seit 2009 Premier der Provinz Westkap.

Am DA-Erfolg änderte auch der gescheiterte Publicity-Coup nichts, als Helen Zille Ende Jänner 2014 die Führerin der 2013 gegründeten ANC-Absplittlung Agang, Dr. Mamphela Ramphele (geb. 1947, als Partnerin des Gründers des Black Consciousness Movements Steve Biko (1946-77) lupenreine Vertreterin des „Struggle“ gegen die Apartheid, dazu eine ausgewiesene Wirtschaftsexpertin und frühere Managing Direktorin der Weltbank) als gemeinsame Präsidentschaftskandidatin präsentierte. Dieses Experiment scheiterte jedoch innerhalb weniger Tage, da die (überwiegend schwarze) Gefolgschaft der Agang das Zusammengehen mit der (vorwiegend weißen bzw. farbigen) DA nicht mittrug. Der publikumswirksame Kuss der beiden Parteiführerinnen bot Karikaturisten Anregung für böse Zeichnungen. Bei den Wahlen 2014 erzielte Agang gerade 0,28% der Stimmen (zwei Abgeordnete).

Am linken Flügel fordern die vom früheren Führer der ANC-Youth League, Julius Malema (geb. 1981), 2013 gegründeten Economic Freedom Fighters (EFF) radikale Umverteilungen. Malema wurde 2011 wegen „hate speech“ verurteilt, weil er öffentlich das Lied „Shoot the Boer“ gesungen hatte, und 2012 aus dem ANC ausgeschlossen. Malema lobte die Beschlagnahme „weißer“ Farmen in Zimbabwe und Namibia und fordert die Verstaatlichung der südafrikanischen Bergwerke.

Mit ihren roten Baretten und T-Shirts sind die (meist jugendlichen) EFF-Anhänger vor allem im Norden des Landes (in der Provinz Limpopo – früher Nord-Transvaal – und auch in Gauteng, d.h. im Raum Pretoria und Johannesburg) im Straßenbild präsent. Bei den Wahlen 2014 wurde die EFF mit 1,17 Millionen Stimmen (6,35%) drittstärkste Partei.

Die Kriminalität bleibt für Südafrika ein Thema – mit fast 50 Morden am Tag und einer hohen Zahl von Gewaltverbrechen, darunter geschätzten 500.000 Vergewaltigungen pro Jahr. In letzter Zeit fand freilich vor allem die Mordanklage gegen den Ausnahmesportler Oscar Pistorius (geb. 1986) das Interesse der Medien.

Dazu kommt die hohe HIV/AIDS-Rate. 2011 waren 5,6 Millionen Südafrikaner HIV-positiv; rund 30% aller Schwangeren sind HIV-positiv. Die durchschnittliche Lebenserwartung sank von 63 Jahren um 1990 auf 47 um 2002, beträgt inzwischen aber wieder 51 Jahre (verglichen mit 39 Jahren in Zimbabwe und 38 in Botswana). Immerhin griffen in den letzten Jahren einige Maßnahmen im Kampf gegen AIDS.

Um die Kontroversen um das Lied „Shoot the Boer“ („Dubul’ ibhunu“) zu verstehen, muss man bedenken, dass seit 1994 über 3000 weiße Farmer bzw. Familienangehörige ermordet wurden. 2010 verbot der ANC das Lied, um die Spannungen nicht weiter anzuheizen. Malema wird in Medien auch als Demagoge und als „südafrikanischer Faschist“ bezeichnet. Beobachter befürchten, dass der ANC künftig stärker populistische (und damit für die Wirtschaft negative) Maßnahmen setzen könnte, um den linken Flügel wieder „einzufangen“.

Die massive Abwertung des Rand seit dem zweiten Halbjahr 2013 und Preissteigerungen, so eine Erhöhung der Benzinpreise Anfang Februar 2014, sowie zahlreiche kleinere Lohnkonflikte, Streiks und da und dort Ausschreitungen prägten das politische Bild 2014. Der seit den 1990er Jahren gestiegene Zuzug in die Städte stellt für die kommunalen Dienste eine enorme Belastung dar; zahlreiche Proteste richteten sich gegen mangelnde kommunale und andere Serviceleistungen („service deliveries“). Immer wieder werden Schulen, Bibliotheken und auch Polizei-Stationen attackiert und oft zerstört. Die Zahl der Proteste blieb seit 2010/11 mit rund 12.000 pro Jahr konstant, doch nahm der Anteil der gewaltsamen Demonstrationen deutlich zu (2010/11: 974; 2012/13:

1882). Vor allem in den nördlichen Provinzen (dem ehemaligen Transvaal), aber auch in KwaZulu-Natal kam es 2014 immer wieder zu Protesten, teils mit Todesopfern. Das Eingreifen der Polizei gilt teilweise als unsensibel; Präsident Zuma kritisierte sie im Februar 2014 als „trigger-happy“. Polizeiminister Nathi Mthethwa (geb. 1967; seit Mai 2014 Kulturminister) betonte aber, dass die südafrikanische Polizei zu den besten der Welt gehöre, aber eben oft mit gefährlichen und tödlichen Waffen (etwa Assegai-Speeren) konfrontiert sei.

Präsident Zuma selbst wurde seit 2004 mehrmals der Korruption bezichtigt; von einer Anklage wegen Vergewaltigung wurde er 2005 freigesprochen. Gestützt auf den linken ANC-Flügel, konnte er sich aber stets behaupten, 2008 sogar den ANC-Führer Thabo Mbeki (geb. 1942) stürzen und ihm 2009 als Präsident nachfolgen. Dennoch bleibt der Vorwurf der „Kleptokratie“. Police Commissioner Bheki Cele (geb. 1952) beispielsweise wurde 2011 in Zusammenhang mit den Ausgaben für Zumas luxuriöses Anwesen in Nkandla in KwaZulu-Natal („Zumaville“) suspendiert und 2012 entlassen, nach den Wahlen 2014 aber zum Stellvertretenden Minister für Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei ernannt.

Allerdings ist die Tatsache, dass sich „Public Protector“ (etwa: Rechnungshof-Präsidentin) Thuli Madosela (geb. 1962) öffentlich gegen den Präsidenten stellt, und dass darüber ausführlich in den Medien berichtet wird, auch Indiz einer funktionierenden Justiz und Medienlandschaft in bester angelsächsischer Tradition.

Afrikaner verweisen in diesem Zusammenhang auf das positive Image starker Führungspersönlichkeiten. Daraus erklärt sich etwa auch der vielen Europäern unbegreifliche Respekt, den beispielsweise Robert Mugabe (geb. 1924) in Zimbabwe genießt. Als in Großbritannien 2004 überlegt wurde, angesichts der Misswirtschaft und Menschenrechtsverletzungen in Zimbabwe militärisch zu intervenieren, warnten viele Afrikaner, dass dies als neue koloniale Intervention höchst negativ gewertet würde, mit entsprechenden Folgen auf dem gesamten Kontinent.

Wirtschaft

Wirtschaftlich ist Südafrika – nach Nigeria – zweitstärkste Macht in Afrika. Der National Development Plan (NDP), der für den Zeitraum bis 2030 angelegt ist und bis dahin Armut eliminieren und 11 Millionen Jobs schaffen soll, wird

trotz der hochgesteckten Ziele insgesamt positiv beurteilt. Dahinter stand der angesehene frühere Finanz- (1996-2009) und dann Planungsminister (2009-14) Trevor Andrew Manuel (geb. 1956). Die Infrastruktur und das Verkehrsnetz haben weiter hohes Niveau; problematisch bleiben Defizite in der medizinischen und schulischen Versorgung.

Von der Gesamtbevölkerung von offiziell knapp 53 Millionen (Volkszählung 2011) sind 79,2% Schwarze, 8,9% Farbige (d.h. Nachfahren der San = Buschleute und KhoiKhoi = Hottentotten sowie Mischlinge) und 8,9% Weiße sowie 2,5% Inder bzw. Asiaten. Wurde nach 1994 von einem vor allem weißen „brain drain“, d.h. der Abwanderung höher qualifizierter weißer Südafrikaner berichtet, so gibt es inzwischen das Phänomen der weißen Rückwanderung – zugleich ein Indiz für Stabilität und Zuversicht.

Problematisch bleiben die hohe (vor allem Jugend-) Arbeitslosigkeit (in manchen Gebieten um die 50%), der unkontrollierte Zuzug in städtische Ballungszentren und die illegale Einwanderung aus ganz Afrika (auf 5 bis 10 Millionen geschätzt, bei einer Gesamtbevölkerung von fast 53 Millionen). Allein aus Zimbabwe flüchteten seit 2000 rund 3 Millionen Menschen wegen der politischen Unterdrückung und der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage nach Südafrika und Botswana. Aus manchen Townships wird von Parallel-Gesellschaften mit hoher Kriminalitätsrate berichtet.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in Zumas Amtszeit von 12,4 auf 16 Millionen.

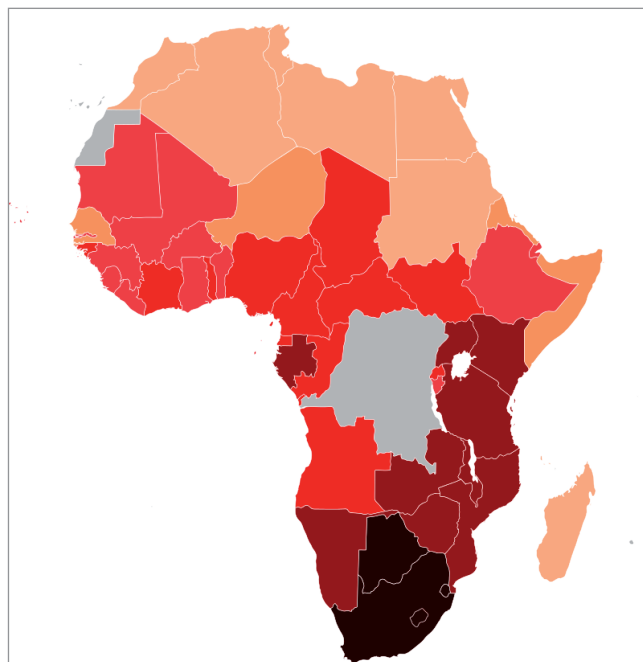
Auffallend für den Besucher ist die Präsenz von Moscheen und muslimischen Gemeinden auch in Gegenden, wo es zuvor (sieht man von der kap-malaiischen und der indischen Bevölkerung) keine Muslime gab, so – um nur zwei Beispiele zu nennen – in Johannesburg oder Polokwane (vormals Pietersburg).

Südafrika und Afrika

Politisch und wirtschaftlich ist Südafrika weiter stark in Afrika engagiert. Neben der Afrikanischen Union (AU) ist die Southern African Development Community (SADC) zu nennen, eine Organisation von 15 Staaten mit Sitz in Gaborone (Botswana), von denen 12 eine Freihandelszone bilden. Für die kommenden Jahre wird die Ausweitung zusammen mit anderen afrikanischen

Wirtschafts-Verbänden zur African Free Trade Zone (AFTZ) vorbereitet. Zusammen mit Botswana, Lesotho, Namibia und Swaziland bildet Südafrika bereits seit 1910 eine Zollunion (Southern African Customs Union, SACU).

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung Südafrikas innerhalb des Kontinents führte aber auch dazu, dass in anderen afrikanischen Staaten Befürchtungen einer „Kolonisierung durch Südafrika“ entstehen.



Verteilung von HIV/AIDS in Afrika, nach Angaben der Weltbank. Die Farbgebung verweist auf den Anteil an der Bevölkerung von unter 0,5% (Nordafrika) bis zu über 15% (Südafrika, Lesotho, Swaziland und Botswana). 70% aller HIV-infizierten Menschen leben in Afrika.

Südafrika gilt weiterhin als „Motor“ im afrikanischen Krisenmanagement. 2013 waren immerhin rund 70.000 afrikanische Soldaten an Friedensoperationen der UNO bzw. der AU in Afrika beteiligt. Es fehlt allerdings an Kapazitäten, vor allem im Management, an spezifischer Ausbildung und Ausrüstung für Friedenseinsätze. Wichtig ist für die Zukunft ein verstärktes Sicherheitsbewusstsein, auch über nationale Grenzen hinaus. Schlagworte wie „scenario planning“, „(good) governance“ und besseres „(security) management“ beherrschen die Diskussion. Experten kritisieren aber, dass die in Friedenseinsätzen erlernten „skills“, vor allem hinsichtlich der Kommunikation mit der Bevölkerung, nach der Rückkehr zu wenig kultiviert und vielfach vergessen werden.

Zu diesen Einsätzen kommen die Operationen der

Marine vor allem im Indischen Ozean, wo es neben der Sicherheit (Piraterie vor dem Horn von Afrika) vor allem um den Schutz der Fischfang-Interessen geht. Hier kritisieren Experten die „Sea-Blindness“ vieler afrikanischer Regierungen, die nicht in der Lage sind, die ausbeuterische und zerstörerische Fangtätigkeit europäischer (vor allem spanischer), chinesischer und japanischer Fangflotten zu stoppen. Die Entwicklung der Piraterie vor der somalischen Küste ist ja nur die bekannteste, schlimmste Folge dieser Entwicklung. Es fehlen maritime Sicherheitsstrategien. Südafrika verfügt als einzige afrikanische Macht über eine nennenswerte Marine. Immerhin hat die AU – mit starkem südafrikanischem Input – eine „integrated maritime strategy“ beschlossen.

Südafrika und die Welt

War Afrika lange auf Europa und „den Westen“ orientiert, so änderte sich das nach der Jahrtausendwende, wobei südafrikanische Experten auf die Irak-Invasion 2003 als Wendepunkt verwiesen. Das Irak-Abenteuer gilt als „neuer Imperialismus“, wobei (trotz der engen Handelsbeziehungen und der seit 2007 bestehenden „Strategischen Partnerschaft“ mit der EU) kaum zwischen Europa und den USA unterschieden wird. Die Intervention in Libyen 2011 hat diesen Eindruck noch verstärkt. Diese Interventionen werden als verfehlte Aktionen gesehen, um die herrschenden Machthaber zu beseitigen, ohne die Konsequenzen zu bedenken, wer die bestehenden Machtstrukturen ersetzen sollte.

Verbunden damit ist eine positivere Wahrnehmung der BRICS-Partner China und Indien. China engagiert sich finanziell immer stärker in Afrika, so wurde das neue AU-Hauptquartier von China finanziert. „FonKon“ („chinesisch“) gilt freilich als Synonym für billigen Ramsch. Botswana beendete sogar einen Vertrag zur Errichtung des neuen Flughafens von Gaborone und wies zahlreiche chinesische Arbeiter aus, wegen der schlechten Qualität der Arbeit. Die starke Präsenz der Chinesen etwa im Sudan wird kritisch gesehen, während man in Ostafrika eine neuerliche Kolonisation durch Inder befürchtet. Für Südafrika kommt dazu, dass der ANC in der „Kampfzeit“ zwar von der Sowjetunion und dem Westen, nicht aber von China unterstützt wurde (China unterstützte den Pan-Afrikanischen Kongress PAC), es daher auch keine Tradition der Beziehungen aus der Zeit des Kampfes gegen die Apartheid gibt.

Handelsbeziehungen mit Taiwan bestehen weiter.

Dass sich die USA inzwischen stärker in Afrika engagieren, wird vielfach als Reaktion auf die gestiegene chinesische Präsenz interpretiert und jedenfalls als ausschließlich den eigenen Interessen geschuldet. Ähnlich wird auch die EU-Operation „Atalanta“ vor der somalischen Küste gesehen. Der Tenor lautet: „Ihr seid nicht da, wenn wir Euch brauchen, sondern nur, wenn es um Eure Interessen geht.“

Ausblick

Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Engpässe bei Wasser-, aber auch Holzversorgung gelten als die eigentlichen Probleme des Kontinents. Immerhin rechnet man damit, dass Afrika 2050 über zwei Milliarden Einwohner haben wird, doppelt so viel wie heute. Gleichzeitig verschlechtern sich die Lebensbedingungen vieler Afrikaner, sterben weiterhin Hunderttausende Kinder vor ihrem fünften Lebensjahr. Hier zwischen „national security“ und „human security“ eine Balance zu finden, wird eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte bleiben.

Entwaldung und (teils kriminell organisierte) Wilderei (in Zimbabwe schätzt man den Verlust an Wildtieren im ersten Jahrzehnt seit 2000 auf über 60%) stellen Gefahren nicht nur für die afrikanische Natur dar, sondern auch für den – wirtschaftlich wichtigen – Fremdenverkehr. Dazu kommen die Gefahren durch die allgemein gefährdete Sicherheit. Beispiele dafür waren zuletzt die Anschläge auf Hotelanlagen an der kenianischen Küste im Juni 2014.

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNGEN UND KOOPERATIONEN IM GLOBALEN KONTEXT

Auch im ersten Halbjahr 2014 ist die globale Wirtschaftsentwicklung recht positiv verlaufen. Die Weltwirtschaft hat deutlich Fahrt aufgenommen und auch in Europa ist Wachstum feststellbar. Dennoch ist der Anstieg im Vergleich zu vergangenen Jahren als moderat zu bezeichnen. Weiterhin sind aber massive Anstrengungen notwendig, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu beseitigen und die teilweise erschreckend hohe Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Die OECD geht davon aus, dass das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten in den kommenden Jahren steigen, in den Schwellenländern aber leicht zurückgehen wird. Nachdem 2013 ja nur ein Wachstum von 2,4 Prozent zu verzeichnen war, ist laut OECD für 2014 von einem globalen Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent, laut IWF sogar von 3,7 Prozent, und 2015 immerhin von 3,9 Prozent auszugehen. Die Rahmenbedingungen haben sich dabei laut OECD vor allem in den Industriestaaten verbessert, während in den Schwellenländern diese weiterhin wachstumshemmend wirken. Auch für den IWF sind für die positive globale Entwicklung die Industriestaaten verantwortlich.

Die Weltbank geht wegen der Ukraine-Krise und des ungewöhnlich harten Winters in den USA inzwischen davon aus, dass die globale Wirtschaft etwas geringer wachsen wird, als noch Anfang des Jahres erwartet. Die globale Konjunkturprognose wurde daher gemäß dem jüngsten Weltwirtschaftsausblick um 0,4 Prozent auf 2,8 Prozent gekürzt. Für 2015 und 2016 geht die Weltbank unverändert von einem Wachstum um 3,4 beziehungsweise 3,5 Prozent aus. Besorgt äußerte sich die Weltbank zuletzt im Zusammenhang mit einer möglicherweise strengeren Geldpolitik in den Industriestaaten in den beiden kommenden Jahren.

Industriestaaten

Die OECD-Staaten steigern ihre Wirtschaftsleistung

von 1,2 Prozent im vergangenen Jahr, auf 2,3 Prozent im heurigen Jahr und 2,8 Prozent im kommenden Jahr. Die Wachstumsdynamik ist im OECD-Raum damit im Großen und Ganzen stabil.

Die Arbeitslosigkeit in den OECD-Staaten beginnt zwar wieder leicht zu fallen, aber ist mit 44 Millionen Arbeitslosen noch immer um ein Drittel höher als vor der Krise.

USA

Die US-Wirtschaft ist vor allem auf Grund der großen Kältewelle, die dem privaten Konsum und der Baubranche massiv zusetzte, sowie der Reduktion des milliarden schweren Wertpapierankaufprogramms der US-Notenbank Federal Reserve im Winter deutlich eingebrochen. Das BIP schrumpfte im ersten Quartal daher um 1,0 Prozent, wie den Zahlen des US-Handelsministeriums zu entnehmen ist. Im Vorjahr war die US-Wirtschaft noch um 2,6 Prozent gewachsen. Nach Ansicht der Fed wird sich das Wachstum jedoch rasch erholen und für das Gesamtjahr 2014 2,1 bis 2,3 Prozent betragen. Die OECD geht hingegen davon aus, dass die USA 2014 mit einem Wachstum von 2,6 Prozent, 2015 von 3,5 Prozent rechnen können.

Die Weltwirtschaft hat 2014 deutlich Fahrt aufgenommen, der Anstieg ist jedoch im Vergleich zu vergangenen Jahren moderat. Es ist zu erwarten, dass das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten in den kommenden Jahren steigen, in den Schwellenländern aber leicht zurückgehen wird. Die Euro-Zone war in der Lage die Mitte 2013 eingeleitete Trendwende weiterzuführen und wird 2014 zwischen 1,0 und 1,2 Prozent zulegen. Dennoch zeigt sich in Europa weiterhin eine tiefe Spaltung zwischen den europäischen (Wirtschafts-)Kernstaaten und seiner südlichen Peripherie. Auch auf Grund der zuletzt wieder schlechteren Beziehungen zum Westen ist mit einer stärkeren wirtschaftlichen Kooperation zwischen Russland und China zu rechnen.

Der US-Arbeitsmarkt hat die Folgen der schweren Rezession während der Finanzkrise inzwischen hinter sich gelassen und wieder das Niveau von Januar 2008 erreicht. Die Arbeitslosenquote beträgt derzeit 6,3 Prozent. Problematisch ist jedoch die hohe Zahl von

Langzeitarbeitslosen und Teilzeitbeschäftigten. Der Arbeitsmarkt ist damit vorerst noch die Schwachstelle der US-Wirtschaft. Für die US-Notenbank ist der Arbeitsmarkt aber ein entscheidender Faktor für geldpolitische Entscheidungen, unter anderem bezüglich der Ende 2013 begonnenen Reduzierung der monatlichen Anleihenkäufe von ursprünglich 85 Milliarden USD sowie der Festlegung der Leitzinsen. Die Federal Reserve hat zuletzt im Juni 2014 entschieden die monatlichen Anleihenkäufe um weitere 10 Milliarden USD auf nunmehr 35 Milliarden USD zu reduzieren. Es ist durchaus möglich, dass dieses Programm noch 2014, spätestens aber 2015 beendet wird. Die Leitzinsen verbleiben aber vorerst auf dem seit 2008 festgelegten Rekordtief von 0,00 bis 0,25 Prozent. Mit ersten Zinserhöhungen ist in den USA erst 2015 zu rechnen.

Transatlantic Trade and Investment Partnership

Die USA planen zurzeit zwei große Freihandelsabkommen abzuschließen. Zum einen verhandeln sie mit elf Pazifik-Staaten, darunter Australien, Mexiko, Japan und Peru über einer Vertiefung der Trans Pacific Partnership (TPP). Darüber hinaus soll mit der EU die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) abgeschlossen werden. Es ist davon auszugehen, dass die USA mit TPP und TTIP klare geo-strategische Ziele verfolgen und versuchen werden, ihre hegemoniale Position im Sinne einer Weltwirtschaftsordnung unter amerikanischer Führung abzusichern.



Transatlantic Free Trade Area

Die Verhandlungen zwischen den USA und der EU über die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) werden vor allem in der europäischen Öffentlichkeit sehr kritisch beobachtet. Das TTIP soll die beiden relevantesten Wirtschaftsmächte der Welt zusammenführen und zu Wachstum, Wettbewerb, niedrigeren Preisen und neuen Jobs führen. Die Tatsache, dass die Gespräche geheim und ohne Mitwirkung der Parlamente stattfinden, führt nicht nur zu Kritik an der mangelnden demokratischen Kontrolle, sondern auch zur Befürchtung, dass Interessen der Industrie, insbesondere der großen Konzerne, nicht jedoch Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitnehmerstandards Berücksichtigung finden. Die strategische und geopolitische Dimension des TTIP ist jedenfalls die Realisierung bzw. Stärkung eines Wirtschaftsblocks zur Erhaltung der starken wirtschaftlichen Position der westlichen Partner innerhalb der globalen Wirtschaft und die Eindämmung der russisch-chinesischen Achse bzw. der aufstrebenden asiatischen Mächte. Die TTIP würde aber auch – in Ergänzung zur NATO – die Stärkung der transatlantischen Beziehungen in sicherheitspolitischer Hinsicht sicherstellen.

Europa

Die Euro-Zone war in der Lage die Mitte 2013 eingeleitete Trendwende weiterzuführen und wird laut OECD 2014 zumindest 1,2 Prozent, 2015 1,7 Prozent zulegen. Die IWF-Prognose ist etwas vorsichtiger und geht von 1,0 Prozent bzw. 1,4 Prozent Zuwachs aus. In der im Mai veröffentlichten Frühjahrsprognose zeigte sich die Europäische Kommission zuversichtlich, dass das Wachstum in Europa auf breiterer Basis erfolgen werde. Im Jahr 2014 wird die EU-Wirtschaft gemäß Prognose der EU-Kommission voraussichtlich um 1,6 Prozent wachsen, in der Eurozone um 1,2 Prozent. Die Prognosen der Weltbank für die Eurozone sind ähnlich und liegen bei 1,1 Prozent. 2015 wird eine Steigerung auf 1,8 Prozent erwartet. Die Europäische Zentralbank wiederum reduzierte im Juni die Wachstumsprognosen auf 1 Prozent und erwartet für 2015 ein Wachstum von 1,7 Prozent.

Für Griechenland erwartet die OECD 2014 noch ein Negativ-Wachstum von -0,3 Prozent, das 2015 jedoch in ein Plus von 1,9 Prozent drehen sollte. Slowenien (0,3 Prozent), Italien (0,5 Prozent), Frankreich (0,9 Prozent), und die Niederlande (1 Prozent) können dieses Jahr

moderate Steigerungen erwarten. Deutschland und Irland mit 1,9 Prozent sind auch 2014 die Lokomotiven der europäischen Wirtschaftsentwicklung. Aber auch das vormalige Krisenland Spanien kann mit einem BIP-Anstieg von 0,6 bzw. 0,8 Prozent rechnen. Die Zahlen des ersten Quartals lassen aber vor allem hinsichtlich Frankreich und Italien eine Reduktion der Prognosen befürchten. Im ersten Quartal hatte das Wachstum in zahlreichen Euroländern enttäuscht, obwohl Frühindikatoren in die andere Richtung gezeigt hatten. Das französische BIP stagnierte von Januar bis März im Vergleich zum Vorquartal. Im Euroraum wuchs die Wirtschaft im gleichen Zeitraum um 0,2 Prozent, in Deutschland sogar um 0,8 Prozent. Damit wackeln auch Frankreichs Ziele für die Konsolidierung des Haushaltes. Denn in den nächsten drei Quartalen bräuchte das Land jeweils ein Wachstum von 0,5 Prozent, um das von der Regierung für 2014 angepeilte Plus von einem Prozent zu schaffen. Frankreich leidet dabei unter einer hohen Arbeitslosigkeit, die den privaten Konsum belastet. Präsident Francois Hollande will mit Reformen und Steuerentlastungen das Ruder herumreißen.

Vor allem Deutschland bewahrt die Euro-Zone vor dem Konjunkturstillstand. Höhere Investitionen, und Verbraucherausgaben ließen das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,8 Prozent wachsen. Das ist doppelt so viel wie Ende 2013. Die Bundesregierung rechnet daher für 2014 mit einem Wachstum von 1,8 Prozent, 2015 von 2,0 Prozent.

Dennoch zeigt sich weiterhin eine tiefe Spaltung zwischen den europäischen (Wirtschafts-)Kernstaaten und seiner südlichen Peripherie. Die Nationalwirtschaften Deutschlands und der wirtschaftlich eng mit Deutschland verbundenen Staaten, wie Österreich, Tschechien, die Slowakei und Polen, werden weiterhin ein moderates Wachstum und geringe Arbeitslosigkeit realisieren. Frankreich und die südeuropäischen Staaten Griechenland, Spanien und Italien müssen jedoch weiterhin mit niedrigem Wachstum und vor allem hoher Arbeitslosigkeit rechnen. Dies birgt jedoch die Gefahr von Auseinandersetzungen bezüglich fundamental konträrer Zielsetzungen über die Zukunft des Euro und der Europäischen Zentralbank (EZB) in sich. Dem deutschen Wunsch nach Haushaltsstabilität steht bekanntermaßen traditionell die französische Position entgegen, die eine einseitige Orientierung an Budgetstabilität ablehnt und mittels staatlicher Intervention der Wirtschaft

Impulse versetzen möchte. Französische Forderungen nach einer Art europäischer Wirtschaftsregierung wurden in Deutschland bisher immer abgelehnt um die Unabhängigkeit der EZB zu garantieren.

Eine neuerliche Zinssenkung sowie weitere Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur durch die EZB waren angesichts der Schwächen im ersten Quartal 2014 erwartet worden und die EZB senkte im Juni ihren Leitzins auch auf ein Rekordtief. Auch angesichts der zuletzt sehr niedrigen Inflationsrate wurde der Zins, zu dem sich Geschäftsbanken bei der Notenbank Geld leihen können, auf 0,15 Prozent gesenkt. Gleichzeitig kündigte EZB-Präsident Mario Draghi an, dass die europäische Notenbank die Zinsen noch über einen längeren Zeitraum auf dem aktuellen Niveau belassen wird. Eher von symbolischer Bedeutung ist, dass der Einlagensatz, zu dem Banken kurzfristig Geld bei der EZB hinterlegen, erstmals negativ, konkret minus 0,10 Prozent, ist. Die tiefen Leitzinsen bewirken jedenfalls, dass sich die europäischen Staaten so günstig wie seit hundert Jahren nicht mehr verschulden können.

Kritiker der jüngsten EZB-Beschlüsse vermerken demnach auch, dass eine Umverteilung von Gläubigern zu Schuldnern, von Privat zu Staat und von Nord nach Süd im Gange sei. Frankreich hingegen leidet zunehmend unter der Binnenwährung, die für ihre Begriffe viel zu stark ist. Entsprechend laut ist die Kritik in Paris an der EZB und der Deutschen Bundesbank. Auch Präsident François Hollande zeigte sich im EU-Wahlkampf über den hohen Kurs der Binnenwährung besorgt. Die große Gefahr besteht, dass Finanz- und Geldpolitik die EU und die europäische Gesellschaft spalten.

Eine besondere Rolle spielt derzeit aber auch Großbritannien: Mit laut OECD erwarteten 3,2 Prozent ist die britische Wirtschaft 2014 die am schnellsten wachsende der führenden Industrienationen. Gleichzeitig werden die Exporte vor allem in den asiatischen Raum massiv ausgedehnt. Die politische Brisanz dieser Situation ist jedoch die immer stärkere Abwendung der führenden britischen Politiker von Kontinentaleuropa und der EU.

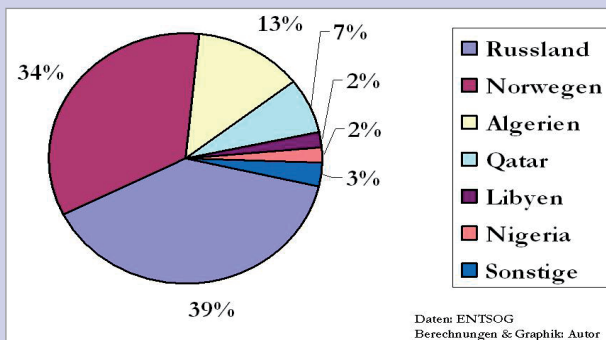
Österreich

Auch die Erholung der österreichischen Wirtschaft gewinnt an Dynamik. Grundlage dafür sind das Export-Marktwachstum und allgemein günstige

Finanzierungsbedingungen. Die Wirtschaftsforscher der OECD gehen zwar davon aus, dass der private Konsum vorerst zwar noch etwas gedämpft ist, aber demnächst wieder verstärkt wirtschaftsbelebend wirken wird. 2014 ist daher für Österreich eine Wachstumsrate von 1,5 Prozent, 2015 eine von 2 Prozent zu erwarten. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bleibt jedoch vorerst weitgehend auf der Strecke. Die Experten der OECD empfehlen die weitere Konsolidierung auf Ausgabenreduzierung zu konzentrieren.

Auswirkungen der Ukraine-Krise

Der Ukraine-Konflikt hat die wechselseitige Abhängigkeit Europas und Russlands in Energiefragen wieder deutlich aufgezeigt. Die volle Funktionsfähigkeit der europäischen Industrie ist von Gaslieferungen aus Russland abhängig. Gleichzeitig sind für Russland die langfristigen Einnahmen aus dem Rohstoff- und Energieexporten von essentieller Bedeutung. Russlands Position hat sich diesbezüglich etwas verbessert, als zuletzt das seit zehn Jahren verhandelte Abkommen zur Lieferung von russischem Erdgas nach China abgeschlossen wurde. Damit konnte Russland die einseitige Abhängigkeit zu Europa reduzieren und seine Abnehmer stärker diversifizieren. Allerdings sind sich alle Parteien grundsätzlich einig, dass Erdgas und Erdöl nicht als Instrumente im aktuellen Konflikt zwischen dem Westen und Russland dienen sollen.



Europas Erdgaslieferanten

Dennoch sorgt vor allem das sogenannte dritte Energiepaket der EU für Konflikte: Einerseits wurde zuletzt auf Druck der EU das South Stream-Projekt unterbrochen, andererseits hat Russland bei der Welthandelsorganisation WTO eine Klage gegen die EU eingereicht.

Wachstumsmärkte

Das Wirtschaftswachstum der großen Wachstumsmärkte hat sich verlangsamt, wie der OECD-Frühindikator CLI

des letzten halben Jahres für China, Indien, Südkorea, Japan und Indonesien zeigt. Der MSCI Emerging Market Index, der das Vertrauen der Investoren in den Aufstieg dieser Länder am besten widerspiegelt, ist im letzten Jahr um acht Prozent gesunken. Bereits im Vorjahr war es weltweit zu massiven Störungen am Kapitalmarkt der Wachstumsmärkte gekommen, nachdem die Ankündigung einer künftig weniger lockeren Geldpolitik in den USA zu einem Abfluss von Kapital geführt hatte. Besonders betroffen waren die Länder, die ihr Wirtschaftswachstum mit kurzfristigen Kapitalimporten finanziert hatten und deshalb hohe Leistungsbilanzdefizite aufweisen. In Folge mussten beispielsweise die Notenbanken Russlands, der Türkei, Südafrikas, Brasiliens, Indonesiens, Indiens und Thailands ihre Leitzinsen teils drastisch anheben. Die Zinsen in diesen Ländern bewegen sich zwischen 5,5 Prozent und 12 Prozent. Damit soll der Abfluss von Kapital verhindert und die Inflation gedrosselt werden. Die Gefahr besteht aber, dass höhere Zinsen das ohnehin schwache Wachstum bremsen. Währungsabwertungen in einigen dieser Länder halfen jedoch teilweise die Leistungsbilanz-Defizite zu korrigieren. Wenn sich die US-Geldpolitik in den nächsten Jahren endgültig normalisiert und die langfristigen Zinsen steigen, ist mit weiteren Unsicherheiten zu rechnen. Nach aktuellen OECD-Prognosen wird das Wachstum in den BRIICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, Indonesien, China und Südafrika) 2014 5,3 Prozent und 2015 5,7 Prozent betragen. China wird dabei mit fast 7,5 Prozent auch in diesem und im nächsten Jahr das größte Wachstum realisieren.

Für die Wachstumsmärkte geht es mittel- und langfristig vor allem darum, ihre wirtschaftliche Entwicklung auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen. China muss seinen Binnenkonsum stärken, Brasilien und Russland ihre Abhängigkeit von Rohstoffexporten verringern und eine moderne Industrie aufbauen, Indien, das gerade eine neue Regierung gewählt hat, seinen langen Reformstau abbauen.

Für Russland war bereits vor der Ukraine-Krise auf Grund politische Unsicherheit und geringe Investitionsbereitschaft nur ein Wachstum von 2,0 Prozent erwartet worden. Der Konflikt mit der Ukraine hat jedoch für die russische Wirtschaft negative Konsequenzen und daher ist inzwischen mit einem negativen Wachstum zu rechnen.

Russisch-chinesische Achse

Die zuletzt zwischen Russland und China abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen haben das Potential, die Wirtschaft beider Länder anzukurbeln. Russland wird bekanntlich China zukünftig vermehrt mit Erdgas und anderen Rohstoffen beliefern, während chinesischen Investoren, insbesondere chinesischen Staatskonzernen, Zugang zur russischen Infrastruktur, Luftfahrt- und Fahrzeugindustrie und Kraftwerken ermöglicht wird.

Auch auf Grund der zuletzt wieder schlechteren Beziehungen zwischen dem Westen und Russland und der gleichzeitigen Intensivierung der Spannungen im Chinesischen Meer ist mit einer stärkeren wirtschaftlichen Kooperation zwischen diesen Staaten und ihren Partnern zu rechnen.

Die chinesische Regierung erhöhte auf Grund der Konjunkturabkühlung ihre Staatsausgaben zuletzt um fast ein Viertel. Insbesondere die Infrastruktur wie Schienennetze aber auch der öffentliche Wohnbau werden angekurbelt. Die chinesische Zentralbank senkte überdies den Mindestreservesatz für Banken in ländlichen Regionen, die Kredite an landwirtschaftliche Betriebe sowie kleinere und mittlere Firmen vergeben. Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt jedoch davor, die Abschwächung des chinesischen Wirtschaftswachstums zu bekämpfen sondern empfiehlt gegen die Verschuldung und Risiken im Finanzsystem vorzugehen. Chinas Ministerpräsident Li Keqiang hatte diesbezüglich zwar im April behauptet, dass es keine kurzfristigen Konjunkturprogrammen zur Ankurbelung der chinesischen Wirtschaft geben werde und sagte in einer Rede auf dem asiatischen Wirtschaftsforum in Boao, dass China „nicht Zuflucht in kurzfristigen Stimulusmaßnahmen suchen“ werde. Trotz des langsameren Wachstums strebt die chinesische Regierung vor allem nachhaltige, strukturelle Reformen an. Angesichts schwacher Konjunkturdaten in China relativierte Ministerpräsident Li Keqiang das selbst gesteckte Wachstumsziel von „rund 7,5 Prozent“ in diesem Jahr. Ob es „etwas mehr oder weniger“ werde, sei nicht entscheidend, solange genug Arbeitsplätze geschaffen würden, erklärte Li Keqiang. 2013 waren das zweite Jahr in Folge 7,7 Prozent erreicht worden - so wenig wie seit den 90er Jahren nicht mehr. Für 2014 werden China von der Weltbank bzw. dem IWF 7,6 Prozent Wachstum, für

2015 7,3 Prozent prognostiziert. Unabhängig von mehr oder weniger kurzfristigen staatlichen Interventionen wird langfristig entscheidend sein, ob China den Umstieg von einer export- und investitionsgetriebenen zu einer mehr auf dem inländischen Konsum basierenden Wirtschaft schafft. China hat sich ja zum Ziel gesetzt, nicht nur Umstrukturierung, Modernisierung und Produktivitätssteigerung der Industrie weiter voranzutreiben, sondern auch den rückständigen Westen des Landes intensiver in den Wachstumsprozess einzubeziehen. Dadurch soll die heimische Nachfrage angekurbelt werden.

Entwicklungs- und Schwellenländer

In den Entwicklungs- und Schwellenländern bleibt das Wachstum 2014 bereits zum dritten Mal in Folge unter 5 Prozent. Dies ist jedoch zu wenig, um ausreichend Arbeitsplätze für die wachsende Bevölkerung zu schaffen. Für 2014 erwartet die Weltbank für die Entwicklungs- und Schwellenländer ein Wachstum von 4,8 Prozent. 2015 sollte die Wirtschaft dieser Staaten um 5,4 Prozent wachsen.

Damit kann die Wirtschaft dieser Länder jedoch keinen relevanten Beitrag zur Absicherung des sozialen Friedens leisten. Vor allem der Zuwachs an Arbeitsplätzen kann mit der demographischen Entwicklung kaum Schritt halten. Soziale Konflikte vor allem mit der jüngeren Generation sind daher zu erwarten. Um langfristig Wachstum sicherstellen zu können, muss deutlich mehr in Produktionskapazitäten sowie die Steigerung der Produktivität investiert werden. Ohne tiefgreifende Reformen wird die wirtschaftliche Schwäche in den Schwellenländern anhalten und diese wohl nicht so bald auf den Wachstumspfad zurückkehren. Weltbank-Präsident Jim Yong Kim erklärte zuletzt, dass die Länder „rascher agieren und mehr in Strukturreformen investieren müssen, um einen breiten wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen, der sie auf Niveaus führt, die wir brauchen, um die extreme Armut innerhalb unserer Generation zu beseitigen.“

KONFERENZEN UND ABKOMMEN

Eurasische Wirtschaftsunion

Am 29. Mai unterzeichneten in der kasachischen Hauptstadt Astana die Präsidenten Russlands, Kasachstans und Weißrusslands das Gründungsdokument zur Eurasischen Wirtschaftsunion. Der Beitritt von Armenien soll bis zum 1. Juli erfolgen, mit Kirgistan wurde über einen Fahrplan für die Mitgliedschaft diskutiert. Als Fernziel, nach der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, sei eine Eurasische Union mit einer verstärkten politischen und militärischen Kooperation vorgesehen.

Die Idee einer Eurasischen Union wurde erstmals 1994 vom kasachischen Präsidenten Nasarbajew formuliert. Putin stellte seine Vision 2011 vor.



Eurasische Wirtschaftsunion

Ab Januar 2015 soll zwischen den Mitgliedsländern der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen möglich sein und eine bessere Abstimmung der Energie-, Industrie- und Verkehrspolitik stattfinden. Die drei Länder würden „eine fundamental neue Ebene der Zusammenarbeit erreichen“, sagte Putin bei der Unterzeichnung. Das neue Bündnis vertieft die Zollunion zwischen den Ländern, die bereits seit 2010 besteht.

Die drei Gründungsstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion haben zusammen eine Bevölkerung von 170 Millionen, d.h. etwa die Hälfte der USA oder ein Drittel der EU. Die gemeinsame Wirtschaftsleistung der drei Länder beträgt rund 2,7 Billionen USD, diejenige der USA und der EU jeweils um die 16 Billionen USD.

3. „Nuclear Security Summit“ in Den Haag

Am 24. und 25. März fand in Den Haag, deutlich geprägt von der Krise in der Ukraine, der 3. „Nuclear Security Summit“ (NSS) statt. Der Gipfel wurde 2009 von Präsident Obama initiiert. 35 von 53 Staaten sprachen sich beim diesjährigen Gipfel für eine bessere Überwachung ihres Nuklearmaterials aus und sagten zu, internationale Richtlinien zur Atomsicherheit der IAEA in nationale Gesetze überzuführen. Die Staaten werden auch verpflichtet, die Sicherheitsstandards ihrer Atomprogramme von unabhängiger Stelle prüfen zu lassen. Ziel der Initiative ist es, internationale Gesetze zu schaffen, mit denen der Diebstahl von nuklearem Material durch Terroristen verhindert werden kann. Bis jetzt gibt es nur allgemeine Richtlinien der IAEA zum Schutz der Bestände von Uran oder Plutonium, die z.B. für Krankenhäuser oder Kernkraftwerke gebraucht werden.

Der nächste „Nuclear Security Summit“ findet 2016 in den USA statt. Wie der Prozess über Obamas Präsidentschaft hinaus fortgesetzt wird, ist offen. Ebenso, ob er auch, wie unter anderem vom Schweizer Bundespräsidenten Burkharter vorgeschlagen, auf Abrüstungsfragen und die Non-Proliferation ausgedehnt wird.

Schlussklärung des Nuclear Security Summit: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/141885.pdf

STUDIEN UND BERICHTE

EMCDDA – „Drogenbericht 2014“

Am 27. Mai wurde in Lissabon der rund 90 Seiten starke „Drogenbericht 2014“ von der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction/EMCDDA) präsentiert.

Nach dem Bericht starben 2012 6.100 Personen im EU-Raum aufgrund direkten oder indirekten Drogenkonsums (2011: 6.500; 2009: 7.100) mehrheitlich durch Opioide wie Heroin, nicht zuletzt aber auch durch synthetische Ersatzstoffe. Im Durchschnitt sind dies 17 Menschen je einer Million Einwohner. In fünf EU-Staaten überstiegen die letalen Fälle den Wert aber um das Dreifache: Estland (191 Fälle pro einer Million Einwohner), Norwegen (76), Irland (70), Schweden (63) und Finnland (58). Österreich lag mit 28 Fällen ebenfalls über dem Schnitt.

Die Heroinproduktion ist insgesamt rückläufig, doch gibt es in Europa weiterhin rund 1,3 Millionen Personen mit problematischem Opioidkonsum. Im Allgemeinen ist eine Ablösung von Heroin durch andere Substanzen, wie etwa synthetische Opioide, zu beobachten. Neben illegal hergestellten Produkten handelt es sich dabei auch um aus medizinischen Quellen abgezweigte Substanzen. Dazu zählen etwa die hochpotenten Fentanyl und bei der Substitutionsbehandlung eingesetzte Substanzen (Methadon, Buprenorphin).

Bei den Stimulanzien blieben der Konsum von Kokain (0,9 Prozent Erwachsene, 1,7 Prozent Junge) und Amphetaminen (0,4 Prozent Erwachsene, 0,9 Prozent Junge) relativ stabil, in der Verteilung wurde weiterhin ein West-Ostgefälle beobachtet.

Cannabis blieb die am weitesten verbreitete verbotene Droge. 18,1 Millionen, d.h. 5,3 Prozent der Erwachsenen (im Alter zwischen 15 und 64 Jahren) haben im vergangenen Jahr Cannabis konsumiert. 14,6 Millionen (11,2 Prozent) sind es bei den jungen Erwachsenen bis 34 Jahre.

Einen steigenden Handlungsbedarf sieht EMCDDA

bei der Entwicklung sogenannter neuer psychoaktiver Substanzen (NPS), die zusehends die herkömmlichen Drogen ersetzen würden. Inzwischen ist man hier bei 350 verschiedenen Produkten angelangt, 81 Neumeldungen gab es im Jahr 2013, 2014 hatte die EMCDDA bisher Kenntnis von 37 neuen NPS. Als Gründe hierfür werden der relativ billige Preis bis zum Verkauf dieser Drogen als vermeintlich legale Alternativen („Legal Highs“) sowie der Wunsch der Konsumenten nach einem neuen „Kick“ genannt. Die vielen neuen NPS würden dafür zeugen, dass Profis am Werk sind. Es ist sicher nicht nur ein europäisches Thema, viel wird in China und Indien hergestellt. Vertriebswege per Internet machen es den Konsumenten leicht, an die Substanzen zu kommen.

Quelle: http://www.emcdda.europa.eu/attachements.cfm/att_228272_DE_TDAT14001DEN.pdf

ILO – „World of Work Report 2014 – Developing with Jobs“

Am 27. Mai veröffentlichte die Internationale Arbeitsorganisation ILO den „World of Work Report 2014 – Developing with Jobs“. In dem mehr als 200 Seiten starken Report berichtet die ILO, dass in den vergangenen Jahrzehnten das Pro-Kopf-Einkommen in den 140 untersuchten Entwicklungs- und Schwellenländern stärker gewachsen ist als in den Industriestaaten. Während in den Entwicklungs- und Schwellenländern im Zeitraum von 1980 bis 2011 im Durchschnitt ein Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens von 3,3 Prozent zu verzeichnen war, belief sich der entsprechende Wert in den Industriestaaten auf nur 1,8 Prozent. Zur gleichen Zeit nahm die Zahl der qualifizierten Arbeitsplätze stärker zu als in den Industriestaaten.

Parallel zu diesem Trend nahm in den Entwicklungs- und Schwellenländern auch die Zahl von „formellen Arbeitsplätzen“, das heißt von Stellen mit einem vertraglich geregelten Arbeitsverhältnis und dem Anspruch des Arbeitnehmers auf gewisse Sozialleistungen, zu.

Die ILO hält aber auch fest, dass in den Entwicklungs- und Schwellenländern immer noch mehr als die Hälfte der arbeitenden Personen, rund 1,5 Mrd. Menschen, im „informellen Sektor“ tätig sei. Dies bedeutet, sie verfügen über kein gesichertes Einkommen, oder falls sie in einem Familienbetrieb arbeiten, beziehen sie in der Regel keinen Lohn. Am weitesten verbreitet ist der „informelle

Sektor“ immer noch im Südosten Asiens sowie in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Die ILO geht zudem davon aus, dass trotz den in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Fortschritten rund 839 Mio. Menschen weniger als 2 USD pro Tag verdienen.

Quelle: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_243961.pdf

ILO – „Profits and Poverty: The Economics of Forced Labor“

Am 20. Mai veröffentlichte die in Genf ansässige International Labor Organisation ihren Report zur Zwangsarbeit mit dem Titel „Profits and Poverty: The Economics of Forced Labor“. Gemäß dem Report belaufen sich die Einnahmen auf 150 Milliarden USD pro Jahr. Fast zwei Drittel dieser illegalen Gewinne, d.h. 99 Milliarden USD, entstehen durch Zwangsprostitution. 34 Milliarden USD werden laut ILO im Bauwesen, Fabriken, dem Bergbau und bei deren Zulieferern mit Zwangsarbeit erwirtschaftet. Neun Mrd. USD entfielen auf die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei; acht Milliarden USD auf private Haushalte, die ihren Beschäftigten gar keinen oder viel zu geringen Lohn zahlten. Betroffen seien weltweit 21 Millionen Männer, Frauen und Kinder.

Am stärksten sei Zwangsarbeit bei einem sehr hohen Anteil von sexueller Ausbeutung in Asien verbreitet, gefolgt von entwickelten Volkswirtschaften einschließlich der EU.

Quelle: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---declaration/documents/publication/wcms_243391.pdf

Bericht UNHCR und NRC: „Global Overview 2014. People internally displaced by conflict and violence“

Am 14. Mai veröffentlichte der Norwegische Flüchtlingsrat (NRC) gemeinsam mit dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR in Genf einen Bericht zur Situation von Binnenflüchtlings. Dem Bericht zufolge wurden aufgrund von bewaffneten Konflikten so viele Menschen wie wahrscheinlich nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg im eigenen Land in die Flucht getrieben. Laut dem UN-Bericht waren Ende 2013 33,3 Millionen Menschen Binnenflüchtlinge. Das seien 4,5 Millionen Menschen mehr als 2012. Der

Anstieg der Binnenvertreibung setzt sich dem Bericht zufolge besonders stark durch den Bürgerkrieg in Syrien fort. Dort ergreife etwa alle 60 Sekunden eine Familie die Flucht, täglich mache der Krieg 9.600 Syrer zu Vertriebenen im eigenen Land. Weit mehr als 6,5 Millionen Syrer sind derzeit Binnenflüchtlinge, weitere mehr als 2,5 Millionen Syrer sind bisher in andere Staaten geflohen. Dahinter folgten laut UNHCR Kolumbien mit 5,7 Millionen Binnenflüchtlings und Nigeria mit 3,3 Millionen Menschen. In der Demokratischen Republik Kongo wurden 2,9 Millionen Menschen vertrieben, während im Sudan 2,4 Millionen Männer, Frauen und Kinder vor Gewalt und Unterdrückung flohen. Damit leben in den fünf Ländern Syrien, Kolumbien, Nigeria, Demokratische Republik Kongo sowie Sudan nach UNHCR-Angaben 63,3 Prozent aller Binnenflüchtlinge. Hinzu kämen in jüngster Zeit noch Ströme von Binnenflüchtlings durch den blutigen Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik. Besorgniserregend sei auch, dass durchschnittlich 17 Jahre vergehen, ehe Binnenvertriebene in ihre Wohngebiete zurückkehren.

Quelle: <http://www.internal-displacement.org/assets/library/Media/201405-globalOverview-2014/7.-201405-global-overview-2014-en-embargoed.pdf>

Amnesty International – „Folter 2014. 30 Jahre gebrochene Versprechen“

Am 13. Mai veröffentlichte Amnesty International den Bericht „Folter 2014. 30 Jahre gebrochene Versprechen“. Dem rund 40seitigen Bericht zufolge hat Amnesty International in den vergangenen fünf Jahren Folter und Misshandlung in 141 Ländern dokumentiert und gibt einen Überblick darüber, wie und wo Folter heute angewendet wird. Außerdem werden verschiedene Foltermethoden beschrieben.

Eine gemeinsam mit dem Bericht veröffentlichte weltweite Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass fast die Hälfte der Menschheit (44 Prozent) noch immer in Angst vor schrecklichen Misshandlungen lebt. 30 Jahre nach Inkrafttreten der UNO-Konvention gegen Folter müsse deshalb nun endlich sichergestellt werden, dass diese umgesetzt wird. Mit dem Ziel, alle Menschen vor Folter zu schützen, startet Amnesty deshalb eine weltweite Stopp-Folter-Kampagne. Insbesondere werden die Mitglieder darin aufgerufen, sich gegen Folter in folgenden fünf Ländern einzusetzen: Marokko, Usbekistan, Nigeria, Mexiko und Philippinen.

Eines der größten Probleme sei Straffreiheit, denn Folter bleibe in der Regel ungesühnt. Laut der Umfrage, für die zwischen Dezember 2013 und April 2014 über 21.000 Personen in 21 Ländern (Österreich war nicht darunter) befragt wurden, sprechen sich 82 Prozent für klare Gesetze gegen Folter aus. Etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) findet übrigens, dass Folter in manchen Fällen gerechtfertigt ist, wenn sie zum Schutze der Bevölkerung dient.

Seit 1984 haben 155 Staaten die Uno-Konvention gegen Folter ratifiziert. Das Folterverbot gilt absolut und ohne Ausnahme weltweit, weil es zum zwingenden Völkerrecht gehört.

Quelle: http://www.amnesty.ch/de/themen/folter/dok/2014/neue-kampagne/Folter2014_GebrocheneVersprechen.pdf

WHO – „World Health Statistics 2014“

Am 13. Mai veröffentlichte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Weltgesundheitsbericht 2014. Gemäß dem Bericht hat sich die Lebenserwartung der Menschen deutlich erhöht. So wird ein 2012 geborenes Kind im Schnitt rund 73 Jahre (Mädchen) bzw. 68 Jahre (Buben) alt werden. Damit hat es eine sechs Jahre höhere Lebenserwartung als ein Kind, das 1990 auf die Welt kam.

Nach wie vor werden Frauen älter als Männer. Bei den Frauen steht Japan mit einer durchschnittlichen prognostizierten Lebenszeit von 87 Jahren an der Spitze, bei den Männern ist es Island mit 81 Jahren. Die Statistik bezieht sich auf Vorhersagen für den Geburtsjahrgang 2012.

Die weitaus größten Fortschritte gäbe es zwischen 1990 und 2012 in den armen Weltregionen, wo die Lebenserwartung in den Entwicklungsländern um neun Jahre stieg. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass heute viel weniger Kinder sterben, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen. Dennoch gibt es immer noch eine tiefe Kluft zwischen Arm und Reich. Menschen in Ländern mit hohen Einkommen haben eine viel bessere Chance, lange zu leben, als jene in Ländern mit geringen Einkommen. Der Unterschied in der Lebenserwartung von Männern und Frauen ist in reichen Ländern mit rund sechs Jahren stärker ausgeprägt als in Entwicklungsstaaten, wo er bei drei Jahren liegt.

Am geringsten ist die Lebenserwartung in neun afrikanischen Ländern: Angola, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Elfenbeinküste, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Mosambik, Nigeria und Sierra Leone. Hier werden die Menschen im Schnitt nicht einmal 55 Jahre alt.

Auch zeigt der Bericht auf, dass in 22 afrikanischen Ländern 70 Prozent der durch einen frühzeitigen Tod verlorenen Lebensjahre auf Infektionskrankheiten und damit verbundene Beschwerden zurückgehen. In 47 vergleichsweise reichen Staaten sind dagegen mehr als 90 Prozent der verlorenen Lebensjahre auf nicht-übertragbare Krankheiten (beispielsweise Herzinfarkt und Diabetes) sowie Unfälle zurückzuführen.

Prognostizierte Lebenserwartung der Frauen	Prognostizierte Lebenserwartung der Männer
Japan (87,0 Jahre)	Island (81,2)
Spanien (85,1)	Schweiz (80,7)
Schweiz (85,1)	Australien (80,5)
Singapur (85,1)	Israel (80,2)
Italien (85,0)	Singapur (80,2)
Frankreich (84,9)	Neuseeland (80,2)
Australien (84,6)	Italien (80,2)
Südkorea (84,6)	Japan (80,0)
Luxemburg (84,1)	Schweden (80,0)
Portugal (84,0)	Luxemburg (79,7)

Übersicht: Altersprognosen für den Geburtsjahrgang 2012

Oxfam - „Hot and Hungry: How to stop climate change derailing the fight against hunger“

Am 31. März stellte die unabhängige Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam anlässlich der Konferenz des Weltklimarates (IPCC) in Japan die Kurzstudie „Hot and Hungry: How to stop climate change derailing the fight against hunger“ vor. Die Studie geht davon aus, dass die Erderwärmung Ernten und die Nahrungsmittelproduktion früher und stärker beeinträchtigen wird als bisher angenommen.

Oxfam hat anhand von zehn Faktoren analysieren lassen, wie unvorbereitet die Welt auf die Auswirkungen des Klimawandels ist. In vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas fehlen beispielsweise die finanziellen

Mittel, um zukünftige Ernten vor klimatisch bedingten Ausfällen zu schützen. Die betroffenen Regionen wären auf Unterstützung reicherer Länder angewiesen, doch diese hätten zwischen 2010 und 2012 im Schnitt nur rund zwei Prozent der Mittel zur Verfügung gestellt, die nach Schätzungen der Weltbank erforderlich wären. Kommt es zu Überschwemmungen oder sonstigen Katastrophen, sind die betroffenen Länder auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen. Hier hat sich die Lücke zwischen erforderlichen und vorhandenen Mitteln laut Oxfam seit 2001 verdreifacht. Die globalen Getreidevorräte befinden sich wiederum auf einem historischen Tiefstand. Mit ihnen lassen sich plötzliche Preissprünge wegen Ernteaussfällen infolge schwerer Dürren nicht mehr ausreichend abfedern.

Quelle: <http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/mb-hot-hungry-food-climate-change-250314-en.pdf>

Weltklimarat – 5. Weltklimabericht

Am 31. März veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) im japanischen Yokohama den zweiten von drei Teilen des fünften Sachstandberichts des Weltklimarates mit dem Titel „Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability“.

Im ersten, im September veröffentlichten Teil („Climate Change 2013: The Physical Science Basis“) ging es um die Ursachen und wissenschaftlichen Grundlagen. Der zentrale Befund lautete, dass die Verantwortung des Menschen für die Erderwärmung klarer als je zuvor festgestellt werden konnte. In Teil 2 geht es um die Konsequenzen. Der zweite Bericht geht davon aus, dass die Erderwärmung drastische Auswirkungen haben wird, wenn der Mensch sie nicht stärker bremst als bisher. Steigende Temperaturen würden die Wahrscheinlichkeit „schwerer, tief greifender und irreparabler Folgen“ erhöhen.

Zwar gibt es dem Report zufolge für den Menschen noch Möglichkeiten, sich auf die Risiken infolge des globalen Klimawandels einzustellen. Eine Anpassung funktioniert aber nur, wenn die Erderwärmung deutlich gebremst werde. Jedoch würden selbst ernsthafte, fortgesetzte Investitionen in die Anpassung ihre Grenzen haben. Ein ungebremsster CO₂-Ausstoß könnte Schäden in Billionenhöhe sowie Kosten in ähnlicher Höhe verursachen, um die Folgen einzudämmen.

Ein Temperaturanstieg von zwei Grad über die

vorindustriellen Werte werde 0,2 bis zwei Prozent der Weltwirtschaftsleistung vernichten, heißt es in dem Bericht. Ein Anstieg um mehr als vier Grad könnte desaströse Folgen haben.

Nach Überzeugung der Experten wird sich im 21. Jahrhundert vor allem für Europa und Asien das Überflutungsrisiko beachtlich erhöhen. Dürren würden gerade in trockenen, bevölkerungsreichen Regionen die Wasserknappheit verstärken. Das wiederum führt, bei steigender Bevölkerungszahl, zu geringeren Erträgen beim Weizen-, Mais- und Reisanbau. Extreme Wetterphänomene wie Überschwemmungen an Küsten, Dürren und Hitzewellen werden dem Bericht zufolge die Migration von Menschen verstärken. Dies könne zusammen mit Wasser- und Nahrungsmittelknappheit „indirekt das Risiko für Gewaltkonflikte“ erhöhen.

Durch rasche und umfassende Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes könnten die Gefahren wesentlich verringert werden. Viele Maßnahmen seien einfach und billig, so etwa der Kampf gegen Wasserverschwendung und der Schutz der Küsten. Zudem sollten Menschen davon abgehalten werden, sich in Gegenden niederzulassen, die von extremen Wetterphänomenen heimgesucht werden können.

Am 13. April wurde der dritte und letzte Teil des Weltklimaberichts („Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change“) in Berlin präsentiert. Trotz bedrohlich steigender Treibhausgas-Emissionen sieht der Bericht noch immer eine Chance, die Erderwärmung in den Griff zu bekommen. Empfohlen wird eine schnelle und deutliche Verschiebung von Investitionen: weg von Förderung und Verbrennung von Kohle, Gas und Öl, hin zu klimafreundlichen Energien.

Eine zentrale Botschaft des Berichts lautet, dass dieser Wechsel nicht so teuer ist, wie viele Menschen vermuten. Die Kosten lägen absolut im Rahmen und mit Klimaschutz muss man nicht auf Wachstum verzichten. Nach IPCC-Berechnungen schlägt der nötige Wechsel bei einem Wirtschaftswachstum von 1,6 bis drei Prozent im Jahr mit einem Minus von rund 0,06 Prozentpunkten zu Buche.

Dennoch müssten Maßnahmen zur Treibhausgasminderung möglichst rasch gesetzt werden. Bisher ist es ein politisches Ziel, die Erderwärmung auf unter zwei

Grad zu halten, gerechnet im Vergleich zur Temperatur vor der Industrialisierung. Bis zur Mitte des Jahrhunderts müsse die kohlenstoffarme Energieerzeugung verdreifacht bis vervierfacht werden. Zwischen 2000 und 2010 gab es laut IPCC trotz Klimaschutz-Bemühungen und Finanzkrise den stärksten Emissionsanstieg der vergangenen 30 Jahre. Machen die Staaten weiter wie bisher, kommt der IPCC auf eine Erwärmung von voraussichtlich 3,7 bis 4,8 Grad bis zum Jahr 2100. Um dieses Szenario zu verhindern, müsse die Welt bis Mitte des Jahrhunderts die Treibhausgas-Emissionen um 40 bis 70 Prozent drosseln und bis zum Jahr 2100 nahezu auf Null bringen.

Quellen:

<http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg1>

<http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg2;ar5/wg3>

<http://www.ipcc.ch/report/>

“Quantifying Global International Migration Flows”

Am 28. März veröffentlichten Wissenschaftler des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital in der Fachzeitschrift „Science“ die Resultate der Studie “Quantifying Global International Migration Flows”, die die gängige Meinung widerlegt, dass in einer globalisierten Welt auch die Migration zunimmt. Die Studie zeigt auf, dass die globalen Migrationsströme zwischen 1990 und 2010 relativ stabil waren. Im Schnitt verlegten in den gemessenen 5-Jahres-Intervallen je rund 0,6 Prozent der Weltbevölkerung ihren Wohnsitz in ein anderes Land.

Da Migrationsbewegungen auf globaler Ebene aufgrund der sehr unterschiedlichen Erfassungsmethoden in den einzelnen Ländern schwierig nachzuvollziehen sind, haben die Forscher der beiden Institutionen für ihre Untersuchung einen von der UN herausgegebenen harmonisierten bilateralen Datensatz verwendet und auf dessen Basis eine neue Schätzmethode für die globalen Wanderungsbewegungen entwickelt. Dabei wurde in 196 Ländern im Zeitraum 1990 bis 2010 in Fünf-Jahres-Abständen der Wohnort von Personen am Anfang einer Fünf-Jahres-Periode mit dem an deren Ende verglichen. Dies ermöglichte erstmals eine direkt vergleichbare und reproduzierbare Abschätzung der globalen Migrationsströme.

Demnach war die Zahl der weltweiten Migranten zwischen

1990-95 und 2005-2010 mit jeweils rund 41,5 Millionen Personen am höchsten im Beobachtungszeitraum und lag dazwischen bei 34,2 Millionen (1995-2000) bzw. 39,9 Millionen (2000-05). Gemessen an der Weltbevölkerung sank der Anteil der Migranten von 0,75 Prozent (1990-95) auf 0,61 Prozent (2005-10). Die hohe Zahl an Migranten am Beginn der 1990er Jahre ist vor allem auf die Konflikte in Afghanistan und Ruanda zurückzuführen.

In der Studie wird auf drei Besonderheiten im globalen Migrationssystem hingewiesen:

Erstens, finden die starken Wanderungsbewegungen in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara finden vorwiegend in der Region selbst statt. So haben etwa zwischen 2005 und 2010 rund 3,1 Millionen Personen in diesem Gebiet ihren Wohnsitz in ein anderes Land verlegt, aber nur 1,2 Millionen Personen sind von dort nach Europa ausgewandert. Den Hauptgrund dafür kann im relativ niedrigen Bildungsstandard und Einkommen der Menschen in diesen Ländern gesehen werden, die damit nur geringe Möglichkeiten hätten, über Kontinente hinweg umzuziehen. Wenn keine große Bildungsexpansion in Afrika stattfinden wird, wofür es derzeit keine Anzeichen gäbe, ist eher nicht damit zu rechnen, dass es zu einer großen Migrationswelle von Afrika nach Europa kommen wird. Nennenswerte Migrationsströme aus Afrika nach Europa stammten primär aus Nordafrika und führten vor allem nach Spanien und Italien.

Zweitens ist die starke Migration von Süd- nach Westasien zu nennen. Bisher wurde meist die Wanderungsbewegung von Zentral- nach Nordamerika als stärkster Migrationsstrom angesehen, von 2005 bis 2010 betraf das 3,2 Millionen Menschen. Allerdings verlegten im selben Zeitraum 4,9 Millionen Personen ihren Wohnsitz von Süd- nach Westasien. Ein großer Teil davon geht auf die Arbeitsmigration zurück, etwa von Pakistan, Indien und Bangladesch in die Golfstaaten. Diesen geografisch stark fokussierten Migrationsströmen aus Zentralamerika und Südasien mit wenig Rückwanderung steht etwa in Europa mehr Binnenwanderung sowie eine eher ausgeglichene Ein- und Auswanderung gegenüber.

Drittens: „Long-Distance“-Bewegungen, vor allem in Richtung von Ländern mit höherem Einkommensniveau.

Die stärkste bilaterale Migration zwischen 2005 und 2010

gab es mit 1,8 Millionen Personen zwischen Mexiko und den USA, gefolgt von Indien in die Vereinigten Arabischen Emirate (1,1 Millionen) und Bangladesh nach Indien (600.000). Jeweils rund 500.000 Personen übersiedelten zudem von China in die USA, von Bangladesh in die Vereinigten Arabischen Emirate, von Bangladesh nach Saudi-Arabien, von Indien in die USA und von Indonesien nach Malaysia.

Fasst man Zu- und Abwanderung zwischen 2005 und 2010 zusammen, sind die USA mit einem Plus von 5 Millionen Personen (2005-10) nach wie vor das Einwanderungsland Nummer eins, gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten (plus drei Millionen), Spanien (plus 2,2 Millionen) und Italien (plus zwei Millionen). Die Länder mit den größten Nettoverlusten sind Indien (minus 2,9 Millionen), Pakistan (minus zwei Millionen) und China (minus 1,8 Millionen). Österreich hat in dieser Berechnung bei 214.000 Einwanderern und 54.000 Auswanderern ein Plus von 160.000 Zuwanderern

WHO - Bericht zur globalen Luftverschmutzung

Am 25. März berichtete die WHO in einer Presseaussendung, dass es wegen verschmutzter Luft im Jahr 2012 weltweit sieben Millionen Tote gegeben hat. Dies sind doppelt so viele Todesopfer als in der vorangehenden WHO-Studie für das Jahr 2008. Die Zunahme der Zahl der Todesopfer innerhalb von fünf Jahren erklärt sich laut WHO mit einer neuen Erhebungsmethode und besserer Kenntnis des Zusammenhangs gewisser Krankheiten mit Luftverschmutzung. Die Zahl von 2008 (3,5 Millionen Tote) basierte auf limitierten Daten zu städtischen Bevölkerungen, während die neue Erhebung demografisch breiter gefasst ist und auch die ländlichen Gebiete miteinbezieht. Zudem hätten neue epidemiologische Erkenntnisse gezeigt, dass Luftverschmutzung neben Atemwegs- auch Kreislauferkrankungen und Krebs hervorruft.

Die sieben Millionen Toten stellen ein Achtel der jährlichen Todesfälle dar. 4,3 Millionen davon gehen auf Luftverschmutzung innerhalb der Häuser zurück, z.B. durch Kochen und Heizen mit Holz oder Kohle. 3,7 Millionen Tote gibt es durch Luftverschmutzung im Freien.

Die weitaus meisten Toten durch Luftverschmutzung (5,1 Millionen jährlich) gibt es in Asien, hauptsächlich in China. In Afrika zählte die WHO 680.000 Tote pro Jahr,

in Europa 580.000, im Mittleren Osten 400.000 und in Nord- und Südamerika 230.000.

Quelle:

<http://www.who.int/mediacentre/news/releases/2014/air-pollution/en/>

Bertelsmann-Stiftung - „Globalisierungsreport 2014. Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung?“

Am 24. März veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung eine Studie, aus der hervorgeht, dass die Schwellenländer von der Globalisierung weitaus weniger profitieren als die Industrienationen.

Für die Studie untersuchte die Prognos AG im Auftrag der Stiftung, in welchem Umfang die Globalisierung nationale Volkswirtschaften wachsen ließ. Dabei wurden 42 Staaten einbezogen. Grundsätzlich gewannen alle untersuchten Länder, die Industriestaaten profitierten aber viel stärker als die großen Schwellenländer Südafrika, Brasilien, Russland, Mexiko, China und Indien.

Deutschland ist dabei einer der größten Gewinner: Nach Finnland, Dänemark und Japan habe Deutschland am stärksten von der weltweiten Verflechtung profitiert. Zwischen 1990 und 2011 ließ die Globalisierung demnach das BIP in Deutschland im Schnitt um 100 Milliarden Euro pro Jahr wachsen. Das entspricht etwa 20 Prozent des Wachstums der deutschen Volkswirtschaft.

Auch die Einkommen in Deutschland stiegen zwischen 1990 und 2011, allein durch die Effekte der Globalisierung, pro Jahr um 1.240 Euro. Noch stärker war der Einkommensgewinn je Einwohner in Finnland (1.500 Euro), Dänemark (1.420 Euro) und Japan (1.400 Euro). Für Österreich wurden 1.010 Euro errechnet.

In den Schwellenländern war der Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens durch die Globalisierung dagegen vergleichsweise gering. Die Einkommen stiegen in Indien nur um 20 Euro, in China um 80 Euro.

Damit die Schwellenländer wirtschaftlich aufschließen, empfehlen die Forscher, deren Integration in die Weltwirtschaft stärker zu fördern. Die Industrieländer sollten ihre Märkte für Produkte aus weniger entwickelten Ländern öffnen, ihre Subventionen für Agrarprodukte reduzieren sowie in den Schwellenländern Bildungsmaßnahmen und den Ausbau der Infrastruktur

und der Produktionsanlagen finanzieren. Weiteres wird geschätzt, dass die Globalisierung erst über einen längeren Zeitraum dazu beitragen werde, dass Schwellen- und Entwicklungsländer die Wohlstandslücken zu den Industrienationen verkleinern können.

Berechnet wurde auch, wie stark die Wirtschaft jedes einzelnen Landes bereits mit der restlichen Welt vernetzt ist. Spitzenreiter des Globalisierungsindex ist Irland mit 91 von 100 Punkten. Dahinter folgen die Niederlande und Belgien mit je 89 und Großbritannien mit 82 Punkten. Österreich landet auf dem siebenten Rang mit 78 Punkten. Deutschland liegt mit 69 Punkten im Mittelfeld auf Platz 17. Die kleinen europäischen Nationen liegen auch deshalb in dem Index vorne, weil ihre Exporte gemessen an der Gesamtproduktion einen sehr großen Anteil haben. Die Niederlande und Belgien hätten auch aufgrund ihrer gut ausgebauten Hafeninfrastruktur einen sehr starken Außenhandel.

Die Schwellenländer finden sich alle am Schluss der Liste: Russland kommt mit 43 Punkten auf Platz 37, dahinter folgen Mexiko, China, Brasilien, Argentinien und Indien.

Quelle: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xber/SID-81AFBAD9-30940D09/bst/xcms_bst_dms_39570_39571_2.pdf

Bertelsmann Stiftung - "Sustainable Governance Indicators 2014"

Anfang April veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung die dritte Ausgabe ihres "Sustainable Governance Indicators (SGI)". Der SGI gibt anhand von 140 quantitativen und qualitativen Indikatoren eine Übersicht zu 41 OECD und EU-Staaten hinsichtlich deren politischer Entwicklungen. Dies insbesondere unter dem Aspekt, inwieweit die jeweiligen Staaten in der Lage sind bzw. sein werden, mit kommenden Herausforderungen (z.B. Demographie, soziale Ungerechtigkeit, schwindenden Ressourcen) umgehen zu können. Der SGI untersucht hierbei drei Kernbereiche und bewertet die Bereiche nach einem Punktesystem von 1-10, wobei 10 Punkte der Bestwert ist:

Der Policy-Performance-Index analysiert 16 unterschiedliche Politikbereiche entlang der Dimensionen Wirtschaft (z.B. Budget, Steuern, Forschung und Innovation, Arbeitsmarkt), Soziales (z.B. Bildung, sozialer Zusammenhalt, Gesundheit, Familien) sowie Umwelt (Umwelt, globale Umwelt, Umweltschutz).

Der Democracy-Index untersucht die Qualität des demokratischen Systems in den Bereichen Wahlsystem, Informationszugang, Zivile Rechte und Politische Freiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit.

Der Governance- Index schätzt die Leistungsfähigkeit der Regierung (u.a. in den Bereichen Strategiefähigkeit, interministerielle Koordination, Politische Kommunikation) sowie die Beteiligungs- und Kontrollkompetenz gesellschaftlicher Akteure (z.B. Beteiligung der Zivilgesellschaft, Medien, Parteien, Interessensvertretungen) ein.

Die Einschätzungen der individuellen Länder finden sich unter: <http://www.sgi-network.org/2014/Downloads>

SIPRI - "Trends in World Military Expenditure 2013"

Am 14. April veröffentlichte SIPRI einen Kurzbericht zu den globalen Rüstungsausgaben 2013. Demnach betrugen die globalen Rüstungsausgaben 2013 1747 Milliarden USD (1273 Milliarden Euro) und sind somit um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken.

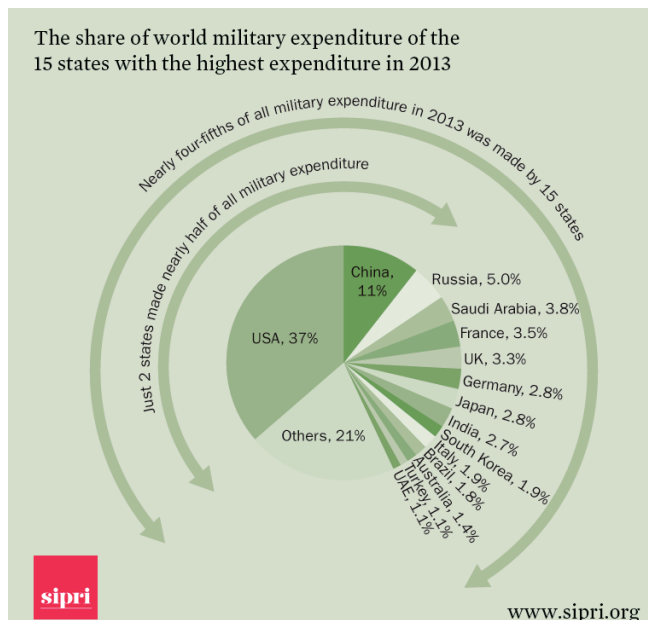
Bereits 2012 hatte es einen Rückgang um 0,4 Prozent bei den Militärausgaben gegenüber 2011 gegeben. In Nordamerika, West- und Mitteleuropa sowie in Ozeanien wurde weiter gespart, in den anderen Regionen der Welt jedoch deutlich aufgerüstet. Ohne die USA, die 2013 um 7,8 Prozent weniger investierten als 2012, würden die weltweiten Militärausgaben trotz des Sparkurses in Europa sogar um 1,8 Prozent zunehmen.

640 Milliarden USD (466,37 Milliarden Euro) gaben die USA 2013 aus, mehr als ein Drittel der weltweiten Ausgaben. Der Rückgang erklärt sich vor allem durch weniger Ausgaben für US-Militäroperationen im Ausland, vor allem im Irak und Afghanistan. China setzte seine langfristige Strategie, das Militärbudget zu erhöhen, indes weiter fort und gab 7,4 Prozent mehr aus als 2012 (rund 188 Milliarden USD; 137 Milliarden Euro).

Russland erhöhte das Militärbudget um 4,8 Prozent (rund 87,8 Milliarden USD; 63,98 Milliarden Euro). Der Trend dürfte sich fortsetzen, zwischen 2011 und 2020 will Russland insgesamt 705 Milliarden USD (513,74 Milliarden Euro) für die Erneuerung der Streitkräfte ausgeben.

Auch Saudi-Arabien erhöhte die Rüstungsausgaben um 14 Prozentpunkte gegenüber 2012 und ist nun an vierter Stelle weltweit (2012: 7.). Fast zehn Prozent des Budgets in Saudi-Arabien werden für Militärausgaben verwendet. Nur der Oman gibt verhältnismäßig mehr für Rüstung aus, in absoluten Zahlen jedoch weit weniger.

Zuwächse bei den Militärausgaben verzeichneten auch Südkorea und die Türkei, weniger ausgegeben wurde in Frankreich (5. Stelle bei den Militärausgaben 2013), Großbritannien (6.), Italien (11.), Brasilien (12.), Australien (13.) und Kanada (nicht mehr unter den Top 15). In Deutschland (7.), Japan (8.) und Indien (9.) blieben die Ausgaben nahezu unverändert. Starke Zuwächse bei den Militärausgaben gab es vor allem in einigen Staaten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens.



Anteil an den globalen Rüstungsausgaben

Quelle: <http://books.sipri.org/files/FS/SIPRIFS1404.pdf>

HIK – „Conflict Barometer 2013“

Ende Februar veröffentlichte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) die 22. Ausgabe seines jährlich erscheinenden Konfliktbarometers. Grundlage des Krisenbarometers sind die Berichte von mehr als 120 meist freiwilligen Konfliktbeobachtern, die ständig Presseberichte und Datenbanken auswerten.

Insgesamt zählte das Institut weltweit 414 Konflikte. Im Jahr davor waren es noch 405. Davon wurden 45 als hochgewaltsam bewertet. Die Forscher ordnen die

Auseinandersetzungen in ihrem „Conflict Barometer 2013“ in fünf Intensitätsstufen ein, wobei „Krieg“ die höchste ist. Entscheidend für die Einordnung sind die eingesetzten militärischen Mittel sowie die Folgen des Konflikts, von getöteten Menschen bis hin zu großen Flüchtlingsströmen.

Die Wissenschaftler stuften für das abgelaufene Jahr weltweit 20 Konflikte als Kriege ein, das sind zwei mehr als 2012. Seit dem 2. Weltkrieg war die Zahl nur 2011 genau so hoch. Alle Kriege waren diesmal innerstaatliche Konflikte.

Besonders dramatisch ist die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie im Afrika südlich der Sahara. Dort zählte HIK elf Kriege, fünf davon allein im Sudan und Südsudan. Weiteres registrierte HIK Kriege in der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, in Mali, Nigeria sowie in Somalia. Kriege im Mittleren Osten sind diejenigen in Syrien und Afghanistan. Hinsichtlich der Situation in Ägypten urteilt HIK, dass die Auseinandersetzungen zwischen der neuen ägyptischen Regierung und den Muslimbrüdern kriegerische Ausmaße erreicht hätten.

Besondere Sorge bereitet Mexiko. Dort hielt die Gewalt zwischen dem Staat und den Drogenkartellen weiter an. Im Südwesten des Landes formierten sich zudem Hunderte von bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen, die den Kampf gegen Staat und Kartelle aufnahmen.

Die Zahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Staaten stieg von acht auf elf. Darunter fielen etwa die Konflikte zwischen Syrien und Israel sowie zwischen Indien und Pakistan. HIK weist darauf hin, dass insbesondere zwischenstaatliche Krisen unterhalb der Gewaltschwelle großes Eskalationspotential aufweisen würden. Für besonders besorgniserregend hält HIK den Konflikt zwischen Japan und China im Ostchinesischen Meer.

Quelle: http://hiik.de/de/downloads/data/downloads_2013/ConflictBarometer2013.pdf

BILDNACHWEIS

- S. 6: Foto: Pete Souza (Official White House Photo), President Barack Obama and President-elect Petro Poroshenko of Ukraine talk after statements to the press following their bilateral meeting at the Warsaw Marriott Hotel in Warsaw, Poland, June 4, 2014, Quelle: <http://www.whitehouse.gov/photos-and-video/photogallery>
- S. 9: Foto: Europäische Union, Group photo of the College of the Barroso II Commission, Quelle: http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/images/2014_complete_college.jpg
- S. 14: Foto: NATO, Bilateral meeting with the minister of Defence of Georgia, Quelle: http://www.nato.int/cps/en/natolive/photos_110606.htm
- S. 18: Foto: Presidential Press and Information Office, Photo of Vladimir Putin, Quelle: <http://eng.kremlin.ru/accreditation/photo>
- S. 20: Graphik: Tovel und Spesh531, Ukraine Native Languages Census 2001 detailed, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 24: Graphik: Maximilian Dörrbecker, Unbeschriftete Karte der ADIZ (Air Defense Identification Zone) von: VR China (CADIZ) inklusive der ADIZ „East China Sea“, Südkorea (KADIZ) mit angekündigter Erweiterung und Japan (JADIZ), licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 27: Foto: Erle Brito, Narendra Modi's Vijay Shankhbad Rally in Goa, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 30: Graphik: Sarumo74, Batalhão de Operações Policiais Especiais OMBRO, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 31: Foto: Tânia Régo/ Agência Brasil, Protesto contra o aumento das passagens de ônibus no centro do Rio de Janeiro, em 2013, lizenziert unter Creative Commons Attribution 3.0 Brazil License, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 33: Graphik: DanPMK, Middle East and North Africa, Quelle: Wikimedia Commons, lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz "Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert", Quelle: Wikimedia Commons
- S. 35: Graphik: Angelo De La Paz, Islam by country, lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz "Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert", Quelle: Wikimedia Commons
- S. 37: Foto: Erwin Schmidl, Das Parlament in Kapstadt
- S. 39: Graphik: Weltbank, HIV/AIDS in Afrika 2011, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 42: Graphik: Monsieur Fou, Projection of the Transatlantic Free Trade Area, lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 44: Graphik: Hervig Jedlaucnik, Europas Erdgaslieferanten
- S. 46: Graphik: Chipmunkdavis, Map of the area covered by the customs union of Belarus, Kazakhstan, and Russia, lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 54: Graphik: SIPRI, The share of world military expenditure of the 15 states with the highest expenditure in 2013, Quelle: <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/recent-trends>

AUTOREN

Dr. Wolfgang BRAUMANDL-DUJARDIN, Georg PLATTNER, BA	Flächenbrand im Nahen Osten?
Mag. Dr. Gerald BRETTNER-MESSLER	China und Indien – die zentralen Mächte Asiens
Dr. Gunther HAUSER	Europäische Union Die NATO
Mag. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Die westliche Welt (Einleitung) und ihre Partner und Herausforderer (Einleitung) Ökonomische Entwicklungen und Kooperationen im globalen Kontext
Mag. Dr. Hans LAMPALZER	Russland – eine euroasiatische Regionalmacht Der Ukraine-Konflikt
Dr. Thomas PANKRATZ	Konferenzen, Abkommen, Studien und Berichte
Univ.Doiz. Dr. Erwin A. SCHMIDL	Vorwort Südafrika – die relevanteste Macht des süd- und zentralafrikanischen Raumes
Mag. Dr. Felix SCHNEIDER	Die Weltmacht USA
Mag. Franz SITZWOHL	Brasilien - die zentrale Macht Südamerikas

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

